

Stadtverwaltungen auf staatliches Handeln angewiesen und desto stärker setzten staatliche wie militärische Vorgaben und die realen Versorgungsbedingungen den kommunalen Eigeninitiativen Grenzen. Sowohl in Berlin als auch in Wien gehörte die frühzeitig eingeführte Massenverpflegung durch Großküchen zu den wichtigsten Notstandsmaßnahmen. Als eine Antwort auf den wachsenden Fürsorgebedarf und die zunehmenden Lebensmittelversorgungsnotfälle fielen die städtischen Massenverpflegungsaktivitäten in die beiden zentralen kommunalen Kriegsverwaltungsbereiche. Mit ihrer wachsenden Inanspruchnahme durch große Teile der Bevölkerung und der mit ihr verbundenen Möglichkeit des sparsamen Kochens weckten sie ein zunehmendes staatliches Interesse am Ausbau der Großküchen. Im Verlauf des Krieges entwickelten sich die öffentlichen Massenküchen für viele Großstädter und ihre Familien zwangsläufig zu einer unentbehrlichen Einrichtung des öffentlichen Lebens.

II Die Auswirkungen des Krieges auf Verwaltung und Gesellschaft in Wien und Berlin

1.1 Improvisierende Behörden: Zwei Stadtverwaltungen im Ausnahmezustand

Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges erweiterte sich das Spektrum der von den Kommunalverwaltungen zu bewältigenden Aufgaben innerhalb weniger Tage. Weder der Berliner Oberbürgermeister WERMUTH noch der Wiener Bürgermeister WEISKIRCHNER ahnten, welche Ausmaße die kommunalen Verwaltungsaufgaben annehmen sollten. Während die bisherigen Tätigkeiten der Selbstverwaltung den Kriegsverhältnissen und Forderungen der Militärverwaltungen angepasst werden mussten, verschaffte die Kriegssituation den Stadtverwaltungen eine Reihe neuer Aufgabengebiete, auf die sie nur partiell vorbereitet waren. Dabei deckten die Durchführung umfassender Kriegsfürsorge- und Kriegswohlfahrtsmaßnahmen sowie die dauerhafte Sicherstellung der Lebensmittelversorgung nur einen Teil der neuen kommunalen Aufgabenfelder ab.⁶ Die Stadtverwaltungen beider Hauptstädte waren mit ihren Vorkriegsstrukturen und ihrer personellen Ausstattung allein nicht in der Lage, den neuen Verpflichtungen angemessen nachzukommen. So reagierten die Verantwortlichen in Berlin und Wien während der ersten Kriegstage mit einer den Kriegsverhältnissen mehr oder weniger angepassten Umstrukturierung der Verwaltungsarbeit. Zugleich schlug die Stunde der

6 Weitere Aufgabengebiete der Gemeinden waren, um nur einige Beispiele zu nennen, die Unterstützung bei der Mobilisierung, die Errichtung von Lazaretten, Baracken und Notspitälern und die Bekämpfung der Wohnungsnot sowie die seitens der Wiener Verwaltung zu gewährleistende Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. Vgl. hierzu u.a. ENDERLE-BURCEL, Verwaltung, S. 280. So wie KÄBER, Berlin, S. 1ff. Nicht unbedeutend für die Verwaltungsarbeit während der Kriegsjahre war darüber hinaus die permanente finanzielle Überforderung der Kommunen. Die weitreichende Selbstfinanzierung durch aufgenommene Kredite und Anleihen führte zu kommunalen Verschuldungen und brachte die beiden Hauptstädte in »budgetäre Extremsituationen«. Hierzu vgl. EIGNER, Peter: »Der Krieg erobert die Stadt«, in: Die Welt der Habsburger – Der Erste Weltkrieg. Im Internet unter: <https://ww1.habsburger.net/de/kapitel/der-krieg-erobert-die-stadt> (04.05.2017). Siehe auch ENDERLE-BURCEL, Verwaltung, S. 281. KÄBER, Berlin, S. 531ff.

hilfswilligen Frauenbewegung, die durch den Bund Deutscher Frauenvereine (BDF) sowie den Bund Österreichischer Frauenvereine (BÖFV) und der Reichsorganisation der Hausfrauen Österreichs (ROHÖ) organisatorisch und personell gut aufgestellt war und die Kriegsfürsorge an der Heimatfront zu ihrer nationalen Pflicht erklärte.

1.1.1 Eine ungeordnete Organisation: Die Berliner Kriegsverwaltung

Bereits einen Tag vor dem Mobilmachungstag, am frühen Abend des 31. Juli 1914 wurde für Berlin und die Provinz Brandenburg die ›Allerhöchste Verordnung‹ über den Kriegszustand veröffentlicht. Hiernach hatten die Zivil- und Gemeindebehörden fortan den Anforderungen und Aufträgen des Oberbefehlshabers in den Marken Gustav von KESSEL (1846–1918) zu folgen, der mit der Ausrufung des Kriegszustandes die vollziehende Gewalt in Berlin und Brandenburg übernahm.⁷ Die Berliner Zivilverwaltung behielt jedoch ihre bisherigen Funktionen. Auf Anweisung des Oberkommandierenden KESSEL sollte sie ihre bisherige Arbeitsweise beibehalten und sich der vollen Unterstützung des Oberkommandierenden gewiss sein.⁸ Die beiden obersten Gremien der Stadt, der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung, tagten nach Kriegsbeginn weiter, traten aber in Anbetracht der neuen Situation häufiger zusammen. Noch am Tag der Ausrufung des Kriegszustandes begründete der 36-köpfige Berliner Magistrat, der aufgrund seiner Größe zu »unbeweglich« war, um schnell auf die Fülle der bevorstehenden Aufgaben zu reagieren, eine Kommission für vorbereitende Maßnahmen.⁹ Diese setzte sich aus dem Oberbürgermeister, dem zweiten Bürgermeister Georg REICKE (1863–1923) und neun (später zwölf) weiteren Mitgliedern zusammen. Ohne dass der Magistrat seine Stellung als höchste Instanz einbüßte, wurde der Magistratskommission das Recht eingeräumt, sämtliche Beschlüsse zu fassen, die sich den städtischen Kriegsangelegenheiten widmeten.¹⁰ Dieser »kleine Magistrat«, der seit dem 19. August den Namen »Kriegskommission« trug, beriet sich seit dem 3. August wie der große Magistrat zunächst täglich, ab Ende September zweimal und ab 1917 einmal wöchentlich.

Hinsichtlich der weiteren zu ergreifenden Verwaltungsmaßnahmen zeichnete das Berliner Stadtrecht auf einem Gebiet den Weg vor und lieferte theoretische Vorüberlegungen.¹¹ Dies betraf den Bereich der städtischen Militäranliegen, die von einem Magistratsmitglied als Magistratskommissar für Militärangelegenheiten im so genannten

7 Vgl. WERMUTH, Adolf: Ein Beamtenleben. Erinnerungen, Berlin 1922, S. 380. Darüber hinaus wurde eine Reihe von Grundrechten, darunter die Freiheit der Person sowie Meinungs- und Versammlungsfreiheit, außer Kraft gesetzt. Vgl. Dokumente aus geheimen Archiven 4, S. IX. Zur Rolle des Oberkommandos in den Marken siehe ausführlich YANEY, The World, S. 49ff.

8 Vgl. EBD., S. 57f.

9 Vgl. Dokumente aus geheimen Archiven 4, S. IX. Sowie BÖTTICHER, Kerstin: »Der Erste Weltkrieg und seine Auswirkungen auf Berlin – eine Einführung«, in: Der Erste Weltkrieg in Dokumenten. Quellensammlung des Landesarchivs Berlin, hg. Vom LANDESARCHIV BERLIN, Berlin 2017, S. 3–7, hier S. 4.

10 Vgl. KÄBER, Berlin, S. 6f. Ausführlicher zur Zusammensetzung der Kriegskommission vgl. WERMUTH, Beamtenleben, S. 361.

11 Vgl. KÄBER, Berlin S. 5f. Ferner LIEBRECHT, Arthur: »Maßnahmen und Verordnungen der Gemeinde während des Krieges«, in: Berliner Fürsorge-Arbeit während des Krieges, hg. Von der ZENTRALE FÜR PRIVATE FÜRSORGE, Berlin 1916, S. 27–33, hier S. 27. WÖLBLING, Berliner Stadtrecht, S. 216ff.

»Militärbüro« verwaltet wurden. Das Aufgabenspektrum war fest geregelt und umfasste neben der lokalen Organisation der Heeresangelegenheiten vor allem die finanzielle Unterstützung der Angehörigen der zum Kriegsdienst eingezogenen Soldaten und die sich ihr anschließende Kriegswohlfahrtspflege. Nach dem am 4. August 1914 neu gefassten »Gesetz betreffend die Unterstützung von Familien in den Dienst getretener Mannschaften« vom 28. Februar 1888 gewährte das Reich Unterstützungsbeiträge für »Kriegerfamilien«. Während die Kosten vom Staat übernommen werden sollten, oblag die Durchführung der Familienunterstützung den Stadt- und Landkreisen, die in so genannte »Lieferungsverbände« umgewandelt wurden. So nahmen in Berlin unmittelbar nach der Mobilmachung 23 städtische Unterstützungskommissionen des Lieferungsverbandes ihre Arbeit auf. Diese Kriegsfürsorgestellen, die übereinstimmend mit den 23 Steuerbezirken eingerichtet wurden, bildeten die Grundstruktur der Kriegsfürsorge in Berlin.¹² Für Fragen rund um das Unterstützungswesen und die Organisation der Unterstützungsbüros stand dem Magistratskommissar für Militärangelegenheiten ein »Unterstützungsausschuss« zur Verfügung, der sich u.a. aus Magistratsmitgliedern und Stadtverordneten zusammensetzte.

Die gremienübergreifende Zusammenarbeit des Magistrats und der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung in kommunalen Ausschüssen und Deputationen hatte sich bereits vor dem Krieg bewährt und zielte – nicht zuletzt aufgrund der gegenseitigen Abhängigkeiten beider Gremien voneinander – stets auf gemeinsame Lösungen. In seiner Geschichte der Berliner Verwaltung während der Kriegsjahre betonte der frühere Direktor des Berliner Stadtarchivs Ernst KÄBER (1882–1961):

»Viel hing für eine glückliche Führung der städtischen Geschäfte von dem Geist ab, in dem Magistrat und Stadtverordnete miteinander arbeiteten. Wer die Verhandlungsberichte der Stadtverordneten aus den Kriegsjahren liest, wird den Eindruck erhalten, daß dieser Geist durch das Bestreben gekennzeichnet ist, gemeinsam die Wege zu finden, auf denen die Reichshauptstadt durch alle Sorgen und Nöte hindurch in den ersehnten Frieden geführt werden konnte.«¹³

Die Zusammenarbeit beider Gremien während des Krieges war auch durch einen parteiübergreifenden Zusammenhalt geprägt. Entsprechend der »Burgfriedenspolitik« auf staatlicher Ebene stellten die Stadtverordneten ihre Interessensgegensätze für die Dauer des Krieges weitgehend zurück. Auch die Berliner Sozialdemokraten folgten zunächst der Parteilinie auf Reichsebene, die mit ihrer Unterstützung des Krieges weitergehende Ziele verfolgte. Die Parteispitze und Vertreter des rechten Flügels der SPD glaubten, dass die Eigendynamik des Krieges, der ohne die sozialdemokratische Arbeiterschaft nicht zu führen war, zwangsläufig eine innenpolitische »Neuorientierung« nach sich ziehen werde.¹⁴ Von ihrem Schulterschluss mit der Reichsregierung erhofften sie sich sowohl eine Reform des preußischen Wahlrechts als auch eine größere Akzeptanz ihrer Partei als

12 Vgl. LANDWEHR, Funktionswandel, S. 81.

13 KÄBER, Berlin, S. 18f. Vgl. Auch YANEY, The World, S. 86ff.

14 Vgl. JANZ, 14, S. 199. POTTHOFF/MILLER, Kleine Geschichte, S. 77. GUTTMANN, Barbara: Weibliche Heimarmee. Frauen in Deutschland 1914–1918, Weinheim 1989, S. 123ff.

Partner der bürgerlichen Kräfte.¹⁵ Mit zunehmender Kriegsdauer und dem Ausbleiben der erwarteten Reformen wuchs innerhalb der SPD jedoch die Skepsis gegenüber dem Kalkül der Parteispitze. So gab die sozialdemokratische Fraktion in der Berliner Stadtverordnetenversammlung den kommunalen Haushaltsplänen nur im ersten Kriegsjahr ihre Zustimmung. Spätestens ab dem Frühjahr 1916 bekamen die parteipolitischen Auseinandersetzungen aufgrund der sich verbreitenden Notsituation in der städtischen Bevölkerung neuen Aufwind. Innerhalb der Berliner SPD wuchs der Anteil der Friedensbefürworter und damit die Ablehnung der Aufrechterhaltung des »Burgfriedens«. Die wachsende Kriegsgegnerschaft in den sozialdemokratischen Reihen, die auf Reichsebene schließlich zur Spaltung der SPD und im April 1917 zur Gründung der neuen Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) führte, tat der administrativen parteiübergreifenden Zusammenarbeit innerhalb der Berliner Stadtverordnetenversammlung jedoch keinen Abbruch.¹⁶

Die Organisationsstruktur des Militärbüros war beispielgebend für viele weitere Kriegsmaßnahmen, die von der Berliner Verwaltung ergriffen wurden. Eine bedeutende Rolle nahm auch das Generalbüro des Magistrats ein. Hier wurden zunächst alle Kriegsangelegenheiten, die nicht in den Verwaltungsbereich des Militärbüros fielen, bearbeitet. Das Generalbüro bildete damit die »Keimzelle« sämtlicher Kriegsaufgaben, die gemeinhin freiwillig, aber alles andere als einheitlich und in erster Linie durch Improvisation geregelt wurden.¹⁷ Während der ersten Kriegswochen bildeten die zunehmende Arbeitslosigkeit infolge der Umstellung auf die Kriegswirtschaft und die dauerhafte Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln die zwei Hauptaufgabenfelder des Generalbüros. Um das Problem der Arbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen, wurde nach dem Muster des Militärbüros ein Magistratskommissar ernannt, der u.a. in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften die neu eingerichtete »Zentralstelle für Arbeitslosenfürsorge« leitete. Dieser unterstanden ebenfalls 23 Unterkommissionen, die nach dem Prinzip der Kriegsfürsorgestellen organisiert waren. Durch vermehrte Einberufungen zum Militär und die zunehmende Kriegsproduktion ging die Arbeitslosigkeit bereits nach einigen Wochen zurück. Stattdessen stieg die Nachfrage nach Arbeitskräften. Während die Zahl der zu unterstützenden Erwerbslosen kontinuierlich

15 Zudem sahen einige Sozialdemokraten im Staatsinterventionismus der Kriegswirtschaft einen ersten Schritt zur Verwirklichung des Sozialismus. Vgl. ausführlich zum Theorem des »Kriegssozialismus« JANZ, 14, S. 200f.

16 Vgl. KÄBER, Berlin, S. 19. Ferner YANEY, *The World*, S. 97. Zur Parteisplaltung der SPD und Entstehung der USPD vgl. POTTHOFF/MILLER, *Kleine Geschichte*, S. 77ff. Sowie WEIPERT, *Das Rote Berlin*, S. 126ff. Die Gruppe der Kriegsgegner stellte innerhalb der Sozialdemokratie insgesamt zwar eine Minderheit dar. In Berlin und in einigen anderen Städten waren sie jedoch dominierend. So trat der Berliner SPD-Bezirk weitgehend geschlossen in die USPD über. Nach Axel WEIPERT zählte die USPD in Berlin im Juli 1917 etwa 28.000 Mitglieder. In der Berliner SPD (auch MSPD, Mehrheitssozialdemokratische Partei) verblieben hingegen nur rund 6.500 Mitglieder. Vgl. EBD., S. 129. Dementsprechend kam es innerhalb der Berliner Stadtverordnetenversammlung zur Gründung einer neuen Fraktion, der neben den USPD-Mitbegründern Adolph HOFFMANN (1858–1930), Arthur STADTHAGEN (1857–1917) und Kurt ROSENFELD (1877–1943) u.a. auch die Stadtverordneten Emanuel WURM (1857–1920) und Hermann WEYL (1866–1925) angehörten.

17 Vgl. KÄBER, Berlin, S. 6 und S. 8.

sank¹⁸, gewannen mit der zunehmenden Zahl der Kriegshinterbliebenen und -beschädigten schon bald andere Kriegsfürsorgemaßnahmen an Bedeutung. So trugen seit dem Sommer 1915 die Kriegsbeschädigtenfürsorge und ab dem Sommer 1916 die Kriegshinterbliebenenfürsorge, die nach einem mit der Arbeitslosenfürsorge vergleichbaren Organisationsprinzip arbeiteten, dafür Sorge, dass die Betroffenen nicht in den Zuständigkeitsbereich der städtischen Armenfürsorge fielen.¹⁹

Schwieriger und umfangreicher gestaltete sich die langfristige Organisation der Lebensmittelversorgung in der Millionenmetropole. Während von der Verwaltung im ersten Kriegshalbjahr vor allem »planlos-eigennützig«²⁰ Lebensmittelankäufe getätigt wurden, wurden ab Anfang des Jahres 1915 nach und nach städtische Lebensmittelbüros eingerichtet. Ausschlaggebend war hierbei die vom Oberbürgermeister WERMUTH vorangetriebene Bundesratsverordnung vom 25. Januar 1915, die der Kriegswirtschaft die Grundlage gab und die Zuständigkeit der Gemeinden bei der Durchführung der Lebensmittelversorgung festschrieb.²¹ Daraufhin begründete die Kriegskommission eine unabhängig vom Generalbüro agierende »Magistratsabteilung für Brotversorgung«, der infolge der zunehmenden Versorgungsschwierigkeiten im Verlauf der Kriegsjahre mehr oder weniger improvisiert weitere Einrichtungen folgten. In einem Resümee KÄBERS wird deutlich wie ungeordnet die Lebensmittelversorgung in der Hauptstadt verwaltet wurde:

»Es entstand die Abteilung für Hafer- und die für Kartoffelversorgung, die im Oktober 1915 vorübergehend in eine allgemeine Abteilung für Lebensmittelversorgung aufging, aus der sich 1916 wieder selbständige Abteilungen für Kartoffeln, Eier und Gemüse lösten, so daß schließlich nur eine Abteilung für Fleischversorgung von der allgemeinen Lebensmittelabteilung übrig blieb. Butter war einige Zeit von ihr, dann von der Brotabteilung mit bearbeitet worden, verlangte aber auch nach einer eigenen Abteilung, während die Nahrungsmittel erst bedeutend später von der Brotversorgung getrennt wurden. Das Jahr 1916 brachte schließlich noch Abteilungen für die Volksspeisung und für Zucker, Fische und Milch.«²²

Neben diesen Magistratsabteilungen, in denen sich Beamte, Kaufleute und Hilfskräfte unter der Leitung eines Magistratsmitglieds der Lebensmittelbeschaffung annahmen,

18 Die von der Stadt Berlin geleisteten Arbeitslosenunterstützungsbeiträge sanken zwischen Oktober 1914 und April 1916 von 800.000 Mark auf »nur« noch 68.000 Mark. Hierzu siehe LIEBRECHT, Maßnahmen, S. 30.

19 Vgl. KÄBER, Berlin, S. 10. Insbesondere die Kriegsbeschädigten sollten nicht nur eine materielle Besserstellung, sondern auch eine intensivere und individuelle Beratung erfahren. Vgl. hierzu SACHSE, Christoph und Florian TENNSTEDT: Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland. Band 2: Fürsorge und Wohlfahrtspflege 1871–1929, Stuttgart 1988, S. 55f.

20 WERMUTH, Beamtenleben, S. 364.

21 Vgl. EBD., S. 368. Sowie KÄBER, Berlin, S. 8.

22 KÄBER, Berlin, S. 18f. Vgl. auch ausführlicher EBD., S. 94ff. Sowie YANEY, The World, S. 86ff. Ferner SKALWEIT, Kriegsernährungswirtschaft, S. 159. Die Berliner Lebensmittelorganisation war einer von mehreren Wegen die Versorgung sicherzustellen. Zu den Organisationsformen anderer deutscher Städte vgl. EBD.

existierte darüber hinaus noch eine fünfzehnköpfige gemischte »Deputation für Lebensmittelversorgung«, in der wiederum gremien- und parteiübergreifende Absprachen sowie Beschlussfassungen rund um anstehende Versorgungsfragen zwischen dem Magistrat und den Stadtverordneten getroffen wurden.²³ Diese Institution wurde als Folge der sich stets verschlechternden Versorgungslage der Stadt und des damit im Zusammenhang stehenden »Brotstreiks« im April 1917 fast vollständig durch die sogenannte »Arbeiterkommission« ersetzt, in der sich u. a. der Oberbürgermeister, weitere Magistratsvertreter und rund zwölf Arbeiterdelegierte wöchentlich über die städtische Lebensmittelversorgung berieten.²⁴

Die Fülle der im Verlauf des Krieges errichteten Berliner Versorgungseinrichtungen lässt sich aufgrund wechselnder Zuständigkeiten, der sich stets wandelnden Versorgungsnot, der Zunahme gesetzlicher Verordnungen und staatlicher Eingriffe vor allem ab der zweiten Kriegshälfte sowie der daraus resultierenden unüberschaubaren Organisationsweise kaum vollständig darstellen.²⁵ Über die genannten Versorgungsbehörden hinaus gilt es neben der im Sommer 1915 gegründeten »Preisprüfungsstelle Groß-Berlin« jedoch auch jene bedeutenden Institutionen zu benennen, die im direkten Kontakt mit der Bevölkerung standen und nicht nur deshalb einen enormen Arbeitsaufwand für die Hauptstadtverwaltung nach sich zogen. So entwickelten sich die 170 bis 246 »Brotkommissionen« für die Berliner zu den »vertrautesten Organe[n] der Kriegswirtschaft«²⁶. Diese wurden im Anschluss an die Gründung der Groß-Berliner »Brotkartengemeinschaft« und der sich ihr anschließenden Rationierung des Brotes durch die Einführung der Brotkarte im Februar 1915 vor allem in Schulen und öffentlichen Gebäuden eingerichtet. Als Bindeglied zwischen den städtischen Lebensmittelämtern und der Bevölkerung übernahmen die Brotkommissionen die wöchentliche Ausgabe und Verteilung der Brot- und später auch weiterer Lebensmittelkarten. Um dem Andrang von rund 12.000 Einwohnern je Brotkommission angemessen zu begegnen, war die Verwaltung auf ein Heer ehrenamtlicher Hilfskräfte angewiesen. Zahlreiche Lehrkräfte und Bezirksvorsteher übernahmen leitende Funktionen in den Brotkommissionen. Die mühevollen Ausgabe der Lebensmittelrationenkarten wurde aber vor allem von weiblichen Hilfskräften erledigt, die sich im Rahmen des NFD engagierten.

23 Vgl. HIRSCH, Paul: Kriegsfürsorge in Berlin und Vororten, Berlin 1915, S. 64. KÄBER, Berlin, S. 9.

24 Nach Dieter BAUDIS sei mit der Einrichtung der »Arbeiterkommission«, die ursprünglich von staatlichen Regierungsvertretern hätte geleitet werden sollen und letztlich von den Gemeindebehörden am Leben erhalten wurde, keine Verbesserung der Versorgungslage herbeizuführen gewesen. Vielmehr ging es darum, der unzufriedenen Arbeiterschaft ein Forum der Mitsprache zu geben, das sich beruhigend auf die Stimmung in der Bevölkerung auswirken sollte. Hierzu vgl. BAUDIS, Auswirkungen, S. 10. WERMUTHS Erinnerungen zufolge wirkte sich die Existenz der Arbeiterkommission jedoch kaum positiv auf die Unzufriedenheit der Arbeitermassen aus. Vgl. WERMUTH, Beamtenleben, S. 378f. Ferner ALLEN, Keith R.: »Food and the German Home Front: Evidence from Berlin«, in: BRAYBON, Gail (Hg.): Evidence, History and The Great War, New York 2002, S. 172–197, hier S. 181f.

25 Einen umfassenden und dennoch schwer erfassbaren Überblick liefert die von Adolf WERMUTH in Auftrag gegebene und von Ernst KÄBER verfasste Geschichte der Berliner Verwaltung während des Ersten Weltkrieges »Berlin im Weltkriege. Fünf Jahre städtischer Kriegsarbeit«, die drei Jahre nach Kriegsende veröffentlicht wurde.

26 KÄBER, Berlin, S. 12. Vgl. auch EBD., S. 161f. Sowie BÖTTICHER, Einführung, S. 4f.

1.1.2 Ein »Hilfsheer« für die Verwaltung: Der Nationale Frauendienst in Berlin

Der NFD konstituierte sich noch bevor die Nachricht von der Mobilmachung bekanntgegeben wurde auf Initiative des Bundes Deutscher Frauenvereine und seiner Vorsitzenden Gertrud BÄUMER (1873–1954). Aus Sicht des BDF eröffnete der Krieg »neue Wirkungskreise und neue Verantwortung für die brachliegenden Kräfte der Frauen«²⁷. Für diese bot der Krieg die Gelegenheit, die eigene Emanzipation voranzutreiben. Am 31. Juli 1914 wurden alle dem Bund angeschlossenen Vereine und Verbände von BÄUMER aufgefordert, sich mit dem Vaterländischen Frauenverein, dem Roten Kreuz sowie den zuständigen Wohlfahrtsbehörden und privaten Wohltätigkeitsvereinen in Verbindung zu setzen, um die Gründung des NFD als umfassende Organisation der Kriegsfürsorge auf den Weg zu bringen.²⁸

Nachdem das Preußische Innenministerium BÄUMERS Plan bereits am 1. August 1914 genehmigt hatte, entstanden in der Hauptstadt und allen größeren Städten des Reiches Ortsgruppen dieser nationalen Frauenhilfsorganisation, die sich den städtischen Kriegsfürsorgeverwaltungen zur Verfügung stellten. »In Berlin«, so BÄUMER, »schlossen sich nicht nur sämtliche dem Bund angehörigen Frauenvereine zusammen, sondern auch eine Anzahl außerhalb des Bundes stehender konfessioneller Vereine, sowie die Gesamtorganisation der sozialdemokratischen Frauen.«²⁹ Die Beteiligung letzterer an der Kriegsfürsorgearbeit war innerhalb der Sozialdemokratie nicht unumstritten. Doch angesichts der Notlage und im Interesse des Burgfriedens wurden grundsätzliche politische Bedenken bis auf weiteres zurückgestellt:

»Offensichtlich war es vielen sozialdemokratischen Frauen, unabhängig von ihrer Haltung zum Krieg und zu den Kriegskrediten, in den ersten Kriegsmonaten selbstverständlich, in der Kriegswohlfahrt mitzuarbeiten. [...] In Berlin meldeten sich ungefähr 600 Sozialdemokratinnen, um ihre Mitarbeit anzubieten. Die durch den Krieg bedingte immense Erwerbslosigkeit, die allgemeine Unsicherheit und Ratlosigkeit, die die Umstrukturierung in eine Kriegsgesellschaft begleiteten, trafen besonders Arbeiterfrauen und -kinder. Ihnen zu helfen, ihre Interessen zu vertreten, war ein unerschütterlicher Grundsatz sozialdemokratischer Politik.«³⁰

27 SACHSE/TENNSTEDT, Fürsorge und Wohlfahrtspflege, S. 79.

28 Vgl. RIESENBERGER, Dieter: Das Deutsche Rote Kreuz. Eine Geschichte 1964–1990, Paderborn 2002, S. 171. Sowie SACHSE/TENNSTEDT, Fürsorge und Wohlfahrtspflege, S. 57.

29 BÄUMER, Die Tätigkeit, S. 102. Der BDF allein umfasste bereits rund 33.000 Vereine und etwa 600.000 Mitglieder. Hierzu gehörten seit 1908 der Deutsch-Evangelische Frauenbund und seit 1907 der Jüdische Frauenbund. Dem überkonfessionellen und überparteilichen NFD traten nun auch der Katholische Frauenbund sowie Gewerk- und Genossenschaften bei. Hierzu siehe BUSSEMER, Herrad-Ulrike: »Weit hinter den Schützengräben: Das Kriegserlebnis der bürgerlichen Frauenbewegung«, in: August 1914. Ein Volk zieht in den Krieg, hg. Von der BERLINER GESCHICHTSWERKSTATT, Berlin 1989, S. 136–146, hier S. 137. EIFERT, Wann kommt, S. 105. Sowie BOYD, Nationaler Frauendienst, S. 58.

30 EIFERT, Wann kommt, S. 106. Ein prominentes Beispiel war das SPD-Parteivorstandsmitglied Luise ZIETZ (1865–1922), die innerhalb des Vorstandes gegen die Bewilligung der Kriegskredite votierte und dennoch zur »Hilfsaktion der Proletarierinnen« aufrief. Hierzu EBD., S. 105. Sowie »Die proletarische Hilfsaktion«, in: *Vorwärts*, 11. August 1914. ZIETZ, Luise: Die sozialdemokratischen Frauen und der Krieg, Berlin 1915, S. 6ff.

Der NFD organisierte somit innerhalb kürzester Zeit eine große Gruppe von Hilfwilligen. Keith R. ALLENS Ausführungen zufolge waren im Verlauf des Krieges Zehntausende Frauen im Dienst der Berliner Kriegsfürsorgearbeit des NFD tätig.³¹ Dieser arbeitete in enger Verbindung mit der Kriegsfürsorgeverwaltung der Reichshauptstadt. Er gliederte sich an die städtischen Kriegsfürsorgestellen respektive Unterstützungsbüros an und bildete parallel seine 23 Hilfskommissionen, die sowohl den Unterstützungsbüros mit Recherchetätigkeiten zuarbeiteten als auch einer Reihe eigenständiger Aufgaben nachgingen. In Hinblick auf die früh einsetzenden und zunehmenden Versorgungsprobleme entwickelte sich die Lebensmittelanweisung durch die Hilfskommissionen zu einem bedeutsamen Tätigkeitsfeld. Im Rahmen dessen unterstützte der NFD nicht nur die städtischen Brotkommissionen und Bezugsscheinstellen mit weiblichen Hilfskräften, sondern übernahm auch – wie in Kapitel 2.1. zu sehen sein wird – die Organisation und Koordination der Volksküchen und Speisehallen sowie die Einrichtung von Essensausgabestellen. Auch wurden Hausfrauenberatungsstellen aufgebaut, die Versammlungen für Köchinnen und Hausfrauen organisierten. Hierbei wurden Kochvorführungen sowie Vorträge zu physiologisch-hygienischen Aspekten und zur »Küchentechnik« abgehalten.³²

Darüber hinaus beteiligten sich die Hilfskommissionen maßgeblich an offiziellen Kriegsfürsorgemaßnahmen der Unterstützungsbüros. »Es bildete sich die Praxis heraus«, so der Sozialhistoriker Rolf LANDWEHR, »daß die Mitglieder des N[ationalen] F[rauentdienstes] zunehmend die gesamte Ermittlungsarbeit der Kriegsunterstützungskommissionen im Außendienst übernahmen.«³³ Ebenso betätigten sich die Frauen auf dem Gebiet der Arbeitsbeschaffung und -vermittlung. Die Hilfsstellen richteten Strick- und Nähstuben sowie Heimarbeitsausgabestellen ein und organisierten die »Anlernung und Umschulung von Frauen zu Näherinnen, Verkäuferinnen, Buchhalterinnen, Stenographinnen, Köchinnen und Hauswirtschafterinnen«³⁴. Neben diesen Aufgabenschwerpunkten erteilten die Hilfskommissionen Auskunft über jegliche Maßnahmen der Kriegsfürsorge. Die Bedeutsamkeit der dafür eingerichteten Sprechstunden kommt in einem von der Sozialarbeiterin Josephine LEVY-RATHENAU (1877–1921) verfassten Rückblick auf die Arbeit der Berliner Abteilung des NFD zum Ausdruck:

»23 Hilfskommissionen, verschiedenartig in ihren Arbeitsmethoden, wie Individualität der Leiterinnen und örtliche Verhältnisse es bedingten, hatten übereinstimmend den Wunsch, nicht lediglich materielle Nöte zu lindern, sondern Stätten der freundschaftlichen Beratung und vertrauensvollen Beziehungen bilden zu können.«³⁵

31 Vgl. ALLEN, Food, S. 188.

32 Vgl. BÄUMER, Die Tätigkeit, S. 106. Siehe auch DIES. und Albert MOLL: »Aufklärungsdienst für die Volksernährung in der Reichshauptstadt«, in: *Medizinische Reform, Halbmonatsschrift für soziale Hygiene und praktische Medizin* Nr. 6 (1915), Sonderabdruck. GStAPK, I. HA Rep. 76, VIII B, Nr. 2045. Sowie BUSSEMER, Weit hinter, S. 140.

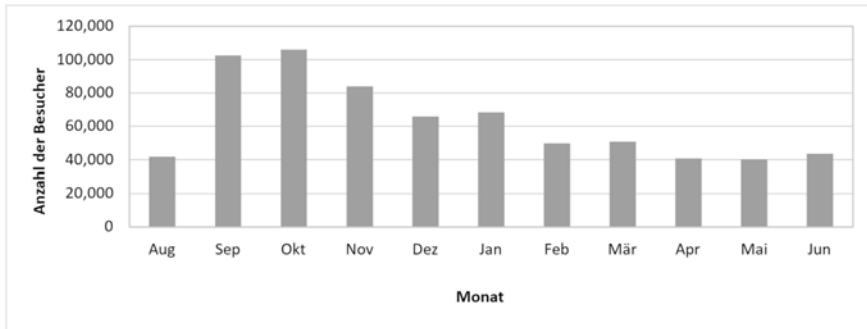
33 LANDWEHR, Funktionswandel, S. 81f.

34 EIFERT, Christiane: »Frauenarbeit im Krieg. Die Berliner »Heimatfront« 1914 bis 1918«, in: *Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* (IWK) 21/3 (1985), S. 281–295, hier S. 284. Ferner BUSSEMER, Weit hinter, S. 139.

35 Nationaler Frauendienst in Berlin: 1914–1919. Hg. Vom NATIONALEN FRAUENDIENST, Berlin 1919, S. 3.

So dienten die Hilfsbüros des im Vergleich zur Berliner Verwaltung hervorragend organisierten NFD oftmals als Vermittlungsinstanz zwischen dem Verwaltungsapparat und den vielen nach Hilfe und Orientierung suchenden bedürftigen Frauen.

Abbildung 2: Besucherzahlen der Berliner Hilfskommissionen des NFD (1914–1915)



Gesamtzahl der Besucher: 693.452. Wiederkehrende Unterstützungsfälle sind inbegriffen, da die Kommissionen wöchentliche Zählungen der Fälle vornahmen. Am höchsten lag die Anzahl der zu unterstützenden Fälle in den Monaten September und Oktober 1914 mit jeweils über 100.000 Gesuchen. Am niedrigsten waren die Fallzahlen hingegen im April und Mai 1915 mit je rund 40.000 Unterstützungsfällen.

Quelle: Angaben übernommen und errechnet nach Nationaler Frauendienst, Kriegsjahr 1914–1915, S. 11.

Aus dem Tätigkeitsbericht des Berliner Frauendienstes über das erste Kriegsjahr geht hervor, dass zwischen Mitte August 1914 und Ende Juni 1915 insgesamt 693.452 Unterstützungsfälle von den 23 Kommissionen bearbeitet wurden (Abb. 2).³⁶ Die ehren- und hauptamtlich tätigen Frauen des NFD genossen seitens der kommunalen Entscheidungsträger vollstes Vertrauen und fassten auch infolge des schrumpfenden Personalbestandes mehr und mehr Fuß in der Berliner Verwaltung. »Die bürgerliche Frauenbewegung erreichte«, so resümierte die Berliner Historikerin Herrad-Ulrike BUSSEMER, »in der Ausnahmesituation des Krieges mit einem Schlage, wofür sie in den Jahrzehnten zuvor weitgehend vergeblich gekämpft hatte: öffentliche Anerkennung und Integration ihrer Fürsorgearbeit in den Apparat der kommunalen Wohlfahrtspflege.«³⁷

Wie das Aufgabenspektrum der Berliner Kriegsverwaltung nahmen auch die Verantwortungsbereiche des NFD im Verlauf des Krieges immerfort zu. Die Mehrarbeit leistete

36 Wiederkehrende Unterstützungsfälle sind inbegriffen, da die Kommissionen eine wöchentliche Zählung der Fälle vornahmen. Vgl. Nationaler Frauendienst: Kriegsjahr 1914–1915. Abteilung Berlin, hg. Vom NATIONALEN FRAUENDIENST, Berlin 1915, S. 11. Ferner BUSSEMER, Weit hinter, S. 139.

37 EBD., S. 140f. Dennoch blieben den Frauen des NFD Sitz und Stimme in den entscheidenden städtischen Gremien versagt. An den Sitzungen der Kriegskommission nahmen sie, wenn es die Tagesordnung gestattete, häufig nur beratend teil. Vgl. EIFERT, Frauenarbeit, S. 284f. Ferner Nationaler Frauendienst in Berlin 1914–1917, Berlin 1917, S. 7. KUNDRUS, Birthe: Kriegerfrauen. Familienpolitik und Geschlechterverhältnisse im Ersten und Zweiten Weltkrieg, Hamburg 1995, S. 106.

der NFD jedoch mit einer während der Kriegsjahre sinkenden Zahl weiblicher Hilfskräfte. Vor allem sozialdemokratische und gewerkschaftliche Frauendienstlerinnen nahmen häufiger Abstand von der Arbeit des NFD. Wie die Historikerin Christiane EIFERT darlegt, waren es anfänglich häufig persönliche Gründe, die zur Aufgabe der sozialdemokratischen Mitarbeit in der Kriegswohlfahrtspflege während der ersten beiden Kriegsjahre führten:

»An erster Stelle gilt es zu berücksichtigen, daß die Frauen in wachsendem Ausmaß damit beschäftigt waren, den Lebensunterhalt ihrer eigenen Familie sicherzustellen. Der Zwang zur Erwerbstätigkeit wuchs mit der Teuerung, die Hausarbeit nahm mit der Bewirtschaftung der Lebensmittel immer mehr Zeit in Anspruch. [...] Außerdem [...] änderten immer mehr Sozialdemokratinnen ihre Haltung, lehnten den Krieg ab und blieben deshalb auch der Kriegswohlfahrt fern.«³⁸

Immer öfter kam es aber auch zu Konflikten zwischen bürgerlichen Frauen und Sozialdemokratinnen und Gewerkschafterinnen. Im Gegensatz zu der kontinuierlich anhaltenden überparteilichen Zusammenarbeit eines Großteils der Stadtverordneten gelang es dem NFD nicht, die gemeinsame Bündnisarbeit bis zum Ende des Krieges aufrechtzuerhalten. Die sozialdemokratische Kritik am Umgang der bürgerlichen Frauen mit den Hilfesuchenden, die wachsende Kriegsgegnerschaft in den Reihen der Sozialdemokratie und Gewerkschaften sowie die mit ihr verbundene Spaltung der SPD führten u. a. dazu, dass sich die proletarische Kriegswohlfahrtsarbeit seit Anfang des Jahres 1916 auf eigene, vom NFD getrennte Initiativen beschränkte und nur noch vereinzelt sozialdemokratische und gewerkschaftliche Hilfsarbeiterinnen für die Tätigkeiten des NFD zur Verfügung standen.³⁹ Diese Entwicklung minderte jedoch keinesfalls die umfangreichen Leistungen, die der Einsatz der freiwillig mithelfenden Frauen an der Berliner Heimatfront mit sich brachte. Das »Frauenheer der Hilfe« gewährleistete die Handlungsfähigkeit der Berliner Kriegsverwaltung, die infolge der wachsenden Not in der Bevölkerung sowohl in der Kriegsfürsorgearbeit als auch auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung immer häufiger durch die Einflussnahme staatlicher Institutionen herausgefordert wurde.⁴⁰

1.1.3 Zwischen Staatsverordnungen und Eigeninitiativen: Die Wiener Zivilverwaltung

Während die Berliner Verwaltung vor allem ab der zweiten Hälfte des Ersten Weltkrieges die staatlichen und militärischen Interventionen in den Bereichen kommunaler Selbstverwaltung verstärkt zu spüren bekam, arbeitete die Verwaltung der Habsburgermetropole bereits seit Kriegsbeginn unter dem Druck der Zentralbehörden und einer zunehmend an Übermacht gewinnenden Militärverwaltung. Mit dem Ausbruch des Krieges trat in der Donaumonarchie zum einen das »Kriegsleistungsgesetz« aus dem Jahr 1912 in Kraft, dessen Bestimmungen eine umfassende Militarisierung des gesellschaftlichen Alltags vorsahen und diktatorische Maßnahmen in die Wege leiteten,

38 EIFERT, Wann kommt, S. 107.

39 Vgl. EBD., S. 108ff. Sowie DIES., Frauenarbeit, S. 285f.

40 Zur Würdigung der Leistung der weiblichen Hilfskräfte in Berlin vgl. ALLEN, Food, S. 188.

die über die Sicherung der Mobilisierung hinausgingen.⁴¹ Zum anderen traten mit dem Ausnahme- und Notverordnungsrecht der Dezemberverfassung von 1867 eine Reihe von Ausnahmebestimmungen in Kraft, welche die staatsbürgerlichen Grund- und Freiheitsrechte aufhoben oder einschränkten sowie Verwaltungs- und Wirtschaftskompetenzen zugunsten des Militärapparats verschoben.⁴² Da das österreichische Parlament bereits seit März 1914 infolge von Obstruktion nicht einberufen wurde, unterstand die cisleithanische Reichshälfte Österreich-Ungarns bis zum Frühjahr 1917 keiner parlamentarischen Kontrolle und war daher stärker von diesen Entwicklungen betroffen als die transleithanische Reichshälfte, in der das ungarische Parlament weiterhin zusammentrat. Nach Christoph TEPPERBERG konnte die Zivilregierung des Ministerpräsidenten Karl Graf STÜRGGH (1859–1916) von der Sistierung des Reichsrates nicht profitieren.⁴³ Vielmehr büßte die österreichische Zentralverwaltung als ein Verwaltungsapparat ohne politische Legitimation gegenüber der Militärverwaltung und den Armeeoberkommandos, deren Wirkungs- und Einflussbereiche im Verlauf des Krieges stetig zunahmen, immer mehr an Autorität ein. »So herrschten in der österreichischen Reichshälfte allmählich Verhältnisse, die einer Militärdiktatur ziemlich nahe kamen.«⁴⁴ Die Dominanz der militärischen Instanzen hatte auch Auswirkungen auf die Wiener Gemeindeverwaltung, die ihrer Pflicht nachkam und die kriegsnotwendigen Verordnungen und Bestimmungen ausführte. Dabei sah sie sich einerseits stets gezwungen, ihre Selbstverwaltungskompetenzen in regelmäßig wiederkehrenden Auseinandersetzungen mit der Militärverwaltung über Autonomiefragen zu verteidigen, und war andererseits in Anbetracht der im Verlauf des Krieges wachsenden und kaum noch zu bewältigenden Aufgaben immer mehr auf die Unterstützung der Militär- und der Zentralbehörden angewiesen.⁴⁵

41 Vgl. ENDERLE-BURCEL, Verwaltung, S. 276.

42 Vgl. TEPPERBERG, Christoph: »Totalisierung des Krieges und Militarisierung der Zivilgesellschaft: Militärbürokratie und Militärjustiz im Hinterland. Das Beispiel Wien«, in: PFOSE/WEIGL, Epizentrum, S. 264–273, hier S. 265. Vgl. auch ZENZMAIER, Jakob: »Die Totalisierung des Militärs. Der Erste Weltkrieg und die Ausnahmeverfügungen«, in: Die Welt der Habsburger – Der Erste Weltkrieg. Im Internet unter: <https://www.habsburger.net/de/kapitel/die-totalisierung-des-militaers-der-erster-weltkrieg-und-die-ausnahmeverfuegungen> (19.06.2017). Die Verordnungen beruhten größtenteils auf dem Paragraph 14 (dem sogenannten »Diktatur-Paragraphen«) der Dezemberverfassung von 1867. Hierzu siehe ENDERLE-BURCEL, Verwaltung, S. 276. Eine Zusammenstellung der Ausnahme Gesetze findet sich bei KOLLER, Alexander: Ausnahms-Gesetze und Verordnungen für den Kriegsfall in der österreichisch-ungarischen Monarchie, Wien 1914.

43 Vgl. TEPPERBERG, Totalisierung, S. 267.

44 EBD., S. 267f. Vgl. auch ENDERLE-BURCEL, Verwaltung, S. 276f. Nach Jakob ZENZMAIER seien eine Reihe von militärischen Institutionen, darunter das Kriegsüberwachungsamt, das Kriegsministerium und das k. u. k. Armeeoberkommando, für die Errichtung dieser »Beinahe-Diktatur« von zentraler Bedeutung gewesen. Hierzu DERS., Die Totalisierung (oben Kapitel III, Anm. 42). Eine Milderung der Kriegsdiktatur setzte erst mit der Wiedereinberufung des Reichsrates und der Rücknahme von Ausnahmeverordnungen unter Kaiser KARL I. (1887–1922) ein.

45 Vgl. MERTENS, Christian: »Die Wiener Stadtverwaltung im Ersten Weltkrieg«, in: PFOSE/WEIGL, Epizentrum, S. 284–291, hier S. 285. Sowie EIGNER, Der Krieg (oben Kapitel III, Anm. 6). Nach Alfred PFOSE besaß die Gemeinde zu einem eine relative Autonomie in den Entscheidungen des selbstständigen Wirkungskreises und war zu anderen nachgeordnete Instanz der mittelbaren Zentralverwaltung. Im übertragenen Wirkungsbereich hatte sie Erlässe seitens der Regierung und der

Die Wiener Stadtverwaltung hatte wie jene in Berlin ihre Arbeit unmittelbar zu Kriegsbeginn sehr schnell den lange vorbereiteten gesetzlichen Vorgaben und der Kriegssituation anzupassen. Ebenso wie die Berliner Behörden war sie nur sehr begrenzt auf das Ausmaß der neuen Aufgaben vorbereitet, sodass auch die Wiener Kommunalverwaltung in den ersten Kriegswochen im Wesentlichen improvisiert handelte. In seiner ersten und vorerst letzten Sitzung während des Krieges hatte der Wiener Gemeinderat am 22. September 1914 eine Fülle an provisorischen Verfügungen nachträglich zu genehmigen. Zugleich wurde Bürgermeister WEISKIRCHNER bevollmächtigt, »alle in der Gemeindeverwaltung notwendigen Anordnungen und Verfügungen, insbesondere auch in finanzieller Hinsicht, unter seiner Verantwortung zu treffen und sie zu einem geeigneten Zeitpunkt – spätestens nach Kriegsende – nachträglich genehmigen zu lassen«⁴⁶. Bis zum Februar 1916 blieben die Beratungen des Gemeinderates unterbrochen. Stattdessen führte WEISKIRCHNER mit der sogenannten »Obmänner-Konferenz« ein neues Gremium ein, das sich als eine ständige Kriegsinstitution der österreichischen Hauptstadt etablierte:

»Da eine Beratung und Beschlußfassung in den mit dem Kriege zusammenhängenden Fragen in öffentlicher Gemeinderatssitzung aus den verschiedensten Gründen nicht ratsam erschien, berief Bürgermeister Dr. Weiskirchner von Fall zu Fall vor wichtigen Entscheidungen die Obmänner der Gemeinderatsparteien zu weiteren Konferenzen, um, gestützt auf ihre Zustimmung, den drängenden Forderungen des Tages mit der gebotenen Raschheit entsprechen zu können.«⁴⁷

Die im Gemeindestatut gar nicht vorgesehene Institution der Obmänner-Konferenz trat bereits am 28. Juli 1914 das erste Mal zusammen und beriet sich bis zum 16. Dezember 1918 in insgesamt 112 Sitzungen über kriegswichtige Angelegenheiten. Damit übernahm sie gewissermaßen die Funktion des Gemeinderates, wobei WEISKIRCHNER einen Teil seiner Verantwortung an die Opposition abgab, der das Gremium Mitwirkungs- und Kontrollrechte einräumte.⁴⁸ So wurden unter dem Vorsitz des Bürgermeisters über die Fachbeamten des Magistrats hinaus einzelne Vertreter der christlichsozialen, der deutschfreiheitlichen und erstmals auch der sozialdemokratischen Fraktion an der kommunalpolitischen Entscheidungsfindung beteiligt. Wie in Berlin stellten die Parteien ihre grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten bis Anfang 1918 im Interesse der gemeinsamen Anstrengungen und zur Wahrung der Ruhe in der Habsburgermetropole zurück. Nach dem Wiener Historiker Alfred PFOSE gelang WEISKIRCHNER mit der

niederösterreichischen Statthaltereie zu vollziehen. Vgl. hierzu DERS.: »Die ›Approvisionnement‹«, in: Die Welt der Habsburger – Der Erste Weltkrieg. Im Internet unter: <https://ww1.habsburger.net/de/kapitel/die-approvisionnement> (22.06.2017).

46 MERTENS, Die Wiener, S. 285.

47 Die Tätigkeit der Wiener Gemeindeverwaltung in der Obmänner-Konferenz während des Weltkrieges, Band 1, Wien 1917, [S. 3].

48 Vgl. MERTENS, Christian: Richard Weiskirchner (1861–1926). Der unbekannt Wiener Bürgermeister, Wien 2006, S. 143. Sowie PFOSE, Alfred: »Das politische System: Die Obmännerkonferenz und der Gemeinderat«, in: Die Welt der Habsburger – Der Erste Weltkrieg. Im Internet unter: <https://ww1.habsburger.net/de/kapitel/das-politische-system-die-obmaennerkonferenz-und-der-gemeinderat> (20.06.2017).

Einbindung der sozialdemokratischen Opposition bei der Lösung der kriegsbedingten Probleme und dem hierdurch hergestellten »Burgfrieden« ein »politischer Coup, der – trotz aller Konflikte in den Jahren 1916 bis 1918 – die ganze Kriegszeit«⁴⁹ bis über das Kriegsende hinaus wirkte. Die den Krieg prinzipiell ablehnenden Sozialdemokraten wussten um die Bedeutung ihrer Einbindung in die Beratungen über die Kriegsmaßnahmen und nutzten die Möglichkeit einige programmatische Forderungen in die politische Kriegsarbeit hineinzutragen. Umgekehrt hatten sie mit der Übernahme der Mitverantwortung jedoch auch die Maßnahmen zur Disziplinierung der Arbeiterschaft mitzutragen, was sich angesichts der zunehmenden Streiks in Wien im Verlauf des Krieges zu einer kontinuierlichen Herausforderung entwickelte. Dabei waren die Sozialdemokraten stets bestrebt, den Frieden innerhalb der Arbeiterschaft zu wahren.⁵⁰ Anders als in Berlin und im Deutschen Reich kam es in den sozialdemokratischen Reihen Wiens und Österreichs zu keiner vergleichbaren Spaltung. Demzufolge zogen die Verantwortlichen aller Parteien in der Kriegsverwaltung seit dem Ausbruch des Krieges an einem Strang und unterstützten den Bürgermeister bei der Umsetzung der Regierungserlässe.

In seiner Funktion als »militärisches Logistikzentrum« der Habsburgermonarchie befand sich Wien nach Kriegsausbruch in einer besonderen Lage. Die Stadt war »das zentrale Verwaltungszentrum aller Kriegsanstrengungen an der Front und im Hinterland«⁵¹ und musste sich bereits in den ersten Kriegswochen mit Aufgaben und Verpflichtungen auseinandersetzen, die Berlin in der Fülle nicht zu bewältigen hatte. Innerhalb kürzester Zeit strömten täglich Massen an Militärs in die Hauptstadt, die einquartiert werden mussten und die Kapazitäten der vorhandenen Kasernenhöfe überstiegen. Für die Beherbergung Zehntausender Soldaten galt es, Schulen und leerstehende Gebäude militärischen Zwecken zuzuführen.⁵² Noch vor Ende August 1914 trafen zudem täglich unzählige Verwundete und Kriegsversehrte in Wien ein, so dass sich die Bautätigkeit der Stadt rasch auf die Errichtung von Baracken und Lazaretten konzentrierte. Um die ärztliche Versorgung der Zehntausenden (und bald Hunderttausenden) verletzten Soldaten zu gewährleisten, entstanden allein bis zum Frühjahr 1916 über Hundert Spitäler.⁵³ Es waren aber nicht nur die kaum zu bewältigenden Massen an Verwundeten, die die Kommunalbehörden vor enorme Herausforderungen stellten. Zeitgleich mit den ersten Kriegsversehrten erreichten Wien auch Tausende überwiegend mittellose Flüchtlinge aus den Kriegsgebieten. Im September 1914 zählte die Stadt mehr als 70.000 Geflüch-

49 EBD.

50 Ob Angst vor einer Militärdiktatur, der Ausschaltung der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften oder gar vor einem Bürgerkrieg in Österreich – Gründe für die defensive Taktik habe es PFOSEER zufolge zahlreiche gegeben. Hierzu vgl. EBD.

51 PFOSEER, Alfred und Andreas WEICHL: »Die Pflicht zu sterben und das Recht zu leben. Der Erste Weltkrieg als bleibendes Trauma in der Geschichte Wiens«, in: DIES., Epizentrum, S. 14–31, hier S. 16.

52 Vgl. EBD., S. 17.

53 Vgl. EIGNER, Peter: »Umbauen für den Krieg: Die Baracken- und Lazarettstadt Wien«, in: Die Welt der Habsburger – Der Erste Weltkrieg. Im Internet unter: <https://www.habsburger.net/de/kapitel/umbauen-fuer-den-krieg-die-baracken-und-lazarettstadt-wien> (30.07.2020).

tete, deren Zahl in den folgenden Monaten weiter zunahm.⁵⁴ Im Jahr 1915 hielten sich schätzungsweise 200.000 Flüchtlinge in Wien auf, von denen rund zwei Drittel materiell versorgt werden mussten. Durch den nicht abbreißenden Zustrom an Soldaten, Verwundeten und Geflüchteten stieg die Zahl der in Wien lebenden Menschen zeitweise auf über 2,4 Millionen.⁵⁵ Vor allem mit Blick auf die Sicherstellung und Organisation einer ausreichenden Lebensmittelversorgung, die sich wie in Berlin sehr früh zu einem der wichtigsten Betätigungsfelder der Wiener Stadtregierung entwickelte, bedeutete der Bevölkerungszuwachs für die Stadt eine enorme Mehrbelastung.

In den ersten Kriegswochen kam es zu starken Preissteigerungen auf den Märkten der Habsburgermetropole, die die ersten Teuerungsdemonstrationen herbeiführten und auf Hamsterkäufe, Preistreiberei, Transportprobleme, vor allem aber auf ausbleibende Lebensmittelimporte aus Ungarn zurückzuführen waren.⁵⁶ Im Frühjahr 1915 setzte die schrittweise Rationierung der Grundnahrungsmittel ein. Die »Verwaltung des Mangels« begann auch hier mit der Einführung der Mehl- und Brotkarte. Wie in der deutschen Hauptstadt richtete Wien auf Anordnung der Regierung im April 1915 Brotkommissionen für die Kartenausgabe ein. Deren mühsamer Betrieb wurde durch städtische Lehrkräfte gewährleistet, die in den 401 (später 413) Brotkommissionen allein bei der ersten Kartenausgabe 1.995.113 Personen mit Brotmarken versorgten.⁵⁷ Es dauerte nicht lange und weitere Lebensmittelkarten gelangten in den Kommissionen zur Ausgabe.

Die Gesamtleitung und Organisation des Lebensmittelkartensystems übernahm die eigens im Rathaus eingerichtete »Brot- und Mehlkartenzentrale«, die im Dezember 1916 in der »Stelle für städtische Lebensmittelversorgung« (ab April 1917 »Bezirkswirtschaftsamt Wien«) aufging. Die Behörde war dem Magistratsdirektor direkt unterstellt und gliederte sich in acht Abteilungen, die u. a. der Beschaffung und Sicherstellung der verschiedenen staatlich bewirtschafteten Lebensmittel und Waren dienten.⁵⁸ Ihre Tätigkeiten hatten sich an den Vorgaben und Anweisungen der staatlichen Behörden zu orientieren, die jedoch mit den tatsächlichen Versorgungsbedingungen der Gemeinde oftmals kaum in Einklang zu bringen waren. Der Wiener Bürgermeister beklagte wiederholt das Missverhältnis von Theorie und Praxis in der Versorgung der Donaumetropole und scheute sich nicht, seine Kritik an der Zentralverwaltung offen auszusprechen:

»Ich will nicht bitter werden. Was für Verordnungen wurden am grünen Tisch durchbesprochen [...] und die Durchführung? – Lieber Bürgermeister, das ist Deine Sache! Das Verordnen ist leicht und die Herren, die da an den grünen Tischen sitzen, haben nicht immer jene Kenntnis des Volks- und Wirtschaftslebens [...], um ermessen zu können,

54 Vgl. EIGNER, Peter: »Flüchtlingslager« Wien«, in: Die Welt der Habsburger – Der Erste Weltkrieg. Im Internet unter: <https://www.habsburger.net/de/kapitel/fluechtlingslager-wien> (30.07.2020). Vgl. auch PFOSE/WEIGL, Die Pflicht, S. 18.

55 Vgl. EBD.

56 Vgl. WEIGL, Mangel, S. 15. Hierzu und zur generellen Entwicklung der Lebensmittelversorgung ausführlich unter 1.3. in Kapitel III.

57 Vgl. Gemeinde-Verwaltung 1914–1919, S. 373. Sowie LÖWENFELD-RUSS, Die Regelung, S. 329.

58 Hierzu vgl. ausführlich MERTENS, Weiskirchner, S. 155. Sowie DERS., Die Wiener, S. 286. Im Februar 1918 erfolgte darüber hinaus die Einrichtung des »Städtischen Landwirtschaftsamtes«, das die Koordinierung aller landwirtschaftlichen Aktivitäten der Gemeinde übernahm. Vgl. EBD., S. 286f.

wie die Durchführung zu besorgen ist[.] Da oben sitzen jene Männer, welche [...] keine Ahnung von dem wirtschaftlichen Leben einer Zweimillionenstadt haben.«⁵⁹

Auch auf dem Gebiet der Kriegsfürsorge hatte die Wiener Stadtverwaltung ihre sozialen Aktivitäten mit den staatlichen Vorgaben in Einklang zu bringen. Wie im Deutschen Reich gewährte auch Österreich nach dem »Gesetz über den staatlichen Unterhaltsbeitrag für die Angehörigen von Mobilisierten« vom 26. Dezember 1912 eine finanzielle Unterstützung für Kriegerfamilien. Im Rahmen des übertragenen Wirkungsbereiches war die Mitarbeit der Wiener Stadtverwaltung bei der Durchführung des Kriegsunterhaltsgesetzes gefragt. So übernahmen die Bezirksämter der Gemeinde die Entgegennahme der Anspruchsanmeldungen und deren Prüfung auf Rechtmäßigkeit. Während die Entscheidungen über die Gesuche in Anwesenheit jeweils eines Gemeindevertreters in den zwanzig Unterhaltskommissionen bei der niederösterreichischen Statthalterei fielen, wurden die Unterhaltsauszahlungen über die kommunalen Hauptkassen abgewickelt.⁶⁰ Doch nicht nur durch Verordnungen, sondern auch durch ein hohes Maß an kommunaler Eigeninitiative entstanden im Verlauf des Krieges eine Reihe städtischer Fürsorgeeinrichtungen als Antwort auf die drängendste Not in der Wiener Bevölkerung. Hierzu gehörten das im Oktober 1915 gegründete Invalidenamts, das sich der Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge widmete; das im April 1916 geschaffene Städtische Jugendamt; das im Mai 1917 eingerichtete Arbeiterfürsorgeamt, das sich als Nachfolger des städtischen Arbeits- und Dienstvermittlungsamtes der Arbeitslosenfürsorge und der Arbeitsvermittlung annahm; und das im Juli 1917 errichtete Städtische Wohlfahrtsamt, »das alle sonstigen Fürsorgeagenden [umfasste], das heißt solche, die nicht in die Kompetenz der drei bisher genannten Stellen, des Wohnungsamts oder der Gesundheitsverwaltung fielen«⁶¹.

Die bedeutendste Institution der Wiener Kriegsfürsorge riefen WEISKIRCHNER und seine Stadtverwaltung jedoch bereits in den ersten Kriegstagen ins Leben. Wie in der deutschen Hauptstadt richtete sich das Hauptaugenmerk der kommunalen Fürsorgeaktivitäten auf die über die staatlichen Versorgungsleistungen hinausgehende supplementäre Unterstützung der Familienangehörigen der einberufenen Soldaten sowie auf das Problem der hohen Arbeitslosigkeit. Unterstützt vom Land Niederösterreich rief der Bürgermeister am 30. Juli 1914 die Wiener zu freiwilligen Spenden für Kriegerfamilien auf und verkündete zugleich die Einrichtung der »Zentrale der Fürsorge für Soldaten und ihre Familienangehörigen«, die nur wenige Wochen später – nachdem sich herausstellte, dass die kriegsbedingte Not noch weitere Bevölkerungsteile

59 »Zweite Vollversammlung der christlichsozialen Mandatare Wiens«, [S. 3], in: WIENBIBLIOTHEK DIGITAL, Konvolut Materialien zum 1. Weltkrieg. Kundmachungen, Erlässe, Drucksorten, Flugblätter, Rundschreiben etc. (1914–1919), zur Verfügung gestellt von der WIENBIBLIOTHEK IM RATHAUS. Im Internet unter: <https://www.digital.wienbibliothek.at/wbrobv/periodical/pageview/924286> (13.04.2020). Siehe auch MERTENS, Weiskirchner, S. 152ff.

60 Vgl. Ein Jahr Kriegsfürsorge der Gemeinde Wien, Wien 1915, S. 7f. Sowie PFOSE, Alfred: »Staatliche, kommunale und freiwillige Fürsorge«, in: Die Welt der Habsburger – Der Erste Weltkrieg. Im Internet unter: <https://www1.habsburger.net/de/kapitel/staatliche-kommunale-und-freiwillige-fuersorge> (27.06.2017).

61 MERTENS, Die Wiener, S. 288.

erfasste – in »Zentralstelle der Fürsorge für die Angehörigen der Einberufenen und für die durch den Krieg in Not Geratenen in Wien und Niederösterreich« umbenannt wurde.⁶² Die Kriegsfürsorgezentrale, die »alle Geld- und Sachspenden unter öffentlicher Kontrolle vereinigen und deren Verwendung koordinieren«⁶³ sollte, hatte ihren Sitz im Wiener Rathaus, wo ihre Geschäftsführung unter der Leitung des Bürgermeisters von Beamten des Magistrats übernommen wurde. Angegliedert war der Zentralstelle ein Gemeinderatsausschuss, der mit WEISKIRCHNER an der Spitze die überparteiliche Zusammenarbeit auch auf dem Gebiet der Kriegsfürsorge sicherte und dessen Aufgabe es war, über den Einsatz der Spendenmittel zu entscheiden.⁶⁴ Von Anfang an richtete sich die Arbeit der Rathauszentrale nach festen Grundsätzen:

»1. daß die Kriegsfürsorge außerhalb des Rahmens der öffentlichen Armenpflege stehen müßte, 2. daß sie sich nicht lediglich in der Form der Geldunterstützung werde betätigen können, und 3. daß sie vielmehr als ihre Hauptaufgaben zu betrachten haben werde, vor Obdachlosigkeit zu schützen, nach Möglichkeit Arbeit und Verdienst zu schaffen und jedermann täglich wenigstens eine warme Mahlzeit zu sichern.«⁶⁵

Das Aufgabenspektrum der Wiener Fürsorgezentrale reichte demzufolge weit über eine zusätzliche finanzielle Unterstützung für die Angehörigen von Eingerückten und andere durch den Krieg in Not geratene Personen aus Wien und Niederösterreich hinaus. Für die lokale Arbeit vor Ort richtete die Zentralstelle in allen 21 Bezirken jeweils ein Hilfskomitee ein, das im direkten Kontakt zur Bevölkerung stand. Unter der Leitung der Bezirksvorsteher wurden in den Komitees u. a. die Sach- und Geldspenden organisiert, Unterstützungsgesuche entgegengenommen, Geldunterstützungsanträge für die Zentrale angefertigt und die Ausgabe von Naturalien vorgenommen. Doch der Großteil der lokalen Kriegsfürsorgearbeit wurde wie in Berlin von einer großen Gruppe hilfswilliger Wiener Frauen und Mädchen aller Gesellschaftsklassen bewerkstelligt, die sowohl der Zentralstelle als auch den Bezirksorganisationen mit Rat und Tat zur Seite standen.

1.1.4 Im Dienst für das Vaterland: Die Wiener Frauenhilfsaktion im Kriege

Auch in der Habsburgermonarchie ging die Mobilisierung der Frauen zügig vonstatten. Noch bevor die Kriegserklärung an Serbien erfolgte, riefen die großen Frauenorganisationen Österreichs, darunter die ROHÖ und der BÖFV sowie die Katholische Frauenorganisation, die Österreicherinnen am 27. Juli 1914 in verschiedenen Appellen zum Dienst für das Vaterland für die Dauer des Krieges auf:

62 Nach den zu Anfang August 1914 herausgegebenen Bekanntmachungen des Ministeriums des Innern galt die Zentralstelle als Landeshilfskomitee für Niederösterreich, das dem Kriegshilfsbüro des Innenministeriums angegliedert war. Vgl. Gemeinde-Verwaltung 1914–1919, S. 153. Sowie Ein Jahr Kriegsfürsorge, S. 43. Hierzu vgl. auch WEIGL, Daseinsfürsorge, S. 338.

63 MERTENS, Die Wiener, S. 288. Vgl. auch Ein Jahr Kriegsfürsorge, S. 45.

64 Neben einer Reihe von Gemeinderäten und dem Bürgermeister setzte sich das Gremium aus WEISKIRCHNERS Stellvertretern, Magistratsbediensteten, Behördenvertretern des Landes Niederösterreich sowie aus Vertretern des Militärkommandos und der Wiener Polizeidirektion zusammen. Vgl. Gemeinde-Verwaltung 1914–1919, S. 153. Sowie Ein Jahr Kriegsfürsorge, S. 45.

65 Gemeinde-Verwaltung 1914–1919, S. 154.

»Ernste dringende Forderungen stellt diese ernste schwere Zeit an uns Frauen und es ist Pflicht aller österreichischen Frauen, diesen Forderungen mit allen zu Gebote stehenden Kräften gerecht zu werden. Wir rufen Österreichs Frauen zur Dienstleistung für die Kriegszeit auf! Strengste Solidarität muß in diesem Augenblick den Arbeitswillen aller Frauen zum Ausdruck bringen und alle Gegensätze müssen schweigen.«⁶⁶

Dieser von der ROHÖ veröffentlichte Aufruf mahnte nicht nur zur Einigkeit aller Frauen, sondern verwies darüber hinaus auf die »typisch weiblichen Eigenschaften der Fürsorge und Mütterlichkeit«⁶⁷. Die »wirtschaftlich Schwächsten« sollten durch Fraueneinigkeit, Frauenkraft und Frauenarbeit »in hereinbrechender Not und Sorge«⁶⁸ Unterstützung erfahren. So konstituierte sich nur wenige Tage später in Wien und in anderen Orten der Monarchie die parteiübergreifende »Frauenhilfsaktion im Kriege«. Durch die Kooperation der ROHÖ, des BÖFV, der katholischen Frauenorganisation Niederösterreichs sowie des christlichen Wiener Frauenbundes und der sozialdemokratischen Frauenorganisation entstand in der österreichischen Hauptstadt die »Wiener Frauenhilfsaktion«, womit der Krieg die Einheit einer Reihe von Frauenvereinigungen und -initiativen herbeiführte, die sich zuvor konkurrierend gegenüberstanden oder sich gar gegenseitig bekämpften. Die Sozial- und Kulturhistorikerin Maureen HEALY resümiert:

»[A]lmost overnight, according to the Frauenhilfsaktion Wien, war had mandated that women suspend their *Parteilichkeiten* and serve an Austria ringed by enemies. War, they believed, accomplished a miracle in this politically divided capital city: it united us, men and women, members of all parties, young and old.«⁶⁹

Der Antrieb der sozialdemokratischen Frauen, der Frauenhilfsaktion beizutreten, war vor allem darauf zurückzuführen, dass sie die Fürsorge für die Arbeiterfamilien nicht den Frauen der bürgerlichen Kreise überlassen wollten. Von Anfang an setzten sie sich dafür ein, dass die Fürsorgeaktivitäten der Wiener Frauen seitens der Arbeiterschaft nicht als entwürdigende Almosenunterstützung wahrgenommen wurden.⁷⁰ Durch die Mitwirkung der Sozialdemokratinnen sollte die Arbeiterschaft darin bestärkt werden, die Unterstützungsangebote der Frauenkriegsfürsorge anzunehmen.

Der offizielle Zusammenschluss der Frauenorganisationen zur Wiener Frauenhilfsaktion erfolgte im Rahmen der Gründung eines siebzehnköpfigen Frauenausschusses, der von der Bürgermeistergattin Berta WEISKIRCHNER (1865–1934) geleitet und von Vertreterinnen der kooperierenden Frauenvereinigungen gebildet wurde.⁷¹ Beginnend mit der ersten Sitzung am 13. August 1914 trat dieser »Frauenbeirat« einmal wöchentlich im

66 GRANITSCH, Kriegsdienstleistung, S. 8ff. Hierzu siehe auch HÄMMERLE, Heimat/Front, S. 84ff.

67 SCHARF, Michaela: »Im Dienst für das Vaterland«, in: Die Welt der Habsburger – Der Erste Weltkrieg. Im Internet unter: <https://ww1.habsburger.net/de/kapitel/im-dienst-fuer-das-vaterland> (27.06.2017).

68 GRANITSCH, Kriegsdienstleistung, S. 8.

69 HEALY, Maureen: »Becoming Austrian: Women, the State, and Citizenship in World War I«, in: *Central European History* 35/1 (2002), S. 1–35, hier S. 6.

70 Vgl. »Die Frauenhilfskomitees«, in: *Arbeiterinnen-Zeitung* 1, 24. Jg. (5. Januar 1915), S. 3–4. Sowie HEALY, *Becoming Austrian*, S. 7f.

71 Vgl. WEISKIRCHNER, Berta: Die Frauen-Hilfsaktion Wien, Wien o.J. [vermutlich 1916], S. 12ff. HÄMMERLE, Heimat/Front, S. 89.

Rathaus zusammen, wo er angegliedert an die Zentralstelle zu einem festen Bestandteil der kommunalen Kriegsverwaltung wurde. Unterstützt vom Obermagistratsrat Jakob DONT (1864–1946), der die Fürsorgearbeit der Zentralstelle in der Obmänner-Konferenz vertrat, beriet und koordinierte der Frauenbeirat die lokalen Tätigkeiten der Frauenhilfsaktion.

»Ein gewaltiges Arbeitsfeld war den Damen überlassen. Da natürlich diese Arbeit von den 17 Damen des Ausschusses nicht allein geleistet werden konnte, [...] wurden in allen 21 Bezirken Wiens, meist in den Gemeindebezirksamtshäusern, eigene Ämter eröffnet, ein großes Frauen-Arbeitskomitee wurde aus freiwilligen Kräften zusammengestellt und in 23 Arbeitskomitees verteilt, so daß auf jeden Bezirk ein Arbeitskomitee entfällt und im I. und XIII. Bezirk je zwei Komitees bestehen.«⁷²

In den sogenannten Damenkomitees der Frauenhilfsaktion, die jeweils von einer Vertreterin der verschiedenen Frauenorganisationen angeleitet wurden, waren anfangs bis zu 1.000 Frauen und Mädchen tätig. Bis zum Ende des zweiten Kriegsjahres hatte sich die Zahl der freiwilligen Mitarbeiterinnen auf rund 700 reduziert. In Zusammenarbeit mit den Bezirkshilfskomitees der Zentralstelle nahmen sich die Frauenarbeitskomitees vor allem der Sorgen und Nöte der erwerbslosen Frauen und Mädchen an. Dabei war das Aufgabenspektrum der Wiener Frauenhilfe ebenso breit gefächert wie in den Hilfskommissionen des Berliner Frauendienstes.⁷³ So unterstützten sie die einzelnen Bezirksorganisationen bei Geld- und Naturaliensammlungen sowie »Freitischablösungen«⁷⁴. Des Weiteren gehörte die Auskunftserteilung über die staatliche Unterstützung und die Vermittlung der öffentlichen und privaten Fürsorgeleistungen sowie der umfangreiche »Recherchedienst« zu ihren Aufgaben:

»Der Recherchedienst umfaßt: a) Erhebungen über die Unterstützungsfälle, deren Entscheidung der Zentralstelle zusteht. b) Erhebungen auf dem Gebiete der Kinderfürsorge (Freitischanmeldungen, Freitischzuweisungen, Milch- und Speiseanweisungen, Kinderbeaufsichtigung). c) Mitarbeit bei der Ausspeisungsaktion.«⁷⁵

Darüber hinaus zählten die Unterstützung der unter Personalmangel leidenden öffentlichen Armenpflege, die Leistung von Beistand für die Frauen der einberufenen Soldaten sowie die Mitarbeit bei der Arbeitsvermittlung und -beschaffung zu den weiteren Tätigkeiten der Damenkomitees. Letzteres wurde vor allem von der »Kommission für soziale

72 WEISKIRCHNER, Frauen-Hilfsaktion, S. 15.

73 Vgl. auch zu den weiteren Ausführungen EBD., S. 16ff. sowie 23f. »Die Wiener Frauen während des Krieges«, in: *Arbeiterinnen-Zeitung* 20, 24. Jg. (5. Oktober 1915), S. 2–3, hier S. 2. Die Gemeinde Wien während der ersten Kriegswochen, S. 13. HÄMMERLE, Heimat/Front, S. 90f.

74 Durch Spendengelder wurden Freitische bei öffentlichen Ausspeisungen arrangiert. Vgl. EBD., S. 90.

75 WEISKIRCHNER, Frauen-Hilfsaktion, S. 19. Durch Tätigkeiten wie die Durchführung von Erhebungen zu Fürsorgezwecken sei nach HÄMMERLE die für weite Bereiche der organisierten weiblichen Kriegsfürsorge charakteristische Zusammenarbeit mit kommunalen Institutionen respektive die »staatliche Instrumentalisierung der vorhandenen Organisationsstrukturen der Frauenbewegung« während des Krieges in starkem Maße deutlich geworden. Vgl. hierzu DIES., Heimat/Front, S. 88.

Fürsorge in Wien und Niederösterreich« koordiniert. Diese von der Stadtverwaltung im Anschluss an die Zentralstelle eingerichtete Kommission arbeitete mit den Arbeitsvermittlungsstellen in Wien und Niederösterreich sowie den Landesarbeitsnachweisstellen zusammen.⁷⁶ Eine bedeutende Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, die von den Damenkomitees selbst in die Wege geleitet wurde und die Existenz vieler Wienerinnen im Krieg sicherte, war die Einrichtung zahlreicher Näh- und Strickstuben. Die von der Frauenhilfsaktion geleiteten Arbeitsstuben beschäftigten zeitweise bis zu 4.000 Frauen und rüsteten u. a. das Heer mit warmer Kleidung aus.⁷⁷

Zu guter Letzt leistete die Wiener Frauenhilfe auch auf dem Gebiet der Nahrungsmittelversorgung und der Ernährungsfürsorge einen unentbehrlichen Beitrag. Wie die Berliner Frauendienstlerinnen stellten die Frauen Kochrezepte zusammen, gaben Kochkurse und hielten Vorträge über die veränderten Versorgungsverhältnisse. In den Arbeitskomitees versorgten sie zahlreiche Familien mit Lebensmitteln, sammelten im Rahmen ihrer Mitarbeit an den städtischen Ausspeisungsaktivitäten Spenden und gaben Speiseausweiskarten aus.⁷⁸ Darüber hinaus übernahm die Wiener Frauenhilfsaktion eine Reihe von Aufgaben bei der Durchführung der Ausspeisungsaktionen.

1.2 Die Verwaltung der Not: Neue Familienverhältnisse und Kriegsfürsorge

Noch viel schneller als die Zivilverwaltungen sich auf die Kriegssituation einstellen konnten, wirkte sich der Kriegsausbruch auf die Lebensverhältnisse in Wien und Berlin aus. Innerhalb weniger Stunden sah sich eine Vielzahl der Menschen in ihrer Existenz gefährdet. So berichtete die Berliner Sozialarbeiterin Siddy WRONSKY (1883–1947) von einer Frau, die am zweiten Kriegstag in der *Zentrale für private Fürsorge*⁷⁹ Hilfe suchte. Ihr Mann, ein kleiner Angestellter, sowie ihre zwei Söhne und die beiden Töchter hätten ihre Arbeitsplätze verloren. Die beiden anderen Söhne und ihr Mieter wären eingezogen worden. Und auch ihr eigenes Plättgeschäft hätte wegen ausbleibender Kundschaft schließen müssen. »[A]uf diese Weise«, so WRONSKY, »waren auf einmal neun Einnah-

76 Vgl. Ein Jahr Kriegsfürsorge, S. 103ff. Ferner Die Gemeinde Wien während der ersten Kriegswochen, S. 13. Nach der Schriftstellerin und Präsidentin der ROHÖ Helene GRANITSCH (1876–1956) arbeiteten Frauen und Männer in der Kommission zusammen. Hierzu ausführlich DIES.: »Die Kriegsarbeitsleistung der Wiener Frauen«, in: Almanach des Kriegsjahres 1914–15 der patriotischen Frauen Österreichs. Hg. Zu Gunsten des Witwen- und Waisenhilfsfonds für die gesamte bewaffnete Macht, Wien o.J., S. 40–45, hier S. 42.

77 Vgl. WEICL, Daseinsfürsorge, S. 339. Hierzu ausführlich HÄMMERLE, Heimat/Front, S. 91ff. Sowie WEISKIRCHNER, Frauen-Hilfsaktion, S. 31ff.

78 Vgl. Ein Jahr Kriegsfürsorge, S. 73ff.

79 Als städtische Fürsorgezentrale leistete die *Zentrale für private Fürsorge* einen bedeutenden Beitrag bei der Herbeiführung einer geordneten Systematisierung und Koordination der Privatwohltätigkeit auf lokaler Ebene. Sie stellte Hilfsbedürftigen archivierte Informationen über die Vielzahl verschiedener Berliner Wohltätigkeitseinrichtungen zur Verfügung und half den Hilfesuchenden die für sie geeigneten Einrichtungen zu vermitteln. Zur Entstehung und Entwicklung der *Zentrale für private Fürsorge* vgl. ausführlich DEGETHOFF DE CAMPOS, Von der Armenpflege, S. 17ff.

mequellen einer wirtschaftlich gut dastehenden Familie vernichtet.«⁸⁰ Fälle wie diesen gab es in Berlin und Wien zu Tausenden.

Nach der Einberufung der Wehrpflichtigen zum Kriegsdienst waren in der deutschen Hauptstadt innerhalb des ersten Kriegsmonats fast 63.000 Familien auf finanzielle Unterstützung angewiesen. In Wien erhielten im Oktober 1914 rund 60.000 Personen staatliche Unterstützungsbeiträge.⁸¹ Hinzu kam in beiden Städten ein starker Anstieg der Arbeitslosenzahlen. Bis Ende August 1914 verloren in Wien etwa 150.000 und in Berlin über 100.000 – überwiegend weibliche – Beschäftigte ihren Arbeitsplatz, da viele kleinere und mittlere Betriebe – insbesondere in der Nahrungsmittel-, Genussmittel- und Textilindustrie – wegen des fehlenden Personals schließen mussten.⁸² Dieser im Fortgang des Krieges anhaltende Notstand an der »Heimatfront« verlangte ein rasches und angemessenes Handeln, das von privaten Fürsorgeorganisationen wie der *Zentrale für private Fürsorge* allein nicht gewährleistet werden konnte. Für die neuen kriegsbedingten Notlagen war auch die traditionelle Armenfürsorge nicht geeignet. So verdeutlichte die deutsche Sozialpolitikerin Else WEX (1884–1961):

»Verschuldete und Arme machten vor dem Krieg nur einen geringen Prozentsatz [...] aus... Da sie politisch machtlos waren, mußten sie sich mit dem geringfügigen, notdürftigen Lebensunterhalt begnügen... Sehr anders wurde dies im Verlauf des Krieges. Ganz neue Bevölkerungsschichten rückten nunmehr in die Scharen der Hilfsbedürftigen ein; ihre Ansprüche zu berücksichtigen wurde zu einer politischen Notwendigkeit.«⁸³

Die Verantwortlichen in Wien und Berlin nahmen bereits wenige Tage nach Kriegsausbruch erste Kriegsfürsorgemaßnahmen in Angriff, wodurch erstmals Einrichtungen materieller Unterstützung außerhalb der Armenpflege entstanden, die aus öffentlichen Mitteln der Staaten und der Gemeinden finanziert wurden.⁸⁴

80 WRONSKY, Siddy: »Die Fürsorge in ihren verschiedenen Gebieten«, in: Berliner Fürsorge-Arbeit während des Krieges, hg. Von der ZENTRALE FÜR PRIVATE FÜRSORGE, Berlin 1916, S. 82–102, hier S. 86.

81 Vgl. für Berlin LIEBRECHT, Maßnahmen, S. 29. Es ist anzunehmen, dass die Zahl sich nicht nur auf die staatlich unterstützten Familien bezieht, sondern auch mit kommunalen Mitteln versorgte Unterstützungsfälle einschließt. In einem anderen Bericht desselben Autors umfasste die Zahl bewilligter Familienunterstützungsanträge im August 1914 rund 35.300. Hierzu LIEBRECHT, Arthur: »Grundlagen, Ziele und Durchführung der unter der Bezeichnung »Kriegswohlfahrtspflege« von den Staatsbehörden den Gemeinden übertragenen Aufgaben«, in: Sonderabdruck aus der Zeitschrift der Zentralstelle für Volkswohlfahrt »Concordia«, Nr. 19, 1. Oktober 1917, S. 1–16, hier S. 5. Für Wien vgl. PFOSE, Staatliche (oben Kapitel III, Anm. 60). Nach einem Bericht des Wiener Bürgermeisters WEISKIRCHNER stieg die Zahl staatlich unterstützter Personen bis Ende September 1914 auf über 82.000. Vgl. hierzu Die Gemeinde Wien während der ersten Kriegswochen, S. 10.

82 Vgl. WEIGL, Andreas: »Kriegsindustrie. Die Wiener Wirtschaft im Dienst der Kriegsökonomie«, in: PFOSE/DERS., Epizentrum, S. 210–219, hier S. 224. Vorwärts, 25. August 1914, zitiert bei GLATZER, Dieter und Ruth GLATZER, Berliner Leben 1914–1918, Berlin 1983, S. 71. Vgl. auch BAUDIS, Schweinemord, S. 132.

83 LANDWEHR, Funktionswandel, S. 80. Ferner KUNDRUS, Kriegerfrauen, S. 46.

84 Vgl. LANDWEHR, Funktionswandel, S. 79. Während sich der Terminus »Kriegsfürsorge« im Deutschen Reich allgemein hin auf die staatliche Fürsorge bezog, umfasste er im Habsburgerreich sowohl die staatliche als auch die kommunale Fürsorge. Die freiwillige städtische Fürsorgearbeit Ber-

1.2.1 Kein Auskommen: Die staatliche Familienfürsorge und ihre Verwaltung

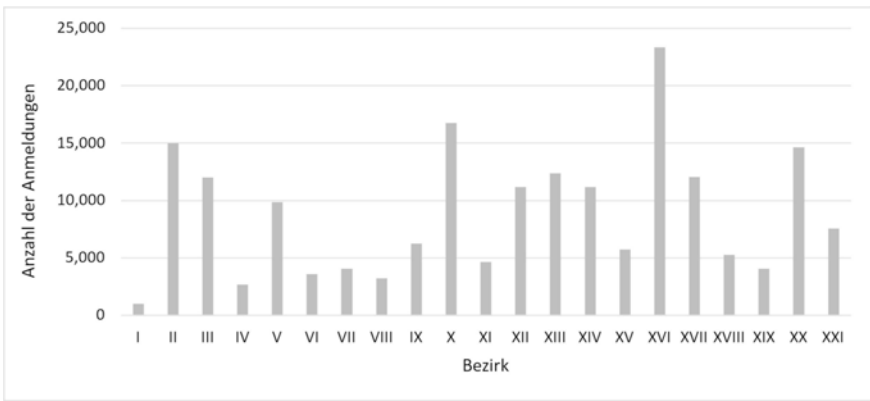
Mit dem Inkrafttreten des Familienunterstützungsgesetzes von 1888 im Deutschen Reich und des Kriegsunterhaltsgesetzes von 1912 in Österreich-Ungarn wurden unmittelbar nach Kriegsbeginn erste finanzielle Unterstützungsmaßnahmen für die Familien der zum Kriegsdienst eingezogenen Soldaten ergriffen und damit zugleich die öffentliche Kriegsfürsorge in Berlin und Wien in die Wege geleitet. Beide Unterstützungsgesetze zielten auf die Erhaltung der Kriegsteilnehmer in ihrer sozialen Schicht.⁸⁵ Im Vordergrund standen demzufolge die Bedürfnisse der Militärdienstleistenden, deren Angehörigen ein soziales Existenzminimum gewährt werden sollte. Beide Gesetze regelten die Art und Weise der finanziellen Hilfe für die »Kriegerfamilien« und legten fest, wer zum anspruchsberechtigten Personenkreis gehörte. So galten in Österreich-Ungarn all jene Angehörigen von Militärpersonen als anspruchsberechtigt, »deren Unterhalt bisher im wesentlichen [sic!] von dem aus der Arbeit des zur aktiven Dienstleistung Herangezogenen erzielten Einkommen nachweisbar abhängig war«⁸⁶. Danach hatten nicht nur die Ehefrauen und die Kinder Anspruch auf den staatlichen Unterstützungsbeitrag, sondern auch die Eltern, Großeltern, Geschwister, Schwiegereltern und unter bestimmten Voraussetzungen auch die unehelichen Kinder und deren Mütter. Zu Beginn des Krieges betrug der Unterstützungsbeitrag, der sich aus einer Unterhaltszahlung (88 Heller) und einem Mietzinsbeitrag (44 Heller) zusammensetzte, pro Person und Tag maximal 1.32 Kronen, wobei Kinder unter acht Jahren mit 66 Hellern die Hälfte erhielten.⁸⁷ Für die Hilfsbedürftigen im Deutschen Reich schrieb das Familienunterstützungsgesetz Mindestsätze vor, die ergänzend zum Wehrsold der Kriegsteilnehmer geleistet werden sollten. Bei Kriegsausbruch betragen diese für die »Kriegerfrauen« monatlich neun Mark im Sommer bzw. zwölf Mark im Winter und für eheliche Kinder unter fünfzehn Jahren sowie weitere Bedürftige monatlich sechs Mark. Unter die weiteren Bedürftigen fielen hier alle ehelichen Kinder über fünfzehn Jahre, Verwandte in aufsteigender Linie und Geschwister sowie später auch nicht-eheliche Kinder sofern ein Nachweis darüber

lins und anderer deutscher Städte wurde in der Regel als »Kriegswohlfahrtspflege« bezeichnet. Private Organisationen wie die *Zentrale für private Fürsorge* unterstützten die Fürsorgetätigkeiten der Gemeinden in starkem Maße und leisteten nicht selten die notwendige Vorarbeit oder trieben Sach- und Geldspenden ein. WRONSKY, Sidy und Edmund FRIEDEBERG: Handbuch der Kriegsfürsorge im Deutschen Reich, hg. Von der ZENTRALE FÜR PRIVATE FÜRSORGE, Berlin 1917, insb. das Kapitel »Kriegswohlfahrtspflege«, S. 111–222. Vgl. auch PFOSE, Staatliche (oben Kapitel III, Anm. 60). Siehe hierzu u.a. auch Wegweiser der Kriegsfürsorge, hg. Von der KOMMISSION FÜR SOZIALE FÜRSORGE, Wien 1914.

- 85 Vgl. KUNDRUS, Kriegerfrauen, S. 51. Vgl. auch SACHBE/TENNSTEDT, Fürsorge und Wohlfahrtspflege, S. 51. Sowie HEALY, *Becoming Austrian*, S. 23.
- 86 Gesetz vom 26. Dezember 1912, betreffend den Unterhaltsbeitrag für Angehörige von Mobilisierten. Reichsgesetzblatt (RGBI) für die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder, 1849–1918, Nr. 237, S. 1201. Im Verlauf des Krieges wurde der Kreis der Bezugsberechtigten den Kriegsverhältnissen angepasst, sodass auch die Angehörigen von Kriegsgefangenen, Kriegsflüchtlinge und Zivilgeschädigte einen Anspruch auf den Unterhaltsbeitrag erhielten. Vgl. MERTENS, *Die Wiener*, S. 287.
- 87 Vgl. WEIGL, *Daseinsfürsorge*, S. 339. Sowie HEALY, *Becoming Austrian*, S. 20f.

erbracht wurde, dass der zum Kriegsdienst Eingezogene deren Unterhalt bestritt.⁸⁸ Anders als in Wien umfasste die staatliche Familienunterstützung keine Mietbeihilfe. Da diese für viele Berliner »Kriegerfamilien« jedoch zwingend erforderlich war, leistete die Berliner Fürsorgeverwaltung sie im Falle der besonderen Bedürftigkeit im Rahmen ihrer freiwilligen kommunalen Kriegswohlfahrtspflegemaßnahmen, die darüber hinaus noch weitere Dienstleistungen sowie Naturalabgaben umfassten.

Abbildung 3: *Anspruchsanmeldungen für den staatlichen Unterhaltsbeitrag in den einzelnen Wiener Bezirksämtern zwischen August 1914 und Ende Juli 1915*



Gesamtzahl der Anspruchsanmeldungen: 186.434. Mit 23.328 Anspruchsanmeldungen lag der Bezirk Ottakring (XVI) in diesem Zeitraum an der Spitze. Besonders hoch fiel auch der Anmeldestand in Favoriten (X; 16.754), Leopoldstadt (II; 14.987) und in der Brigittenau (XX; 14.619) aus. Mit den Anmeldungen in den Bezirken Hietzing (XIII; 12.375) und Landstraße (III; 11.993) wird deutlich, dass auch die Bewohner der wohlhabenderen Stadtbezirke in höherer Zahl Anspruch auf den staatlichen Unterhaltsbeitrag erhoben.

Quelle: Ein Jahr Kriegsfürsorge, S. 7f.

Im Verlauf der Kriegsjahre nahm in beiden Hauptstädten die Zahl staatlich unterstützter Personen und Familien kontinuierlich zu. In Wien vervierfachte sich der Kreis der Unterhaltsbeitragsempfänger zwischen August 1914 und Juli 1915 auf rund 250.000 Personen.⁸⁹ Zum Ende des Jahres 1916 wurde bereits ein Fünftel der Wiener Bevölkerung (430.000 Personen) mit dem staatlichen Unterhaltsbeitrag unterstützt. Bis einschließlich Juli 1917 stieg die Zahl der Wiener Beitragsempfänger weiter auf 520.000 Personen. Der *Neuen Freien Presse* zufolge waren zu diesem Zeitpunkt über 250.000 Wiener Familien staatlich unterstützt worden. Für die deutsche Hauptstadt liegen vergleichbare Zahlen

88 Vgl. SACHSE/TENNSTEDT, Fürsorge und Wohlfahrtspflege, S. 50. Sowie Kriegsfürsorge in Groß-Berlin. Ein Führer, Gesetze, Bekanntmachungen, Wohlfahrtseinrichtungen, hg. Von der ZENTRALE FÜR PRIVATE FÜRSORGE, Berlin 1915, S. 12ff.

89 Vgl. hierzu MERTENS, Die Wiener, S. 287. Ein Jahr Kriegsfürsorge, S. 8. WEIGL, Daseinsfürsorge, S. 339f. Sowie »Neuregelung des staatlichen Unterhaltsbeitrages für die Angehörigen der Eingezogenen«, in: *Neue Freie Presse*, 21. Juli 1917.

vor.⁹⁰ Nach der Zahl bewilligter Anträge erhielten hier im Juli 1915 etwa 141.000 Berliner Familien den staatlichen Unterstützungsbeitrag. Zwei Jahre später hatte sich der Empfängerkreis in Berlin ebenfalls mehr als verdoppelt, der mit rund 287.000 unterstützten Familien im Juli 1917 sogar noch etwas größer ausfiel als in der Habsburgermetropole. In beiden Städten stammte der Großteil der antragsstellenden Angehörigen der Kriegsteilnehmer aus der Arbeiterschicht. Eine Aufschlüsselung der Unterstützungsgesuche nach Wiener Bezirken belegt, dass zwischen August 1914 und Juli 1915 etwa siebzig Prozent der Anträge in den Arbeiterbezirken gestellt wurden (Abb. 3).⁹¹

Ein vergleichbares Bild für Berlin liefert eine Aufschlüsselung nach Besucherzahlen in den einzelnen Berliner Hilfskommissionen des NFD für eine Juniwoche des Jahres 1915. Sie gibt Auskunft darüber, wie sich die Fälle auf die Stadtteile verteilen.⁹² Sie zeigt zum einen, dass auch hier die Mehrheit der Unterstützungsgesuche in den Arbeitervierteln erfolgte, d.h. vor allem im Norden, aber auch im Osten der Stadt. Zum anderen bestätigen die Unterstützungsfallzahlen in den Hilfsstellen der südwestlichen und südöstlichen Stadtregion, dass nicht nur die ärmeren Bevölkerungs- und Stadtteile auf die staatliche Kriegsfürsorge angewiesen waren. Dennoch kamen in beiden Städten die wenigsten Gesuche aus den bevölkerungsärmeren Stadtzentren und den wohlhabenderen Stadtteilen.

Ebenso wie die Unterstützungsfallzahlen in Wien und Berlin zunahmen, zeigte sich auch sehr schnell, dass die gesetzlichen Kriegsfürsorgebestimmungen für die Betroffenen unzureichend waren und ihre praktische Umsetzung alles andere als ein reibungsloses Unterfangen darstellte. Die Unterstützungsbeträge wurden sowohl im Deutschen Reich als auch in der Habsburgermonarchie als völlig ungenügend angesehen und mussten im Verlauf des Krieges mehrfach erhöht werden.⁹³ Dennoch hielten die staatlichen Unterstützungssätze mit der kriegsbedingten Teuerung und den gestiegenen Lebenshaltungskosten nicht mit, sodass sich die Berliner Verwaltung zur Aufstockung der Unterstützungssätze gezwungen sah. Der Berliner Magistratsrat Arthur LIEBRECHT (*1872) erklärte 1916 in einem Bericht zur Berliner Fürsorgearbeit während des Krieges, dass die Stadt gleich zu Beginn des Krieges 100 Prozent Zuschlag zu der staatlichen Unter-

90 Die konkreten Angaben zur Anzahl unterstützter Berliner Familien sind zu finden bei LIEBRECHT, Grundlagen, S. 5. Sowie DERS., Maßnahmen, S. 29.

91 Der Anteil antragstellender mittelständischer Soldatenfamilien, der in der Übersicht der Anspruchsmeldungen nach Stadtbezirken insgesamt noch geringer ausfiel, wird infolge der zunehmenden Not im Verlauf des Krieges jedoch stark zugenommen haben.

92 Hierzu Tab. IV im Anhang. Da es sich lediglich um eine Momentaufnahme handelt, dürfen die Angaben nicht überbewertet werden. Vgl. auch Nationaler Frauendienst, Kriegsjahr 1914–1915, S. 12.

93 Vgl. SACHSE/TENNSTEDT, Fürsorge und Wohlfahrtspflege, S. 50. Bis zum Kriegsende hatten sich die Mindestsätze im Deutschen Reich für Ehefrauen auf monatlich 25 Mark und für unterstützte Kinder auf fünfzehn Mark erhöht. Die differierenden Sommer- und Wintersätze wurden unterdessen aufgehoben. Ausführlich zu den Novellierungen des Familienunterstützungsgesetzes KUNDRUS, Kriegerfrauen, S. 50ff. Ferner BURCHARDT, Lothar: »Die Auswirkungen der Kriegswirtschaft auf die deutsche Zivilbevölkerung im ersten und zweiten Weltkrieg«, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* Nr. 1 (1974), S. 65–97, hier S. 84. In Österreich-Ungarn erfuhr der staatliche Unterhaltsbeitrag bis zum Herbst 1917 eine Erhöhung auf zwei Kronen pro Person und Tag. Hierzu WEICL, Daseinsfürsorge, S. 339. Sowie HEALY, Becoming Austrian, S. 21.

stützung gezahlt habe.⁹⁴ Ebenso erhielten die bedürftigen Wiener von der städtischen Fürsorgezentrale im Rathaus Vor- und Zuschüsse zum staatlichen Unterhaltsbeitrag. Darüber hinaus wurden auch jene Bedürftigen finanziell unterstützt, die keinen gesetzlichen Anspruch auf den Unterhaltsbeitrag hatten.⁹⁵ Betroffen waren hierbei vor allem die vielen Arbeiterfrauen, die bereits vor dem Krieg einer Erwerbsarbeit nachgingen und zum Familieneinkommen beitrugen sowie all jene Frauen, die nach der Einberufung ihrer gewerbetreibenden Ehemänner den familiären Geschäftsbetrieb übernahmen. Dass den erwerbstätigen Wienerinnen der Unterhaltsbeitrag nicht gewährt wurde, stieß nicht nur bei den betroffenen Frauen auf Unverständnis. Auch die Stadtverwaltung und an vorderster Front Bürgermeister WEISKIRCHNER kritisierten diese wenig nachvollziehbare gesetzliche Bestimmung:

»Es gelangen häufig Fälle zur Kenntnis [...], in denen ein auch nur bescheidener Arbeitserwerb der Frau eines Eingerückten von den Unterhaltskommissionen als Bestimmungsgrund geltend gemacht wird, um der Frau den staatlichen Unterhaltsbeitrag zu versagen oder zu entziehen, und zwar dies auch dann, wenn die Frau inzwischen den Erwerb verloren hat und nunmehr der ärgsten Notlage preisgegeben wird. Das Gesetz spricht vom Unterhaltsbeitrag und gibt damit zu erkennen, daß den Angehörigen der Eingerückten bei Vorhandensein der übrigen Voraussetzungen nicht der Unterhalt gezahlt, sondern ein *Beitrag* zum Unterhalt geleistet werden soll. Das Gesetz will also mit dem Unterhaltsbeitrag nur eine Gefährdung der Existenz verhüten, die dann eintreten müßte, wenn die Frau lediglich auf ihren Lohn angewiesen bleibt.«⁹⁶

Darüber hinaus kam es nicht selten vor, dass Frauen mit ihren Unterstützungsanträgen in den Unterstützungskommissionen auf unhöfliche und schroffe Weise grundlos zurückgewiesen wurden. Unter den Unterstützungssuchenden herrschte eine weitverbreitete Unklarheit darüber, wer zum Kreis der Anspruchsberechtigten gehörte, was damit zusammenhing, dass kein einheitliches, sondern ein eher willkürliches Vorgehen hinsichtlich der Antragsannahme und -genehmigungen zu beobachten war.⁹⁷ Die Bearbeitung der Unterstützungsgesuche nach subjektiven Wahrnehmungen war nicht unüblich und führte auch in Berlin zu Schwierigkeiten. Hier bildete sich im Verlauf des Krieges in der Bevölkerung eine Anspruchshaltung gegenüber der Kriegsfürsorge heraus, die eng mit der verbreiteten Auffassung zusammenhing, dass die Kriegs- bzw. Familienunterstützung eine Art Sold mit Rechtsanspruch darstelle.⁹⁸ Dies war in erster Linie auf die »laxe Praxis« in der Unterstützungsgewährung zurückzuführen, die zu immer mehr Bewilligungen führte. Die Familienunterstützung habe, wie die Historikerin Ute DANIEL

94 Vgl. LIEBRECHT, Maßnahmen, S. 28. Allein bis Februar 1915 beliefen sich die Zuschlagszahlungen Berlins auf 8,5 Millionen Mark (ohne Mietbeihilfen). Hierzu DANIEL, Arbeiterfrauen, S. 174. Der kommunale Zuschlag wird sich im Verlauf des Krieges stets erhöht haben. KUNDRUS zufolge habe Berlin sogar bis zu 200 Prozent der Reichsmittel auf die Mindestsätze aus Eigenmitteln dazugegeben. Vgl. DIES., Kriegerfrauen, S. 57.

95 Vgl. PFOSE, Staatliche (oben Kapitel III, Anm. 60). Sowie Ein Jahr Kriegsfürsorge, S. 44.

96 »Unterhaltsbeitrag und Arbeitswilligkeit«, in: *Neues Wiener Tagblatt*, 5. August 1915.

97 Vgl. HEALY, *Becoming Austrian*, S. 21.

98 Vgl. LANDWEHR, Funktionswandel, S. 88. Ferner KUNDRUS, Kriegerfrauen, S. 84.

hervorhebt, während des Krieges eine unaufhaltsame Verallgemeinerungstendenz entwickelt.⁹⁹ Dies habe dazu geführt, dass eine ursprünglich für einen klar umgrenzten Personenkreis angelegte Spezialunterstützung zu einer Unterstützungspflicht des Staates für weite Teile der lohnabhängigen sowie der selbständigen Bevölkerung geworden sei.

Unter dem Druck steigender Kosten bemühten sich das Deutsche Reich und die Gemeinde ab der zweiten Kriegshälfte die Erwartungshaltung in der Bevölkerung zu bremsen. Während anfangs im Interesse der Kriegsziele großzügig verfahren worden sei, so LANDWEHR, sei nun der Übergang zu Normalverhältnissen angestrebt worden.¹⁰⁰ Einerseits sollten sich die Schulungen des Ermittlungspersonals verbessern, um die Qualität der Ermittlungen zu steigern. Andererseits galt fortan auch für die bedürftigen Berliner, dass arbeitsfähigen Personen die Unterstützung nicht mehr bewilligt wurde. Um die »minimalste Existenzsicherung zu gewährleisten« sollte nun vor allem die Naturalunterstützung ausgebaut werden.¹⁰¹ Faktisch näherte sich die Kriegsfürsorge immer mehr der Armenfürsorge an, von der sich die Familienunterstützung von Anfang an klar abgrenzen sollte. So hieß es in einem Erlass der preußischen Regierung vom 28. September 1914:

»Es handelt sich nicht um Armenhilfe, darum müssen auch nicht die Voraussetzungen der Armenhilfe erfüllt sein. Anspruch haben alle Angehörigen, die der Unterstützung zum notwendigen Lebensunterhalt und zur Fortführung ihres geordneten Haushalts bedürftig sind.«¹⁰²

In der alltäglichen Praxis und angesichts der zunehmenden kriegsbedingten Notlagen war es der Fürsorgeverwaltung kaum noch möglich, einerseits den Bedürftigen »das angestrebte ›soziale Existenzminimum« zu gewähren und andererseits den rechtlichen Unterschied zwischen Kriegs- und Armenfürsorge aufrechtzuerhalten sowie die Kriegsfürsorgeunterstützten vor dem diskriminierenden Charakter der Armenpflege zu schützen.¹⁰³ Auch in der praktischen Fürsorgearbeit der Habsburgermetropole war die gewünschte Abgrenzung der Kriegsfürsorge vom Armenwesen nicht umsetzbar. Durch die Einberufungen zahlreicher Armenräte war die Armenpflege von Anfang an auf die Unterstützung der Wiener Frauenhilfe angewiesen.¹⁰⁴ Neben der Ermittlungsarbeit für die Fürsorgezentrale nahmen die Wiener Damenkomitees auch die Erhebungen im Armenfürsorgewesen vor – ein Umstand, der sich auf viele Unterstützungsempfänger, die unverschuldet durch den Krieg in Not geraten waren, demütigend ausgewirkt haben muss. Dies trat – sowohl in Wien als auch in Berlin – neben die schon allgemein vorhandene Unzufriedenheit mit der Kriegsfürsorgearbeit seitens der Bedürftigen. Die Probleme,

99 Vgl. DANIEL, Arbeiterfrauen, S. 172f. Siehe auch KUNDRUS, Kriegerfrauen, S. 52 und S. 83ff.

100 Vgl. LANDWEHR, Funktionswandel, S. 88.

101 EBD, S. 88f. Für die weiteren Ausführungen vgl. KUNDRUS, Kriegerfrauen, S. 61f.

102 SACHSE/TENNSTEDT, Fürsorge und Wohlfahrtspflege, S. 50. An dieser Stelle sei erwähnt, dass die in Berlin vorgenommene Trennung der Armenpflege von der Kriegsfürsorge nicht in allen deutschen Gemeinden vorzufinden war. In einigen Städten wurden die Armenverwaltungen mit der Fürsorge für die Kriegerfamilien und deren Bedürftigkeitsprüfung betraut. Hierzu ausführlich LINDEMANN, Stadtgemeinde, S. 12.

103 Vgl. KUNDRUS, Kriegerfrauen, S. 89. Ferner LANDWEHR, Funktionswandel, S. 89.

104 Vgl. Gemeinde-Verwaltung 1914–1919, S. 155.

die das Missmanagement der Kriegsfürsorge kennzeichneten und den Unmut der Unterstützungssuchenden hervorriefen, summiert die Sozialhistorikerin Birthe KUNDRUS:

»Viele Kommissionen waren [...] schlicht überfordert, so daß die Akten nicht rechtzeitig zum Zahntag vorbereitet waren. Die Angehörigen [der Kriegsteilnehmer] mußten vielfach nach stundenlangem Warten ohne Geld heimgeschickt werden. In Anbetracht der uneinheitlichen Behandlung, der sich ständig ändernden Vorschriften, die wiederum neue Berechnungen nach sich zogen, und der langsamen Bearbeitung kam es zu zahlreichen ›ernsten Auftritten‹ von Kriegerfrauen in den Amtsstuben.«¹⁰⁵

Das beschwerliche Unterstützungsverfahren machte die Notsituation der Kriegerfrauen und -familien kaum erträglicher. Wurde der Antrag bewilligt, war ein Auskommen mit der in vielen Fällen kärglichen Unterstützung längst nicht gesichert. Die Sorge um die Aufrechterhaltung der sozialen Existenz war für die gesamte Dauer des Krieges in den meisten Kriegerfamilien präsent. Dabei konnte sich die familiäre Notlage jederzeit noch verschärfen. War der eingerückte Familienversorger im Felde gefallen, wurde die staatliche Unterstützung für die Kriegshinterbliebenen um ein Beträchtliches reduziert.¹⁰⁶

Nur wenigen Kriegerfamilien brachte die Familienunterstützung bzw. der staatliche Unterhaltsbeitrag eine Verbesserung der finanziellen Situation. So profitierten hauptsächlich kinderreiche Familien ungelernter Arbeiter von der Berechnung der Unterstützungssätze nach Kinderzahl.¹⁰⁷ Kleinere Familien von eingezogenen gelernten Arbeitern und Angestellten hatten dagegen schwere Einbußen hinzunehmen. Doch die Familien mit schwindenden finanziellen Mitteln mussten sich nicht nur mit den Sorgen um die eigene Existenz auseinandersetzen. Viele Kriegerfrauen, die während der Abwesenheit der Ehemänner Verwalterinnen der familiären Finanzen waren, sahen sich auch dem in Teilen der Bevölkerung und der Verwaltung hervorgebrachten Vorwurf ausgesetzt, die staatlichen Geldmittel zu verschwenden. »These ›welfare women‹ (*Unterstützungswiber*)«, so HEALY, »were accused of wasting money intended for their husbands, money that came into their hands only by chance of war.«¹⁰⁸ Außerdem hätten viele Frauen in Abwesenheit des Ehemannes Haushalt und Kinder vernachlässigt und sich und ihre Kinder mit Butterbrötchen und Fleisch versorgt.¹⁰⁹ Auch wenn der Erhalt staatlicher Alimente nicht wenigen Frauen mehr Selbständigkeit und ein erhöhtes Selbstwertgefühl verschaffte, waren diese Anschuldigungen, die HEALY zufolge im Deutschen Reich lauter erhoben wurden als in Österreich-Ungarn, nur für einen sehr kleinen Kreis der Unterstützungsempfängerinnen zutreffend. Vor allem für viele Frauen aus dem mittelständischen Milieu, die es oftmals Überwindung kostete, die staatliche Kriegsunterstützung zu beantragen, und die tagtäglich mit der Angst vor dem sozialen Abstieg kämpften, müssen jene Vorwürfe blanker Hohn gewesen sein.

105 KUNDRUS, *Kriegerfrauen*, S. 82. Vgl. auch PFOSE, *Staatliche* (oben Kapitel III, Anm. 60). Sowie MA-KIRCHER, *Klaralinda*: »Die Frauen, der Krieg und die Stadt«, in: PFOSE/WEIGL, *Epizentrum*, S. 72–81, hier S. 74.

106 Vgl. HEALY, *Becoming Austrian*, S. 22. KUNDRUS, *Kriegerfrauen*, S. 52.

107 Vgl. DANIEL, *Arbeiterfrauen*, S. 182. KUNDRUS, *Kriegerfrauen*, S. 90ff.

108 HEALY, *Becoming Austrian*, S. 22. Vgl. auch DANIEL, *Arbeiterfrauen*, S. 177f. sowie S. 272.

109 Vgl. KELLERHOFF, *Heimatfront*, S. 141.

Die Frauen und Familien des Mittelstandes litten besonders unter der Verteuerung des Lebensunterhaltes. Auch wenn der mittelständische Familienernährer nicht zum Kriegsdienst eingezogen wurde oder von Arbeitslosigkeit betroffen war, mussten die Mittelstandsfamilien durch drastisch gestiegene Lebenshaltungskosten infolge der zunehmenden kriegswirtschaftlichen Versorgungsschwierigkeiten oftmals mit einem deutlich niedrigeren Familieneinkommen auskommen. Die »Not des Mittelstandes« beförderte Teile der Bevölkerung »in den Zugriffsbereich öffentlicher Fürsorge, die sozial von den traditionellen Armutgruppen weit entfernt waren«¹¹⁰. Betroffen war davon aber auch der Großteil der Arbeiterschaft. Doch es gelang auch einigen Arbeiterfamilien, ihre Einkommensverhältnisse während des Krieges zu verbessern, wie Christoph SACHSE und Florian TENNSTEDT mit Blick auf die Verhältnisse im Deutschen Reich feststellen:

»Durch die zunehmende Lohnarbeit von Frauen und Jugendlichen stieg in zahlreichen Arbeiterfamilien die Zahl der Erwerbstätigen und damit der Verdienner. Damit erhöhte sich das *Familieneinkommen* in einer Vielzahl von Arbeiterfamilien beträchtlich und überholte teilweise das Einkommen von Angestellten und mittleren Beamten. Dadurch nivellierten sich z.T. hergebrachte klassenmäßige Unterschiede in der Lebenshaltung von Arbeiterschaft und Mittelstand [...].«¹¹¹

Jene Umkehrung der Einkommensverhältnisse konnte der österreichische Jurist und Staatsbeamte Eduard von LISZT (1867–1961) auch für die Angestellten- und Arbeiterschaft der Wiener Bevölkerung ermitteln:

»Die Bezahlung war vor dem Kriege im allgemeinen beim Angestellten besser als beim Arbeiter. Im Kriege hat sich das Verhältnis zum großen Teile verschoben. Während die Angestellten in ihrer Lebensführung oft tief unter die Friedensstufe gesunken sind, ist es großen Schichten der Arbeiterschaft gelungen, [...] ihre Lebenshaltung zu festigen und bis wenigstens zum Ende des Jahres 1917 auf etwa der gleichen Höhe wie im Jahre 1913 zu erhalten.«¹¹²

Dennoch betraf diese Besserstellung von Wiener und Berliner Arbeiterfamilien nur einen kleinen Teil der Bevölkerung. Für die breite Mehrheit der Arbeiter- und Angestelltenfamilien brachte der Krieg ein hohes Maß an Entbehrung und Mittellosigkeit. Die Zahl der Frauen, die sich gezwungen sahen, einer Erwerbsarbeit nachzugehen, nahm im Verlauf des Krieges stetig zu. Die davon erhoffte Verbesserung der familiären Einkommenssituation ging jedoch häufig mit dem Abschied vom bis dahin noch halbwegs aufrechterhaltenen Familienalltag einher.

110 SACHSE, Christoph: Mütterlichkeit als Beruf. Sozialarbeit, Sozialreform und Frauenbewegung 1871–1929, Opladen 1994, S. 141. Ferner LISZT, Eduard von: Der Einfluß des Krieges auf die soziale Schichtung der Wiener Bevölkerung, Wien 1919, S. 38.

111 SACHSE/TENNSTEDT, Fürsorge und Wohlfahrtspflege, S. 47. Mit Bezug auf Berlin vgl. auch LAWRENCE, Material pressures, S. 239ff.

112 LISZT, Der Einfluß, S. 55.

1.2.2 Verzweifelte Frauen: Rollenakkumulation und begrenzte Fürsorgeangebote

Bereits zu Kriegsbeginn war der Anteil erwerbsuchender Frauen rasch gewachsen. Im Zuge unzähliger Betriebsstilllegungen infolge des Kriegsausbruchs verloren sowohl in Berlin als auch in Wien zahlreiche Frauen ihren Arbeitsplatz. Einige von ihnen fanden zunächst in den neu eingerichteten Näh- und Strickstuben der örtlichen Frauenhilfsorganisationen Arbeit oder waren in Heimarbeit tätig. Mit dem anhaltenden Kriegszustand nahmen die Frauen neben den Tätigkeiten in den traditionellen Frauenberufen auch Erwerbstätigkeiten auf, die bis zu den Einberufungen als Männerdomänen galten. So wurden Frauen bei den öffentlichen Verkehrsbetrieben z.B. als Schaffnerinnen angestellt. Die Zahl der bei den Städtischen Straßenbahnen in Wien angestellten Frauen stieg während des Krieges um mehr als das 26-fache von 287 im Juni 1914 auf 7.490 im Juni 1918.¹¹³ Frauen stellten hier am Ende des Krieges über die Hälfte des Personals. Dies galt auch für die weiblichen Berufstätigen in der Verkehrsbranche im Groß-Berliner Raum, wo sich ihr Anteil zwischen August 1914 und Oktober 1917 von 6.158 auf 31.364 vervünffachte.¹¹⁴ Viele Frauen waren u.a. auch als Briefträgerinnen, Kutscherinnen sowie Straßenkehrerinnen tätig.

Ein beträchtlicher Teil der weiblichen Erwerbstätigen aber arbeitete in der Kriegswirtschaft in Metall-, Rüstungs-, Maschinen-, Elektro- oder chemischen Industriebetrieben. Zwischen August 1914 und Oktober 1917 hatte sich in Groß-Berlin der Anteil erwerbstätiger Frauen in der Metall- und Maschinenindustrie mehr als vervierfacht und in der chemischen Industrie sogar mehr als verneunfacht.¹¹⁵ Auch in diesen beiden Branchen stellten Frauen noch vor Beginn des letzten Kriegsjahres über die Hälfte des Personals. Zugleich sank die Zahl der Arbeiterinnen in der Textil-, Papier- und Lebensmittelbranche. Dennoch nahm ihr Anteil an der Beschäftigtenzahl in der Friedensindustrie weiterhin zu. Eine ähnliche Entwicklung ist auch in der Habsburgermetropole festzustellen. In den Sparten Metallverarbeitung und Maschinenbau hatte sich in Wien der Anteil der Frauen ebenfalls von 17,5 Prozent im Jahr 1913 auf 42,5 Prozent im Jahr 1916 mehr als verdoppelt.¹¹⁶ Im Jahr 1917 war die Zahl der Arbeiterinnen in den metallverarbeitenden Betrieben genauso hoch wie die Zahl der in der Textilbranche arbeitenden Frauen.

Wie viele Wienerinnen und Berlinerinnen während des Krieges tatsächlich einer Erwerbstätigkeit nachgingen, ist auf Basis der vorhandenen (Krankenkassen-)Statistiken nur ansatzweise zu erahnen, da diese die starken Fluktuationen nicht vollständig erfassen konnten. Nach Christiane EIFERT z.B. erreichte die Zahl pflichtversicherter weiblicher Krankenkassenmitglieder in Berlin und Umgebung im Dezember 1917 ihren Höchststand. »[...] 502.166 Frauen waren als pflichtversichert gemeldet, 43.104 freiwillig versichert, womit die Gesamtzahl versicherter Frauen 545.270 betrug.«¹¹⁷ Demnach wird

113 Vgl. SIEDER, *Behind the lines*, S. 119.

114 Vgl. EIFERT, *Frauenarbeit*, S. 287.

115 Vgl. EBD. Danach stieg der Anteil der Frauen in der Metall- und Maschinenindustrie von 40.275 (1. August 1914) auf 168.762 (1. Oktober 1917) und in der chemischen Industrie von 1.359 auf 11.546.

116 Vgl. HERWIG, *First World War*, S. 281. Hierzu auch AUGENEDER, *Arbeiterinnen*, S. 45. Siehe auch MA-KIRCHER, *Die Frauen*, S. 74. Ferner SIEDER, *Behind the lines*, S. 119.

117 EIFERT, *Frauenarbeit*, S. 286.

die Zahl erwerbstätiger Frauen für Berlin ohne Umland geringer ausgefallen sein. Die Zahlen zur weiblichen Erwerbstätigkeit in Wien liefert Reinhard SIEDER:

»According to the statistics of the industrial, trading and transport sectors in the service of the Imperial and Royal Military Administration, a total of 363,970 women and 920,702 men were employed in 1916. In the same year, 61,573 women worked in the armaments and munition factories alongside 160,900 men.«¹¹⁸

Sowohl in Wien als auch in Berlin stieg die Gesamtzahl der weiblichen Erwerbstätigen infolge der Intensivierung der Rüstungsproduktion ab der zweiten Kriegshälfte. Mit dem im August 1916 vorgelegten Hindenburg-Programm und dem »Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst« vom 5. Dezember 1916 forderte die Oberste Heeresleitung (OHL) die Mobilisierung aller »personellen und materiellen Ressourcen der Nation für die Kriegsführung«¹¹⁹. Die gesamte Kriegswirtschaft wurde ab November dem neugegründeten Kriegsamt unterstellt. Alle Männer zwischen dem 17. und 60. Lebensjahr, die keinen Kriegsdienst leisteten, wurden verpflichtet, für die Kriegsindustrie zu arbeiten. Entgegen dem Wunsch der OHL wurde im Deutschen Reich auf die Rekrutierung von Frauen, die bereits vor dem Erlass des Hilfsdienstgesetzes im großen Umfang in die Kriegsindustrie integriert waren, verzichtet. Dennoch konnten zahlreiche Frauen für die Rüstungsproduktion gewonnen werden.¹²⁰

Die wachsende Not und die Sicherstellung des familiären Lebensunterhaltes blieben die entscheidenden Ursachen für die wachsende Zahl von Arbeiterinnen. Um über die Runden zu kommen, mussten auch viele Frauen, die seit dem Beginn des Krieges als Teil des Frauenheeres in der Kriegswohlfahrtspflege tätig waren, ihre freiwillige Einsatzbereitschaft aufgeben und eine Lohnarbeit aufnehmen. Es ist davon auszugehen, dass die Wiener Frauenhilfsaktion im Verlauf des Krieges ebenfalls mit dem Verlust zahlreicher freiwillig dienender Frauen zu kämpfen hatte. Anders als in Deutschland wurden die Frauen in der Donaumonarchie durch die kaiserliche Verordnung vom 18. März 1917 »betreffend die Regelung von Lohn- und Arbeitsverhältnissen in den militärischen Zwecken dienenden Betrieben«, welche die Freizügigkeit aller Beschäftigten in der Kriegsindustrie ohne Unterschied des Alters und des Geschlechts aufhob, direkt unter das seit August 1914 geltende Kriegsleistungsgesetz gestellt.¹²¹

Die Arbeitsbedingungen, denen die Wienerinnen und Berlinerinnen in den »Granatbuden«¹²² und anderen Betrieben der kriegswichtigen Industrien ausgesetzt waren, unterschieden sich wiederum kaum voneinander. Hinsichtlich der Bedingungen in Österreich resümierte die sozialdemokratische Publizistin und Politikerin Emmy FREUNDLICH (1878–1948):

118 SIEDER, *Behind the lines*, S. 119. Vgl. auch UNFRIED, Berthold: »Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung im 1. Weltkrieg: Wien und Niederösterreich«, in: MADERTHANER, Wolfgang (Hg.), *Sozialdemokratie und Habsburgerstaat*, Band 1, Wien 1988, S. 131–165, hier S. 134.

119 HIRSCHFELD, *Enzyklopädie*, S. 261. Im August 1916 übernahmen der Generalfeldmarschall Paul von HINDENBURG (1847–1934) und sein Stabschef Erich LUDENDORFF (1865–1937) die dritte und letzte OHL.

120 Vgl. EIFERT, *Frauenarbeit*, S. 286.

121 Vgl. AUGENEDER, *Arbeiterinnen*, S. 104.

122 EBD., S. 56.

»Die Arbeiterschutzgesetze hatten teilweise aufgehört. Man wollte nur viel Arbeit, eine möglichst hohe Arbeitsleistung, auch wenn die Menschen dabei zugrunde gehen mußten. Wenn so viele draußen an den Fronten starben, warum sollten die ›Soldaten des Hinterlandes‹, wie man die Frauen genannt hat, nicht auch sterben?«¹²³

Tägliche Arbeitszeiten von bis zu achtzehn Stunden, Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit sowie ungenügende oder ausbleibende Arbeitspausen waren keine Seltenheit. Derartige Verhältnisse herrschten auch im Deutschen Reich. »Von der durch die Bundesratsverordnung vom 4. August 1914 eröffneten Möglichkeit der Zulassung von Ausnahmen von den Beschäftigungsbeschränkungen für Frauen und Jugendliche«, so Ute DANIEL, »wurde ein derart extensiver Gebrauch gemacht, daß sie der Aufhebung der Arbeitsschutzbestimmungen gleich kam[.]«¹²⁴ Darüber hinaus einte die Frauen beider Hauptstädte die Gemeinsamkeit, weniger zu verdienen als ihre männlichen Kollegen. Trotz der zu beobachtenden Abnahme der Verdienstunterschiede zwischen Frauen und Männern, verdienten Berlinerinnen mindestens ein Drittel weniger.¹²⁵ In Wien fiel diese Diskrepanz SIEDER zufolge noch größer aus: »Even for the same kind of work, women frequently earned just a third of male wage.«¹²⁶

Die erwerbstätigen Frauen kämpften im Gegensatz zu ihren männlichen Kollegen aber nicht nur gegen einen geringeren Verdienst. Auch waren sie herausgefordert, ihre neue Rolle als »Familiernährerin« mit ihrer traditionellen Familienrolle in Einklang zu bringen. Wie vor dem Krieg hatten die Frauen den Haushalt zu organisieren, die Lebensmittel zu beschaffen und die Kinder zu versorgen. Wie aus den Ausführungen des Kommunalwissenschaftlers Hugo LINDEMANN (1867–1949) hervorgeht, war es den werktätigen Frauen in Anbetracht der Lebensmitteleuerung und des sich im Verlauf des Krieges ausbreitenden Lebensmittel- und Konsumgütermangels immer weniger möglich, ihre althergebrachten familiären Pflichten zu erfüllen:

»Die Frauen sind nicht mehr imstande, den Einkauf vorzunehmen und daneben ihren Haushalt zu führen, wenn sie nicht über Hilfskräfte, größere Kinder, Verwandte usw. verfügen. Soweit sie aber in einem Erwerb beschäftigt sind – und ihre Zahl ist in stetigem Wachsen begriffen – sind sie in einer geradezu hoffnungslosen Lage. Sie können nicht stundenlang vor den Läden stehen, um den Lebensmittelbedarf für ihre Familie in kleinsten Quantitäten zusammenzukaufen.«¹²⁷

Je länger der Krieg andauerte, desto schwieriger wurde es für die Frauen beider Großstädte die für ihre Familien so wichtigen Lebensmittel und Bedarfsartikel zu beschaffen. Täglich stellten sich Hunderttausende Berlinerinnen und Wienerinnen in aller Frühe vor

123 FREUNDLICH, Emmy: »Die Frauenarbeit im Kriege«, in: LEICHTER, Käthe, Handbuch der Frauenarbeit in Österreich, hg. Von der KAMMER FÜR ARBEITER UND ANGESTELLTE IN WIEN, Wien 1930, S. 19–27, hier S. 20.

124 DANIEL, Arbeiterfrauen, S. 73.

125 Vgl. EIFERT, Frauenarbeit, S. 287.

126 SIEDER, Behind the lines, S. 119. Vgl. hierzu auch HERWIG, First World War, S. 281.

127 LINDEMANN, Stadtgemeinde, S. 91. Zur Mehrbelastung der Arbeiterfrauen im Bereich der Hausarbeit siehe ausführlich DANIEL, Arbeiterfrauen, S. 215ff. Sowie AUGENEDER, Arbeiterinnen, S. 135ff.

den Geschäften an und oftmals zog die Mehrheit von ihnen nach langem Warten wieder mit leeren Händen davon. Das Kriegsphänomen der »Polonaisen« vor den Läden der Städte sei DANIEL zufolge zum charakteristischen Merkmal der Hausarbeit im Krieg geworden.¹²⁸ Die Haushaltsführung sei aber nicht nur durch das Anstehen für Lebensmittel und Konsumgüter erschwert worden:

»Je mehr sich die Qualität der Nahrungsmittel verschlechterte, desto mehr Zeit und Energie mußte auf ihre Zubereitung verwendet werden. Je seltener Nahrungsmittel oder Bekleidung zugeteilt wurden, desto intensiver mußte das Vorhandene durch Sparen oder Flickern gestreckt werden. Abfälle waren für die Wiederverwertung aufzubereiten, Lebensmittel wurden in den Einzelhaushalten konserviert. Das Diktat des Angebots, das die öffentliche Bewirtschaftung mit sich brachte, konfrontierte die Hausfrauen mit ihnen bislang unbekanntem Nahrungsmitteln und machte durch die Unberechenbarkeit der Zuteilungen ein geplantes Wirtschaften unmöglich.[...]«¹²⁹

Die schon vor dem Krieg verbreitete Vermittlung von hauswirtschaftlichen Kenntnissen in Form von Vorträgen, Kursen und Ratgebern durch Frauenvereine und Behörden hatte bereits im ersten Kriegsjahr Hochkonjunktur. Doch trotz ihrer Ausrichtung auf die veränderten Kriegsverhältnisse lieferten diese den hauswirtschaftenden Frauen kaum Unterstützung. Zu unvorhersehbar waren die sich schnell ändernden Versorgungsbedingungen.

In vielen Familienhaushalten waren die werktätigen Ehefrauen und Mütter bei der Versorgung sehr bald auf die Mithilfe ihrer Kinder angewiesen. So standen auch zahlreiche Hauptstadtkinder – oftmals vergebens – in den Polonaisen vor den Geschäften, begaben sich auf Brennholzsuche oder begleiteten die familiären Hamsterfahrten aufs Land.¹³⁰ Nach DANIEL war beinahe das gesamte Familienleben während des Krieges durch seine wirtschaftliche Funktion, d.h. die Produktion und Konsumtion von Gütern, geprägt. Währenddessen reduzierten sich die physische und psychische Reproduktionsleistung der Familien auf das Allernotwendigste.¹³¹

Für unzählige Frauen, die durch die familiäre Notsituation auf eine Lohnarbeit angewiesen waren, gestaltete sich demzufolge auch die Kinderversorgung und -erziehung als Teil der familiären Reproduktionsleistung äußerst schwierig. Wie AUGENEDER darlegt, war der Großteil der erwerbstätigen Österreicherinnen gezwungen, ihre Kinder bereits vier Wochen nach der Geburt tagsüber in die Obhut einer anderen Person zu geben. »Häufig waren das Verwandte, mitunter auch die älteren Geschwister, oft mußte das Kind aber auch zu fremden Leuten in Kostpflege gegeben werden.«¹³² Da die Betreu-

128 Vgl. DANIEL, Arbeiterfrauen, S. 217. Siehe exemplarisch für Wien AUGENEDER, Arbeiterinnen, S. 141.

129 DANIEL, Arbeiterfrauen, S. 218.

130 Hierzu ausführlich u.a. WINTERBERG, Yury und Sonya WINTERBERG: Kleine Hände im Großen Krieg. Kinderschicksale im Ersten Weltkrieg, Berlin 2014, S. 303ff. STEKL, Hannes und Christa HÄMMERLE: »Kindheit/en im Ersten Weltkrieg – eine Annäherung«, in: DIES. und Ernst BRUCKMÜLLER (Hg.), Kindheit und Schule im Ersten Weltkrieg, Wien 2015, S. 7–44, hier S. 21f. SIEDER, Reinhard: »Wiener Arbeiterkinder. Praktiken des Alltagslebens und die Anfänge der eugenischen Fürsorgepolitik«, in: EBD., S. 260–285, hier S. 280f. Sowie DERS., Behind the lines, S. 120ff.

131 Vgl. DANIEL, Arbeiterfrauen, S. 126 sowie S. 265.

132 AUGENEDER, Arbeiterinnen, S. 155.

ungskosten häufig nicht im Verhältnis zum Verdienst der Arbeiterfrauen standen, sahen sich viele »Familienernährerinnen« genötigt, einer Heimarbeit und somit einer Tätigkeit zu Hungerlöhnen nachzugehen. Es gab auch nicht wenige berufstätige Mütter, die ihre Kinder gezwungenermaßen von morgens bis abends unbeaufsichtigt sich selbst überließen. Die mangelnde Aufsicht führte vielfach zu Unglücksfällen im Haushalt sowie zu einer enormen Zunahme der Kinder- und Jugendkriminalität.¹³³ Zwar engagierten sich einige wenige private Vereine wie die *Kinderfreunde* und die *Bereitschaft* in Wien oder die *Volkskinderhorte* von Herrmann ABRAHAM in Berlin auf diesem Gebiet, doch waren sie in Anbetracht der hohen Zahl von Kindern und Familien in hoffnungsloser Lage nicht mehr als ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Im Deutschen Reich wurden ab der zweiten Kriegshälfte auf dem Gebiet der Kinderfürsorge sowie in weiteren Fürsorgebereichen auch staatliche Maßnahmen ergriffen, um nicht nur möglichst viele Frauen mit Doppelbelastung für die Kriegswirtschaft zu mobilisieren, sondern auch deren Arbeitseinsatz langfristig sicherzustellen. Nach dem Erlass des Hilfsdienstgesetzes seien, wie LANDWEHR darlegt, beim Kriegsamt ein Referat für Frauenarbeit als Arbeitsbeschaffungsorganisation eingerichtet und ein aus mehreren Frauen- und Fürsorgeorganisationen zusammengeschlossener und für die fürsorgereiche Betreuung zuständiger Nationaler Ausschuss für Frauenarbeit im Kriege gebildet worden.¹³⁴ Mit der Zusammenführung beider Organisationen im Sommer 1917 entstand die Frauenzentrale beim Kriegsamt, die von der Frauenrechtlerin Marie-Elisabeth LÜDERS (1878–1966) geleitet wurde. Neben ihr stellten sich viele bekannte Persönlichkeiten aus der Frauenbewegung und der Sozialarbeit, darunter u.a. Gertrud BÄUMER und Alice SALOMON (1872–1948), in den Dienst der Zentrale und bemühten sich um die Erhöhung der weiblichen Arbeitsfähigkeit und -willigkeit. Erreicht werden sollte dies durch ein spezielles Fürsorgewesen für die erwerbstätigen Frauen. Nach dem Arbeitsprogramm der Institution, das vom Vorsitzenden des Kriegsamt Generalleutnant Wilhelm GROENER (1867–1939) festgelegt wurde, hatte die Frauenzentrale

»darauf hinzuwirken, daß alle Arbeitshemmnisse für die Frau nach Möglichkeit hinweggeräumt werden. Hierzu gehört: a) Schutz der Gesundheit[,] b) Bereitstellung geeigneter Erholungsräume, Wohn- und Schlafgelegenheiten[,] c) Beschaffung angemessener Berufskleidung[,] d) Verbesserung der Beförderungsverhältnisse und Verkehrsmittel[,] e) Verbesserung der Organisation der Nahrungsmittelbeschaffung und -verteilung für die Frauen[.]«¹³⁵

Hierzu gehörte auch eine planmäßige Kinder- und Säuglingsfürsorge, welche die Einrichtung von Kinderpflegestellen, Krippen, Stillstuben und ähnlichem in den Fabriken und Betrieben zu bewerkstelligen hatte. Da hierfür ausgebildetes Fabrikpflegepersonal benötigt wurde, organisierte das Kriegsamt Lehrkurse, wodurch der Umfang der Fabrik-

133 Vgl. EBD., S. 167. MA-KIRCHER, Die Frauen, S. 79. DANIEL, Arbeiterfrauen, S. 269.

134 Vgl. LANDWEHR, Funktionswandel, S. 85. Sowie GERSDORFF, Ursula von: Frauen im Kriegsdienst 1914–1945, Stuttgart 1969, S. 22ff. Besonders ausführlich LÜDERS, Das unbekannte Heer, S. 104ff.

135 SACHSE/TENNSTEDT, Fürsorge und Wohlfahrtspflege, S. 62. Siehe auch GERSDORFF, Frauen, S. 23. Ferner DANIEL, Arbeiterfrauen, S. 100ff.

pflege schnell zunahm.¹³⁶ Die planmäßige Mobilisierung der weiblichen Bevölkerung durch die Fürsorgetätigkeit im Kriegsamt sei, wie SACHSE und TENNSTEDT erklären, mit der klassischen Fürsorgearbeit nicht mehr zu vergleichen gewesen, denn unter den Bedingungen des Krieges sei die Fürsorgearbeit erstmals Gegenstand zentralstaatlicher Sozialverantwortung geworden.¹³⁷ Die umfassende Förderung der Frauenfürsorgearbeit darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass längst nicht alle erwerbstätigen Frauen ihren Nutzen daraus ziehen konnten. Nach den Ausführungen von Emmy FREUNDLICH seien nicht mehr als dreißig bis sechzig Prozent der deutschen Arbeiterinnen von der Fabrikfürsorge erfasst worden.¹³⁸ So blieb doch ein beträchtlicher Teil der berufstätigen Frauen »sich selbst und ihrer Not überlassen«¹³⁹.

Dieses Schicksal teilten sie wiederum mit vielen Arbeiterinnen in Wien und Österreich, wo es keine vergleichbare Einrichtung oder eine ähnliche Förderung der Frauenfürsorge gab. Indessen verstärkte sich aber das kommunale wie staatliche Engagement auf dem Gebiet der Säuglings-, Kinder- und Jugendfürsorge. So wurde z.B. im Laufe des Jahres 1917 das k.u.k. Ministerium für soziale Fürsorge gegründet, womit die Fürsorge WEIGL zufolge gesetzlich verankert wurde.¹⁴⁰ Fürsorgeeinrichtungen für Schwangere, Wöchnerinnen und Mütter sowie Säuglinge und Kleinkinder, Beratungsstellen, Krippen, Kleinkinderheime und Kinderbewahranstalten nahmen sich fortan der Bedürftigen an. Für die Mehrheit der werktätigen Wienerinnen und ihre Familien galt es jedoch, die Schwierigkeiten des Kriegsalltags auf eigene Faust zu bewältigen.

1.3 Die Verwaltung des Mangels: Die städtische Lebensmittelversorgung in der Krise

Ebenso wie die Organisation der Kriegsfürsorge fiel die Sicherstellung der ausreichenden Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln in den Aufgabenbereich der kommunalen Selbstverwaltung.¹⁴¹ In Erwartung eines kurzen Krieges wurden auch auf dem Gebiet der Nahrungsmittelwirtschaft keine langfristigen Vorbereitungen getroffen. Weder im Deutschen Reich noch in Österreich-Ungarn war den Verantwortlichen auf kommunaler und staatlicher Ebene zu Beginn des Krieges klar wie komplex und schwierig sich dieser Aufgabenbereich schon wenige Wochen später gestalten würde. So dauerte es nicht lange und der Hunger breitete sich schleichend in den Grenzen der Bündnispartner aus.

136 In 877 Betrieben des Reiches waren ab Mitte 1917 bis zum Kriegsende 630 Fabrikpflegerinnen tätig, die bis zu 700.000 Arbeiterinnen betreuten. Vgl. LANDWEHR, Funktionswandel, S. 86.

137 Vgl. SACHSE/TENNSTEDT, Fürsorge und Wohlfahrtspflege, S. 63.

138 Vgl. FREUNDLICH, Frauenarbeit, S. 25.

139 EBD.

140 Vgl. WEIGL, Daseinsfürsorge, S. 346.

141 Vgl. ACKERL, Isabella: Österreichs Ernährungslage während des Krieges und in den Nachkriegsjahren bis 1920. Zu den Erinnerungen des Staatssekretärs für Volksernährung Hans Löwenfeld-Russ, in: LÖWENFELD-RUSS, Hans und DIES. (Hg.), Im Kampf gegen den Hunger. Aus den Erinnerungen des Staatssekretärs für Volksernährung 1918–1920, Wien 1986, S. IX–XXIV, hier S. XIII. Sowie ROERKOHLE, Lebensmittelversorgung, S. 312.

1.3.1 Hungrige Metropolen: Improvisierte Versorgungsmaßnahmen 1914–1916

In der Vorkriegszeit produzierte die Habsburgermonarchie genug Nahrungsmittel, um den Bedarf der eigenen Bevölkerung an tierischen Produkten, Getreide, Gemüse und Obst zu decken. Den Löwenanteil der Eigenproduktion leistete hierbei die ungarische Reichshälfte. Österreich war auf fast allen Sektoren der landwirtschaftlichen Produktion auf die Importe aus Transleithanien angewiesen. Demzufolge war eine ausreichende »Provisionierung«¹⁴² der Wiener Bevölkerung ohne das ernährungswirtschaftlich so wichtige Hinterland Ungarn kaum möglich.¹⁴³ Diese Abhängigkeit aber stellte Österreich bei Ausbruch des Krieges nicht infrage. Es verließ sich auf seine »Korn- und Fleischkammer«:

»Eine Not an Fleisch ist selbst bei sehr langer Dauer des Krieges nicht zu befürchten. [...] Ungarn, und besonders Süd-Ungarn, hat einen solchen Reichtum an Rindern und Schweinen, daß wir dem längsten Krieg ruhig entgegensehen können.«¹⁴⁴

Doch vertragliche Vereinbarungen, die einen einheitlichen Wirtschaftsraum festlegten bzw. die ungarischen Lieferungen nach Cisleithanien absicherten, existierten nicht. Infolge der unzureichenden Ernteerträge im Jahr 1914 reduzierte Ungarn sehr bald nach Kriegsausbruch seine Zulieferungen. Die österreichischen Appelle für eine gemeinsame Leitung der Ernährungswirtschaft fanden bei der ungarischen Regierung keinen Anklang. So war die Versorgung Wiens und Österreichs während der Fortdauer des Krieges durchweg vom »ungarischen Gutdünken«¹⁴⁵ abhängig. Gemessen am Vorkriegsniveau veranschaulicht Ernst LANGTHALER den Rückgang der ungarischen Nahrungsmittellieferungen:

»Der Warenstrom entlang des Korridors von Ungarn nach Österreich versiegte nach und nach. Die österreichischen Einfuhren aus Ungarn sanken bis 1917 auf 2 Prozent, von Mehl auf 3 Prozent, von Rindern auf 29 Prozent, von Schweinen auf 19 Prozent und von Milch auf 17 Prozent des Vorkriegsdurchschnitts [...]. Die gesamte Viehzufuhr nach Wien schrumpfte bis 1918 auf 30 Prozent der Menge von 1914.«¹⁴⁶

Durch die Kriegsverhältnisse war Österreich außerstande die ausgebliebenen Einfuhren anderweitig auszugleichen. Noch bevor die alliierte Seeblockade im November 1914

142 Amtssprachlich veraltete, doch in der Literatur noch häufig verwendete österreichische Bezeichnung für die Versorgung mit Lebensmitteln.

143 Vgl. FRITZ, Judith: »Ursachen der Versorgungskrise«, in: Die Welt der Habsburger – Der Erste Weltkrieg. Im Internet unter: <https://www.habsburger.net/de/kapitel/ursachen-der-versorgungskrise> (28.02.2018). Anders als die Mehrheit der anderen österreichischen Städte, die sich größtenteils aus ihrer ländlichen Umgebung versorgen konnten, war Wien stets auf überregionale Zufuhren angewiesen, wodurch die Hauptstadt eine besondere Position hinsichtlich der Ernährungsversorgung einnahm. Hierzu vgl. WEISGRAM, Alfred: Das Problem der Versorgung Wiens mit Lebensmitteln von der Zeit nach dem Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie bis zur Trennung Wiens von Niederösterreich. Dissertation, Universität Wien, Wien 1969, S. 246.

144 »Provisionierung Wiens«, in: *Die Zeit*, 22. August 1914. Siehe auch BREITER, Marion: Hinter der Front. Zur Versorgungslage der Zivilbevölkerung im Wien des Ersten Weltkriegs, in: *Jahrbuch des Vereins für Geschichte der Stadt Wien* 50 (1994), S. 229–267, hier S. 232.

145 ACKERL, Österreichs Ernährungslage, S. XIII.

146 LANGTHALER, Vom transnationalen, S. 312.

eingeleitet wurde, fiel mit der russischen Besetzung Galiziens Anfang September 1914 ein weiterer wichtiger Agrarwarenlieferant für Cisleithanien aus. Letztlich blieb für die Approvisionierung der Hauptstadt der Habsburgermonarchie nur noch der Versorgungsring Niederösterreich, dessen landwirtschaftliche Produktion durch fehlende Zugtiere und Arbeitskräfte infolge der Mobilisierung sowie des Mangels an Saatgut und Futtermitteln bis 1917 auf die Hälfte des Friedensvolumens schrumpfte.¹⁴⁷ Das in Teilen planlose Requirieren zahlreicher Nahrungsmittel und Güter des zivilen Bedarfs seitens der Heeresverwaltung tat ein Übriges. Nach dem österreichischen Zeithistoriker Hans HAUTMANN seien die Versorgungsprobleme nicht einfach ein unvermeidliches »bloßes Verhängnis« oder ein nicht regulierbares »Walten des Schicksals« gewesen. Die zunehmende Not in der Bevölkerung habe in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der »Kriegspolitik der herrschenden Klassen« gestanden:

»Staatliche Bemühungen, die Versorgung der Arbeiter im Gesamtinteresse der Herrschenden auf einem einigermaßen erträglichen Niveau zu halten, kollidierten mit den Profitinteressen der Großgrundbesitzer, Nahrungsmittelindustriellen und Großhändler, die sich jeder Beeinträchtigung ihres Gewinnstrebens erbittert widersetzen. Sowohl diese Gruppen als auch ihre Kompagnons – Schieber, Spekulanten, Kriegsgewinnler – nützten den Nahrungsmittelmangel rücksichtslos aus. Sie horteten die aufgekauften Waren in ihren Lagern, um sie bei weiterer Verknappung eines Artikels mit großem Gewinn zu verkaufen.«¹⁴⁸

Seit dem ersten Tag des Krieges waltete die Preistreiberei auf den Wiener Märkten. Die Wiener Bevölkerung reagierte unmittelbar mit Vorratskäufen, ersten Teuerungsdemonstrationen und kleineren krawallartigen Auftritten gegenüber den Marktleuten. Während der ersten Kriegswochen vermochte sich in Wien niemand vorzustellen, was auf die Donaumetropole in den folgenden vier Jahren noch zukommen würde.

Im Deutschen Reich nahm die Entwicklung nach dem Ausbruch des Krieges einen ähnlichen Verlauf. Auch die deutsche Landwirtschaft produzierte zu Friedenszeiten einen beträchtlichen Teil der reichsweit konsumierten Lebensmittel selbst, wie Thierry BONZON und Belinda DAVIS hervorheben:

»[...] German agriculture produced 90 per cent of the bread cereals, meat, and dairy products, and almost all the nation's necessary supply of potatoes and sugar. In particular, Berlin profited from the rich arable lands of Brandenburg and West Prussia.«¹⁴⁹

Die Deckung des Bedarfs an Fetten, Fisch und Eiern erfolgte zu sechzig Prozent in Eigenproduktion. Im Gegensatz zur Habsburgermonarchie, die zumindest gesamtstaatlich betrachtet in Friedenszeiten genug Nahrungsmittel für den Eigenbedarf produzierte, deckte das Deutsche Reich die Nachfrage nach Gemüse und Obst sowie Weizen, Nahrungsmitteln und Hülsenfrüchten hingegen in großen Mengen durch Importe.

147 Vgl. EBD. Sowie FRITZ, Ursachen (oben Kapitel III, Anm. 143).

148 HAUTMANN, Hunger, S. 671.

149 BONZON, Thierry und Belinda J. DAVIS: »Feeding the cities«, in: WINTER/ROBERT, Capital Cities, 1997, S. 305–341, hier S. 309.

Insgesamt importierte das Reich in den Jahren vor 1914 zwanzig Prozent der konsumierten Lebensmittel. Jährlich wurden zudem fast sechs Millionen Tonnen Futtermittel eingeführt.¹⁵⁰ »Diese Einfuhren«, so Thomas SCHINDLER, »brachen fast zeitgleich mit dem Kriegsbeginn weg, was die Reichsführung zunächst aber nicht beunruhigte [...].«¹⁵¹ Die Reichsebene und Ernährungswissenschaftler waren überzeugt, dass die deutsche Landwirtschaft das Volk während des »kurzen Krieges« aus eigener Produktion ernähren könne, wenn dieses sich einer klugen und selbstlosen Einschränkung unterwerfe.¹⁵² »Wir werden«, so versicherte der Ernährungsexperte Max WINCKEL in seiner Broschüre »Krieg und Volksernährung« von 1914, »in Zukunft nicht an einer Nahrungsnot zu leiden haben, wir müssen aber lernen uns einzuschränken und die dem heimischen, deutschen Boden erwachsene Nahrung rationell [...] verwerten.«¹⁵³ Dies war ein Irrtum, wie sich herausstellen sollte. Der Importausfall blieb nicht das einzige Hindernis in der Sicherung der Nahrungsmittelversorgung im Deutschen Reich. Hinzu kamen zum einen wie in Ungarn schlechte Ernten, welche die Produktionsmenge und -qualität reduzierten, und zum anderen die Zurückhaltung produzierter Nahrungsmittel durch die Landwirte.¹⁵⁴ Die von WINCKEL propagierte sparsame Verwertung, die durch die »Lebensmittelstreckung« und Konsumeinschränkung erreicht werden sollte, gestaltete sich durch diese zusätzliche und nicht unbeträchtliche Nahrungsmittelverknappung sehr viel schwieriger als angenommen.

Auch für die deutsche Bevölkerung wurde die Knappheit der Nahrungsmittel unmittelbar nach Ausbruch des Krieges spürbar, indem die Preise für Schweinefleisch, Fett, Brot und Hülsenfrüchte stiegen. Im September berichtete der *Vorwärts* von ersten »deutliche[n] Zeichen eines drückenden Notstands« in den Berliner Arbeitervierteln.¹⁵⁵ Ein großer Teil der ärmeren Bevölkerung habe sich schon jetzt kein Fleisch mehr leisten können und diejenigen, die noch genug Mittel aufbringen konnten, hatten lange Wartezeiten beim Fleischerwerb in Kauf nehmen müssen. Fleisch, insbesondere Schweinefleisch,

150 Vgl. ALLEN, Food, S. 182.

151 SCHINDLER, Thomas: »Ernährung in der Krise. Anmerkungen zur Ersatzmittelbewirtschaftung in Marburg während des Kriegsjahres 1916«, in: *Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte* (ZHG), Band 111 (2006), S. 219–236, hier S. 220. Ein sechzehnköpfiges Expertengremium unter der Leitung von Paul ELTZBACHER (1868–1928) beschäftigte sich unmittelbar nach Ausbruch des Krieges mit der Ernährungsfrage. Laut Avner OFFER hatte diese Kommission die Aufgabe, den Vorkriegskonsum und den Umfang des Kriegsbedarfs zu ermitteln. Dabei kamen die Experten zu dem Ergebnis, dass 27 Prozent des Eiweißbedarfs und 42 Prozent des Fettverbrauchs in Deutschland durch Importe gedeckt wurden. Hierzu ausführlich in ELTZBACHER, Paul (Hg.): *Die deutsche Volksernährung und der englische Aushungerungsplan. Eine Denkschrift von Friedrich Aereboe et al.*, Braunschweig 1914, S. 62f. Vgl. auch OFFER, *First World War*, S. 25.

152 Vgl. WINCKEL, Max: *Krieg und Volksernährung*, München 1914, S. 6. GStAPK, I. HA Rep. 193A, Nr. 127. Ferner FLEMMING/ULRICH, *Heimatfront*, S. 160.

153 WINCKEL, *Krieg*, S. 6. Andere Ernährungsexperten wie zum Beispiel Max RUBNER betrachteten den Krieg sogar als günstige Gelegenheit für die Bevölkerung, sich von ihrer schlechten Angewohnheit, dem übermäßigen Nahrungsmittelverbrauch, zu lösen. Vgl. hierzu DAVIS, *Home Fires*, S. 27. Ferner ALLEN, *Food*, S. 173f.

154 Vgl. DANIEL, *Arbeiterfrauen*, S. 183. FLEMMING/ULRICH, *Heimatfront*, S. 166.

155 *Vorwärts*, 8. September 1914, zitiert bei GLATZER/GLATZER, *Berliner Leben*, S. 86f.

aber war zur Genüge vorhanden. Belinda DAVIS sieht die Ursache der Fleischteuerung bei den Produzenten:

»Farmers argued that the cost of fodder and the limitations on their use of potatoes as fodder drove up the cost. By February, pork prices had become completely unaffordable... for the poorer circles of the population« [...]»¹⁵⁶

Neben der Fleischteuerung zeichnete sich auch früh die Getreideknappheit ab. Die Reichshauptstadt hatte noch Ende Juli mit einem Mehl-Großeinkauf versucht sich für die erste Kriegszeit zu wappnen. Ende Oktober 1914 wurde die stärkere Ausmahlung des Brotgetreides und eine Streckung des Roggenbrotes mit zunächst fünf und bald schon darauf zehn Prozent Kartoffelzusätzen angeordnet. So sei das berühmte K-Brot entstanden, das, wie Anne ROERKOHLE erklärt, sowohl »Kartoffelbrot« als auch patriotisch »Kriegsbrot« genannt worden sei.¹⁵⁷ Diese Maßnahmen waren jedoch nicht ausreichend, sodass auf Drängen der deutschen Kommunen Ende Januar 1915 vom Bundesrat die Regelung des Verkehrs von Brotgetreide und Mehl und somit deren Rationierung verordnet wurde. Es folgte die Beschlagnahme des gesamten Getreidebestands durch die im November gegründete Kriegsgetreidegesellschaft (ab Ende Februar 1915 Reichsgetreidestelle) und die Einführung der Brotkarte in Berlin. »Der Tagessatz sah für den Verbraucher eine Menge von 225g Mehl vor, die einer wöchentlichen Ration von 2000g Brot entsprach.«¹⁵⁸

Mit der Einführung der Brotkarte bildeten Berlin und der Großteil seiner Vororte fortan eine »Brotkartengemeinschaft«¹⁵⁹. Nicht wenigen Berlinern war der Bezug von Nahrungsmitteln durch Lebensmittelscheine zu diesem Zeitpunkt schon bekannt. So erhielten die Unterstützten der Kriegsfürsorge und -wohlfahrtspflege im Rahmen der Lebensmittelanweisungen des NFD bereits seit Anfang Oktober 1914 Brot-, Milch- und Speisemarken sowie Lebensmittelscheine.¹⁶⁰ Die Einrichtung der Mehlmittlungsstelle und der Magistratsabteilung für Brotversorgung leitete, wie in der Darstellung der Berliner Kriegsverwaltung gezeigt wurde, die Entstehung eines umfangreichen und unüberschaubaren Versorgungssystems in die Wege. So folgten schon bald weitere Abteilungen bzw. Verteilungsstellen u.a. für Butter, Milch und Kartoffeln. Eine ähnliche Struktur des

156 DAVIS, Home Fires, S. 69.

157 Vgl. ROERKOHLE, Lebensmittelversorgung, S. 315. Vgl. auch BAUDIS, Schweinemord, S. 135. Ebenso DAVIS, Home Fires, S. 28f. Daneben gab es ab Januar 1915 noch das KK-Brot, welches zu zwanzig Prozent aus Kartoffelzusätzen hergestellt wurde.

158 BAUDIS, Schweinemord, S. 135. In vorbildlicher Weise habe sich die Berliner Bevölkerung diesen Beschränkungen unterworfen, wie der Magistrat von Berlin rückblickend festhielt. Vgl. Die Versorgung Berlins mit Mehl und Brot im Erntejahr 1914/15, hg. Vom MAGISTRAT VON BERLIN, Berlin 1915, S. 20f.

159 Zur Brotkartengemeinschaft gehörten neben Berlin die Vororte Charlottenburg, Lichtenberg, Neukölln, Schöneberg und Wilmersdorf sowie zahlreiche Gemeinden der Landkreise Teltow und Niederbarnim. KÄBER zufolge wuchs die Zahl der beteiligten Gemeinden während des Krieges auf 44, womit sie sich auf weite Teile des Groß-Berliner Raums erstreckte. Vgl. DERS., Berlin, S. 162.

160 Wöchentlich meldeten die 23 Hilfskommissionen den Bedarf an Marken ihrer Unterstützungssuchenden und die kalkulierten Kosten beim Generalbüro des Berliner Magistrats. Hierzu vgl. die wöchentlichen Schreiben betreffend die Bedarfsanmeldungen an Lebensmittelmarken des NFD an den Magistrat von Berlin, hier das Schreiben vom 10. Oktober 1914. LAB, A Rep. 001–02, Nr. 1931.

Berliner Versorgungssystem entstand auch auf der Reichsebene.¹⁶¹ Im Jahr 1917 zählten die Reichsbehörden über 100 staatliche Einrichtungen zur Lebensmittelbewirtschaftung.

Zur gleichen Zeit nahmen auch die Versorgungsprobleme in der zunehmend isolierten österreichischen Reichshälfte der k.k. Monarchie zu. Vor allem die Wiener Versorgungssituation hatte sich seit Beginn des Jahres 1915 merkbar verschlechtert. Die Auswirkungen der alliierten Blockadepolitik waren inzwischen spürbar. Über Italien waren keine Zufuhren mehr möglich und auch Ungarn verwehrte weiterhin die Lebensmittelzulieferungen. Wie in Berlin kämpfte die Habsburgermetropole bereits im Oktober mit einer Getreideknappheit, sodass auch hier die Streckung der Mehlvorräte und die Einführung des so genannten K-Brots unumgänglich waren. Auf Anweisung des k.k. Handelsministeriums sollten dem Brotgetreide fortan billigere Getreidesorten wie Mais, Gerste oder Dinkel beigemischt werden.¹⁶² Die Grundlage für derartige Vorgaben bildete eine Verordnung, die Kaiser FRANZ JOSEPH I. noch im gleichen Monat unterzeichnete. Sie ermächtigte die Regierung »aus Anlaß der durch den Kriegszustand verursachten außerordentlichen Verhältnisse die notwendigen Verfügungen auf wirtschaftlichem Gebiete zu treffen«¹⁶³. Mit diesem kaiserlichen Erlass, dem noch eine Reihe weiterer Gesetze sowie Ministerialverordnungen folgen sollten, wurde der Grundstein für die Schaffung von insgesamt 91 Kriegszentralen einschließlich der Einführung des Bezugskartensystems für Lebensmittel, Rohstoffe und Bedarfsartikel gelegt.

»Nach und nach mußten die im Laufe des Krieges so verhaßten »Zentralen« geschaffen werden, was zu Friktionen auf allen Ebenen führte. Diese, immer ad hoc für den akuten Bedarfsfall geschaffen, wiesen unterschiedlichste rechtliche Strukturen auf. Sie waren entweder staatliche Verwaltungsanstalten, Aktiengesellschaften oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Kartellartige [sic! ...] oder Zwangsverbände. Sie alle waren gleichzeitig Organe der staatlichen Verwaltung.«¹⁶⁴

Im Februar 1915 wurde mit der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt die erste von zwanzig Lebensmittelkriegszentralen ins Leben gerufen. Diese führte zwei Monate später die Bezugskarten für Brot und Mehl ein und legte die wöchentlichen Rationen auf 1.960 Gramm Brot bzw. 1.400 Gramm Mehl fest.¹⁶⁵ Mittlerweile kämpfte Wien aber nicht mehr nur mit Engpässen bei der Brot- und Mehlversorgung. Auch für Milch und Kartoffeln bildeten sich inzwischen lange Warteschlangen vor den Geschäften. In den äußeren Wiener Bezirken war der Andrang vor den Lebensmittelgeschäften besonders groß. Die Angst, ohne Brot heimzukehren, konnten hier auch die Rationskarten nicht mindern:

161 Vgl. U.a. TEUTEBC, *Food Provisioning*, S. 61ff. KELLERHOFF, *Heimatfront*, S. 193f.

162 Vgl. RAUCHENSTEINER, *Der Erste Weltkrieg*, S. 213.

163 Kaiserliche Verordnung vom 10. Oktober 1914, mit welcher die Regierung ermächtigt wird, aus Anlaß der durch den Kriegszustand verursachten außerordentlichen Verhältnisse die notwendigen Verfügungen auf wirtschaftlichem Gebiete zu treffen. Reichsgesetzblatt (RGBl) für die im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder, 1849–1918, Nr. 274, S. 1113.

164 ACKERL, *Österreichs Ernährungslage*, S. XIII. Vgl. auch ENDERLE-BURCEL, *Verwaltung*, S. 278f. Ferner BREITER, *Hinter der Front*, S. 233.

165 Vgl. WEIGL, *Mangel*, S. 16. Sowie HAUTMANN, *Hunger*, S. 666f.

»In den frühesten Morgenstunden schon beginnt es vor den Niederlagen der Brotfabriken lebendig zu werden, um 5 Uhr und früher noch kommen die ersten, die sich einen Platz ganz dicht vor der Ladentür erobern wollen, um nur ja Brot zu bekommen; denn es ist furchtbar, abgewiesen zu werden und mit leeren Händen nach Hause zu kommen.«¹⁶⁶

Im Mai 1915 wurde darüber hinaus der Fleischverkauf auf fünf Tage pro Woche beschränkt. Da es sich schon längst Hunderttausende Familien nicht mehr leisten konnten, regelmäßig hochwertige Lebensmittel wie Fleisch oder Butter zu kaufen, sei dies, wie HAUTMANN darlegt, für die arbeitende Bevölkerung bittere Ironie gewesen.¹⁶⁷ Auch in ihrem Stimmungsbericht vom 14. Oktober 1915 hob die Wiener Polizeidirektion hervor, dass die Fleisch- und Fettpreise für den Großteil der Bevölkerung schon lange nicht mehr erschwinglich seien. Noch dazu habe eine empfindliche Not an zahlreichen weiteren Lebensmitteln geherrscht.¹⁶⁸

Die Stimmung innerhalb der Wiener Bevölkerung hatte sich mehr als ein Jahr nach Kriegsbeginn merklich verschlechtert. Ihren Ärger und ihren Unmut über die schwierigen Versorgungsverhältnisse und das Missmanagement äußerten die Wiener deutlich. Eine Momentaufnahme liefert ein Polizeibericht:

»[... M]an will uns den letzten Heller aus der Tasche nehmen und uns dabei aushungern; [...] die Regierung ist Schuld, weil sie keine Energie bekundet und keine Massnahmen ergreift, um schon bei den Produzenten die Höchstpreise zu fixieren [...]. Die Bauern füttern ihr Vieh mit Milch und Kartoffeln, und wir haben nichts zu essen; die Milchgrosshändler schicken keine Kannen hinaus, damit keine Milch hereinkomme. Die Bahnverwaltung stelle keine Waggonen bei, die Bauern und Kartoffelhändler halten ihre Waren zu Wucherzwecken zurück und die Regierung schau zu und dulde alles; ohne die vorhandenen Lebensmittel einfach zu requirieren [...].«¹⁶⁹

Während in Wien die Unzufriedenheit und die »Ausverkauft«-Schilder in den Lebensmittelgeschäften in ihrer Zahl zunahm, kämpfte auch die Hauptstadt des Bündnispartners mit immer größeren Versorgungsschwierigkeiten. Auch hier beobachtete die Polizei im März 1915 eine »tiefgreifende Mißstimmung« unter den Berlinern.¹⁷⁰ Kaum war die Rationierung des Brotes in Berlin geregelt, kündigte sich die Kartoffelknappheit an. WERMUTHS Ambitionen, die »kommunalpolitische Errungenschaft« der Brotkartengemeinschaft auf weitere Lebensmittel auszuweiten, schlugen fehl:

»Wenige Monate nach Einführung der Brotkarte versuchte ich ohne Erfolg, die Verteilung der Kartoffeln auf die gleiche große Grundlage zu bringen. Und jedesmal, wenn

166 *Österreichische Volkszeitung*, 17. April 1915, zitiert bei PFOSE, Alfred: »Wohin der Krieg führt. Eine Chronologie des Zusammenbruchs«, in: DERS./WEIGL, Epizentrum, S. 578–687, hier S. 605.

167 Vgl. HAUTMANN, Hunger, S. 666.

168 Vgl. WBD, Stimmungsbericht vom 14. Oktober 1915, S. 1.

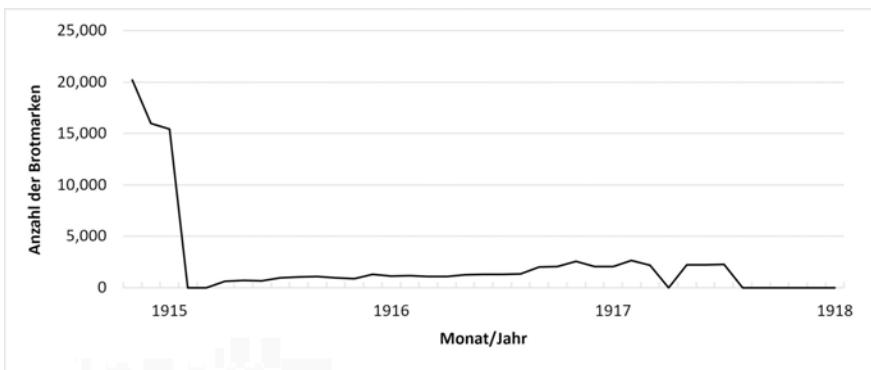
169 EBD., S. 1f.

170 Vgl. »Bericht der Abteilung VII, Exekutive, 6. Kommissariat an den Polizeipräsidenten, 5. März 1915«, in: Dokumente aus geheimen Archiven 4, S. 48.

nachher ein neues Nahrungsmittel unter öffentliche Regelung fiel, erhob sich von neuem der leidige Streit [mit den Berliner Vorortgemeinden].¹⁷¹

In dieser und den daran anschließenden Ausführungen des Oberbürgermeisters ließ er sein Missbehagen durchblicken, was angesichts der Berliner Versorgungssituation im Frühjahr 1915 nachvollziehbar war. Der im November 1914 festgelegte Höchstpreis von drei Mark für den Zentner Kartoffeln erhöhte sich auf 3,70 Mark.¹⁷² Diese erste »Kartoffelkrise«, die einen Vorgeschmack des noch Kommenden bot, war in zweierlei Hinsicht ein schwerwiegendes Problem. Zum einen war die Kartoffel ein bedeutender Faktor in der Ernährung der (Berliner) Bevölkerung, da sie bis zu diesem Zeitpunkt eine preisgünstige und wichtige Kalorienquelle bildete.¹⁷³ Besonders den sozial schwachen Bevölkerungsteil trafen die Preissteigerungen hart. »The potato question,« so DAVIS, »is the most important, the most burning, since the potato plays such an important role for the poorer population.«¹⁷⁴ Zum anderen schränkten die fehlenden Kartoffeln die Verfügbarkeit des »K-Brot« ein. Was brachte also die frisch eingeführte Brotkarte, wenn das dazugehörige Lebensmittel nicht angeboten werden konnte?

Abbildung 4: Wöchentliche Bedarfsmeldungen für Brotmarken durch den NFD (1914–1918)



Quelle: Die einzelnen Angaben wurden nach den wöchentlich vom NFD erstellten Listen an den Berliner Magistrat zusammengetragen. LAB, A Rep. 001–02, Nr. 1931–1935.

171 WERMUTH, Beamtenleben, S. 382.

172 Vgl. DAVIS, Home Fires, S. 50 und S. 69.

173 Vgl. EBD., S. 49ff. Demgegenüber spielte die Kartoffel in Österreich keine so bedeutende Rolle. Im Vergleich zum Deutschen Reich war der Kartoffelkonsum in den österreichischen Alpenländern geringer, wobei in der Habsburgermetropole Wien insgesamt mehr Erdäpfel verbraucht wurden als im übrigen Österreich. Vgl. hierzu LANDWEHR VON PRAGENAU, Ottokar: Hunger. Die Erschöpfungsjahre der Mittelmächte 1917/18, Zürich 1931, S. 113f.

174 DAVIS, Home Fires, S. 56. Vgl. auch »Bericht der Abteilung VII, Exekutive, 6. Kommissariat an den Polizeipräsidenten, 5. März 1915«, in: Dokumente aus geheimen Archiven 4, S. 48.

Anmerkungen zu Abbildung 4

Die Angaben entsprechen jeweils einer ausgewählten Woche des jeweiligen Monats. Die zeitlichen Abstände zwischen den gewählten Wochen umfassen drei bis vier Wochen.

Im November/Dezember 1914 höchste Anzahl der Bedarfsanmeldungen mit 20.100 bzw. 16.000. Ab Anfang Februar 1915 bis Ende März 1915 erfolgte keine Ausgabe von Brotmarken. Seit Ende März 1915 bis Anfang Dezember 1915 lagen Meldungen unter 1.000 Stück (mit Ausnahme August/September 1.100 Stück). Ab Dezember 1915 bis August 1916 Steigerung auf über 1.000 bis 1.350. Nochmalige Zunahme ab Anfang September 1916 bis Ende Juli 1917 mit rund 2.000 bis 2.600 Meldungen.

Das fehlende Brot spiegelte sich auch in den Bedarfsanmeldungen für Lebensmittelmarken des NFD vom Februar und März wider (Abb. 4).¹⁷⁵ Der NFD beschloss aufgrund der Brotknappheit vorerst keine Brotmarken mehr auszugeben.¹⁷⁶ So war die Bevölkerung in gewisser Weise doppelt von der Kartoffelknappheit getroffen. Die Verzweiflung sei DAVIS zufolge »from the bottom, up to and including circles of the Mittelstand« zu beobachten gewesen.¹⁷⁷ Bereits im Februar 1915 befürchtete die Berliner Polizei, dass die drückende Not unter den Berlinern dazu führen könnte, dass die Geschäfte gestürmt würden. Kurz darauf berichtete ein Kriminalschutzmann an den Berliner Polizeipräsidenten von einem städtischen Kartoffelverkauf, der außer Kontrolle geraten war:

»Als der Verkauf eröffnet wurde, stürmte alles mit Gewalt auf die Verkaufsstände los. Die Schutzleute, die den Verkehr an den Zugängen zu den Verkaufsständen regeln wollten, wurden einfach überrannt und waren gegen den Ansturm machtlos. An den Verkaufsstellen entstand infolgedessen ein lebensgefährliches Gedränge; jeder versuchte zuerst nach vorn zu kommen, wobei sich die Frauen das Zeug vom Leibe rissen und die Kinder rücksichtslos zu Boden getreten wurden, die dann jämmerlich um Hilfe schrien [...]«¹⁷⁸

Der Kartoffelknappheit stand wiederum eine Zunahme der Schweinebestände gegenüber, die zugleich eine der Ursachen für die fehlenden Erdäpfel darstellte. Da die Fütterung der Tiere mit Getreide nicht mehr erlaubt und die Futtermittelpreise enorm gestiegen waren, griffen die Produzenten zunehmend zur Kartoffel. Für die Beseitigung der Kartoffelnot und die Sicherstellung der Ernährung musste aus Sicht der Verantwortlichen das Vieh als Nahrungsmittelkonkurrent des Menschen in seinen Beständen reduziert werden.¹⁷⁹ Was folgte, war der »Schweinemord« vom Frühjahr 1915 – die »Bartholo-

175 Siehe oben Kapitel III, Anm. 160.

176 Vgl. Schreiben des NFD an den Berliner Magistrat vom 8. Februar 1915. LAB, A Rep. 001–02, Nr. 1933.

177 DAVIS, Home Fires, S. 57.

178 »Bericht der Abteilung VII, Exekutive, 3. Kommissariat an den Polizeipräsidenten Berlin, 17. Februar 1915«, in: Dokumente aus geheimen Archiven 4, S. 43f.

179 Vgl. ROERKOHL, Lebensmittelversorgung, S. 323.

mäusnacht der Borstentiere«¹⁸⁰, in welcher der Schweinebestand um ein Drittel gesenkt wurde. »Nach der Aktion«, so BAUDIS, »kamen im späten Frühjahr 1915 wieder ausreichend Kartoffeln auf den Berliner Markt.«¹⁸¹ Dies bestätigt auch die Übersicht zu den Bedarfsanmeldungen für Kartoffelmarken durch die Hilfskommissionen des NFD. Im Juni erhöhte sich die Anzahl gemeldeter Marken und erreichte fast den gleichen Bedarfsstand wie zur Zeit vor der Krise (Abb. 5).¹⁸² Es blieben jedoch Zweifel, wie BAUDIS weiter erklärt, »ob das die Folge der Massenabschlachtungen war oder nicht vielmehr darauf zurückging, daß die Spekulanten mit fortschreitender Jahreszeit gezwungen waren, ihre Lager zu leeren.«¹⁸³

Abbildung 5: Wöchentliche Bedarfsanmeldungen für Kartoffelmarken durch den NFD (Jan. 1915 bis Dez. 1916)



Quelle: Die einzelnen Angaben wurden nach den wöchentlich vom NFD erstellten Listen an den Berliner Magistrat zusammengetragen. LAB, A Rep. 001–02, Nr. 1931–1935.

180 BAUDIS, Schweinemord, S. 136.

181 EBD.

182 Ab Juli/August stürzten die Anmeldungen jedoch weit unter das Niveau der Krise im Frühjahr ab und nahmen erst mit der Spätkartoffelernte im Oktober wieder zu. Die rasch einsetzende Kartoffelsteuerung im Sommer 1915 kann eine Erklärung dafür sein. Fast zeitgleich mit den sinkenden Bedarfsanmeldungen für Kartoffeln stieg der Bedarf an Gemüse, auf das ein Teil der von den Hilfskommissionen unterstützten Konsumenten möglicherweise auswich. Vgl. hierzu die wöchentlichen Bedarfsanmeldungen für Gemüsemarken nach den Listen des NFD an den Berliner Magistrat. LAB, A Rep. 001–02, Nr. 1931–1935. Ein anderer Teil könnte sich auch anderweitig mit Kartoffeln versorgt haben, zum Beispiel durch den direkten und günstigeren Kauf beim Produzenten im Berliner Umland. Ebenso ist es möglich, dass sich infolge der Krisenerfahrung einige der Konsumenten – sofern sie es sich leisten konnten – bei Einsetzen des Überangebots mit größeren Mengen Kartoffeln eingedeckt hatten und der Bedarf infolgedessen zurückgegangen war. Realistisch betrachtet, reichen all diese Erklärungsansätze noch immer nicht aus, um einen derartigen Bedarfsrückgang zu begründen. Es muss demnach noch weitere Ursachen gegeben haben, die an dieser Stelle nicht festzustellen waren.

183 BAUDIS, Schweinemord, S. 136f.

Anmerkungen zu Abbildung 5

Die Angaben entsprechen jeweils einer ausgewählten Woche des jeweiligen Monats. Die zeitlichen Abstände zwischen den gewählten Wochen umfassen zwei bis vier Wochen.

Bis Januar 1915 erfolgte keine Ausgabe von Kartoffelmarken. Im Februar 1915 wurde mit rund 13.900 gemeldeten Marken der Höchststand erreicht. Ab Ende Februar 1915 halbierte sich die Anzahl der Meldungen (zeitgleich erste Kartoffelkrise). Anschließend kontinuierlicher Anstieg bis im Juni ein weiterer Höchststand erreicht wurde (zeitgleich verstärkte Freigabe der Kartoffelvorräte durch Produzenten; Frühkartoffelernte; Schweinemord). Nach Juni 1915 sank die Anzahl der Meldungen rapide bis zum Tiefstand im August mit nur 160 gemeldeten Marken. Erst ab Ende September wurden wieder über 1.000 Marken pro Woche gemeldet. Weitere Steigerungen auf über 4.000 Marken im November 1915 (Spätkartoffelernte mit Rekordergebnis) und auf über 5.000 Marken zwischen April und Juli 1916. Nach August 1916 wurden keine Kartoffeln mehr gemeldet. Vermutlich stand dies im Zusammenhang mit den zeitgleich eingeführten Volksspeisemarken.

Letztendlich waren sehr viel mehr Kartoffelvorräte vorhanden als angenommen. Die im April 1915 gegründete Reichskartoffelstelle, welche als Vermittlungszentrale zwischen den Bedarfs- und Überschussverbänden dienen sollte, blieb auf ihren Beständen sitzen, weil sich viele Kommunen durch das Überangebot wieder veranlasst sahen, die Versorgung über den freien Handel zu organisieren. Die Reichsregierung sah die Versorgung über den freien Markt gesichert und war weiterhin überzeugt, dass konkrete Bestimmungen zur Kartoffelrationierung sowie gleichzeitige Verfügungsbeschränkungen überflüssig seien.¹⁸⁴ Dem Druck der Gemeinden zu weiteren staatlichen Eingriffen wurde nicht nachgegeben, wie ROERKOHL darlegt:

»[...] D]ie vorausgegangenen Fehlberechnungen steigerten das Vertrauen in die deutsche Kartoffelproduktion. Dieser Optimismus, verbunden mit der Aussicht auf eine überdurchschnittliche Ernte ließ die öffentliche Bewirtschaftung als unnötig erscheinen.«¹⁸⁵

Die Kartoffelernte fiel tatsächlich sehr gut aus. Doch durch die Aufrechterhaltung liberaler Marktstrukturen standen die Kommunalverbände bald wieder vor den gleichen Problemen. Sie waren angewiesen, die Kartoffelversorgung für den kommenden Winter zu sichern, was sich durch die Zurückhaltung der Ware durch die Produzenten und die einsetzende Teuerung, die sich auch aus der Konkurrenz der Kommunen untereinander ergab, schwierig gestaltete.¹⁸⁶ Schließlich entschloss sich die Reichsregierung zu

184 Vgl. ROERKOHL, Lebensmittelversorgung, S. 327.

185 EBD.

186 Die Anweisung zur Sicherstellung der Kartoffelversorgung erfolgte durch die Bundesratsverordnung vom 9. Oktober 1915. Hierzu und zu den damit verbundenen Problemen ausführlich EBD., S. 329ff.

Beginn des Jahres 1916 zu neuen Maßnahmen. Die Regelung der gesamten Kartoffelversorgung wurde der Reichsstelle übertragen. Darüber hinaus wurden die Kommunalverbände zur Enteignung bestimmter Mengen bei den Produzenten ihres Bezirks berechtigt. »Diese Neuregelung«, so ROERKOHLE, »leitete auf dem Gebiet der Kartoffelversorgung die zentrale Bewirtschaftung ein, die durch zusätzliche Maßnahmen im Laufe des nächsten Wirtschaftsjahres weiter ausgebaut werden sollte.«¹⁸⁷

Neben den anhaltenden Schwierigkeiten bei der Kartoffelversorgung bis zur zweiten Kriegshälfte hatte Berlin wie viele andere deutsche Kommunen immer wieder Probleme bei der Fleischversorgung, die ebenfalls weiter über den freien Handel zu gewährleisten war. Infolge des »Schweinemordes« stiegen die Preise dauerhaft an und das Fleisch wurde mehr und mehr zum Luxusartikel. Die Versuche, der minderbemittelten Bevölkerung wenigstens »minder wertvolles« Fleisch zu sichern, liefen ins Leere.¹⁸⁸ Die Befürchtung einer allgemeinen Fleischnot im Winter 1915/16 veranlasste die Kommunen Ende Oktober beim Innenministerium die Einführung von zwei fleischfreien Tagen einzufordern, um den Verbrauch einzuschränken. Der Bundesrat erklärte daraufhin den Dienstag und Freitag für »fleischfrei«. Wie schon in Wien zu beobachten war, wurde den Minderbemittelten dadurch wenig geholfen. So beklagte der Berliner Sozialdemokrat Emanuel WURM (1857–1920):

»Mit dieser Einführung fleischloser Tage ist der ärmeren Bevölkerung gar nicht geholfen, denn sie hat – leider zum Schaden ihrer Gesundheit! – schon seit langer Zeit nicht nur zwei, sondern oft sieben fleischlose Tage in der Woche!«¹⁸⁹

Doch nicht nur das Fleisch fehlte. Seit dem Sommer stieg auch der Preis für Butter, der in Berlin gegenüber weiten Teilen des Reiches schon immer etwas höher war. Im Oktober 1915 zahlte die Bevölkerung für das Pfund Butter 3,30 Mark und damit doppelt soviel wie noch im Herbst des Vorjahres. Die Verärgerung vor allem der ärmeren Schichten bekam die Stadt durch »Krawalle« zu spüren. Mitte Oktober kam es im Osten und Nordosten der Stadt mehr als vierzig Mal zu Unruhen, die mit der Butterteuerung in Verbindung standen.¹⁹⁰ »Tagelang«, so KELLERHOFF, »kam es immer wieder zu kleineren Protesten, flogen Steine in Schaufenster. Doch die Schutzmacht griff hart durch, und der Bundesrat beschloss, Höchstpreise für Butter, Kartoffeln und Fleisch einzuführen.«¹⁹¹ Die Berliner Bevölkerung verlor jedoch zunehmend das Vertrauen in die Wirksamkeit der Regierungsmaßnahmen. Dabei bekam zunächst vor allem die Berliner Kommunalverwaltung den Unmut und die Kritik der Menschen an der Versorgungssituation zu spüren.

187 EBD., S. 331. Hieran anschließend verdeutlicht ROERKOHLE zugleich die Beweggründe der Reichsleitung, mit der Ergreifung weitergehender Maßnahmen abzuwarten. Die Ursachen für die Zurückhaltung lagen in der geringen Lagerfähigkeit der Kartoffel (eine Beschlagnahme aller Bestände durch die Reichsstelle kam daher nicht in Frage), in fehlenden statistischen Grundlagen über die tatsächlichen Ernteerträge und nicht zuletzt in der Unkenntnis der verantwortlichen Regierungsstellen über den Kartoffelmarkt. Vgl. EBD., S. 331f.

188 Hierzu ausführlich EBD.

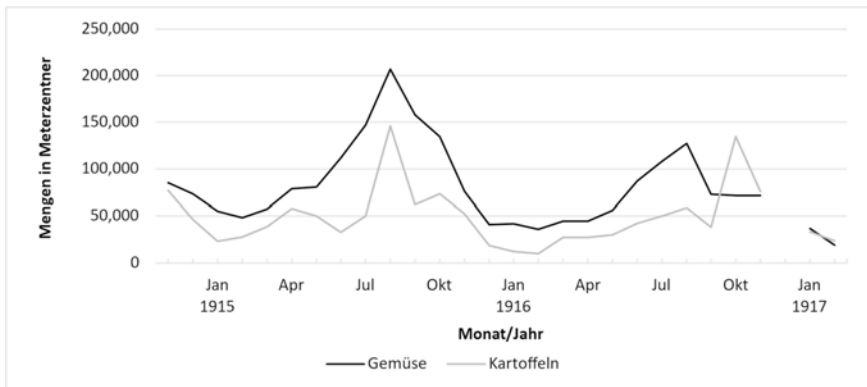
189 GLATZER/GLATZER, Berliner Leben, S. 210.

190 Zu den Butterunruhen ausführlich EBD., S. 80ff. Sowie Dokumente aus geheimen Archiven 4, S. 89ff.

191 KELLERHOFF, Heimatfront, S. 187.

Kaum anders entwickelten sich die Verhältnisse in der Habsburgermetropole, wo die Stimmung in der Bevölkerung ebenfalls allmählich umschlug. Mitte Mai 1916 führte die Frustration über den Organisationsmangel zu einer Serie von Hungerkrawallen. Um gegen die Inflation und Lebensmittelknappheit zu demonstrieren, versammelten sich zahlreiche »verbitterte Menschenmassen« auf den Straßen der Wiener Außenbezirke. Die Unzufriedenheit und Wut der Wiener war inzwischen so groß, dass diese Ansammlungen zwischen dem 11. und 16. Mai in einer Reihe von Sachbeschädigungen, Diebstählen und Angriffen auf die städtischen Sicherheitskräfte mündeten.¹⁹² Der Ärger und die Verbitterung richtete sich wie in Berlin gegen die Verwaltung und dabei vor allem gegen WEISKIRCHNER, der von den Wienern für die Versorgungsmisere verantwortlich gemacht wurde. Der Bürgermeister erhielt in Anlehnung an das ungeliebte und unbekömmliche Maisbrot den Spitznamen »Maiskirchner« und war inzwischen der »meistgeschmähte Politiker« Wiens.¹⁹³ Dabei setzte das Stadtoberhaupt alle Hebel in Bewegung, um eine Verbesserung der Versorgungssituation herbeizuführen. Bei der zentralen Bewirtschaftung, die mit großem bürokratischen Aufwand voranschritt, nahm Wien in der k.k. Monarchie die Vorreiterrolle ein. Nach der Brotkarte kam im April 1916 die Zuckerkarte, im Mai die Milchkarte, im Juli die Kaffeekarte und im September 1916 die Fett- und Butterkarte. Angesichts der instabilen Lebensmittelzufuhr konnten die Behörden aber lediglich steuern wie viel dem Einzelnen theoretisch zustand. Die Karten allein garantierten keine Ware. Darüber hinaus gab es Verteilungsprobleme, sodass sich die Obmännerkonferenz mit Klagen schlecht versorgter Bezirke auseinanderzusetzen hatte.

Abbildung 6: Gelieferte Kartoffel- und Gemüsemenen in Wien (Nov. 1914 bis Feb. 1917)



Quelle: Zusammengestellt nach den Mitteilungen der Wiener Verwaltung im Amtsblatt der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, *Sonder-Abdruck*, 1. Dezember 1914 bis 20. März 1917.

192 Hierzu ausführlich WBD, Stimmungsbericht vom 18. Mai 1916, S. 1–7. Sowie HEALY, Maureen: »Eine Stadt, in der sich täglich Hunderttausende anstellen«, in: PFOSE/WEIGL, Epizentrum, S. 150–161, hier S. 155f. Vgl. auch PROCTOR, *Civilians*, S. 88.

193 Vgl. hierzu und für die weiteren Ausführungen PFOSE, *Chronologie*, S. 627ff.

Anmerkungen zu Abbildung 6

Da die Angaben im Amtsblatt teilweise voneinander abwichen, sollten die Daten lediglich als Richtungswerte betrachtet werden. Ermittelt wurden die Unstimmigkeiten durch die Gegenüberstellung der jeweils aktuellen Monatsmengen und der Liefermengen des gleichen Monats im vergangenen Jahr. So entsprachen die Angaben über die Liefermengen von Juli bis November 1916 nicht den Vorjahresangaben vom Juli bis November 1917. Gewählt wurden i. d. R. die geringeren Mengenangaben. Die davon abweichenden höheren Werte könnten auf etwaige doppelt gezählte Zulieferungen zurückgeführt werden.

Für die Monate März und April 1917 liegt lediglich ein Wert für beide Monate vor. Dieser wurde in der Abbildung zur vereinfachten Darstellung halbiert. Für den Monat Dezember 1917 liegen keine Angaben vor.

Die Vorräte der Habsburgermetropole reichten stets nur für wenige Tage, sodass eine sichere Versorgung nicht möglich war. Ein Blick auf die gelieferten Kartoffel-, Gemüse- und Buttermengen veranschaulicht wie rapide der Umfang vorhandener Lebensmittel in Wien seit dem Herbst 1915 schrumpfte (Abb. 6, Abb. 7). Die Wiener Bevölkerung habe PFOSEER zufolge von der Hand in den Mund gelebt.¹⁹⁴ In Anbetracht dieser Verhältnisse lief auch der von WEISKIRCHNER zur Schaffung von Lebensmittelvorräten vorangetriebene Ausbau der städtischen Lagerhäuser und Speicher sowie die Einrichtung eines Kühllagerhauses ins Leere. Wie seine Stadtbewohner reagierte auch der Bürgermeister, der die Schuld für die Versorgungskrise von sich wies und die Kritik an seiner Amtsführung nicht nachvollziehen konnte, zunehmend gereizt auf die chaotischen Verhältnisse.¹⁹⁵ Die Fülle an Verordnungen, die Konflikte um die Höchstpreise und die für Wien so verhängnisvolle Abhängigkeit von den halbstaatlichen Zentralen verleiteten den Kriegsbürgermeister regelmäßig dazu, das Gesamtsystem infrage zu stellen.¹⁹⁶ Für die Anliegen seiner Stadt hielt sich WEISKIRCHNER mit Kritik an der Staatsregierung nicht zurück. Wie in einer Rede vom 5. Oktober 1916 klagte er sie regelmäßig offen an:

»Was nützt es, Höchstpreise zu besitzen, wenn man nicht die Verfügung über die nötige Warenquantität besitzt? Es ist die Pflicht der Regierung, durch ihre Verfügungen [...] der Stadt Wien jene Mengen Kartoffeln zu sichern, die die Bevölkerung braucht.«¹⁹⁷

Bis über das Kriegsende hinaus ließ der christlichsoziale Politiker kaum eine Gelegenheit aus, auf die Not und die Sorgen seiner Stadt aufmerksam zu machen. So machte er sich seit Ende Mai 1917 auch im Herrenhaus des Reichsrates für die Belange der hungernden Donaumetropole stark.

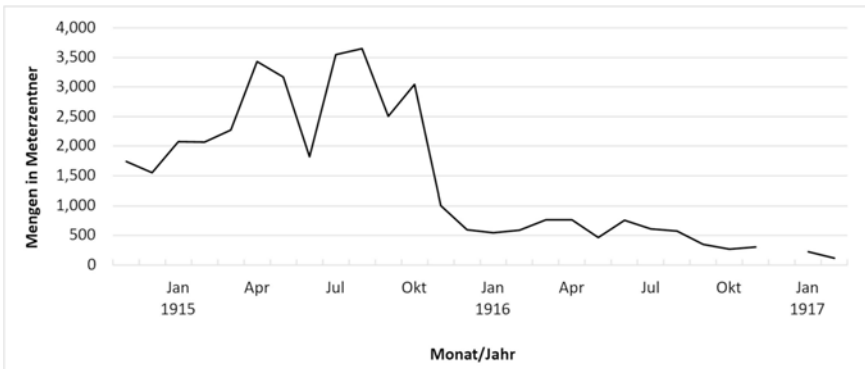
194 Vgl. EBD., S. 630.

195 Vgl. HEALY, Vienna, S. 58ff.

196 Vgl. MERTENS, Weiskirchner, S. 154.

197 PFOSEER, Chronologie, S. 633.

Abbildung 7: Gelieferte Buttermengen in Wien (Nov. 1914 bis Feb. 1917)



Da die Angaben im Amtsblatt teilweise voneinander abwichen, sollten die Daten lediglich als Richtungswerte betrachtet werden. Zur Zusammenstellung der Daten vgl. die Anmerkungen zu Abb. 6. *Quelle:* Zusammengestellt nach den Mitteilungen der Wiener Verwaltung im Amtsblatt der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, *Sonder-Abdruck*, 1. Dezember 1914 bis 20. März 1917.

Nach den Aufständen im Mai 1916 nahm im Herbst 1916 die gereizte Stimmung in der Wiener Bevölkerung weiter zu. Die wachsende Ungeduld der Menschen führte zu einer zunehmenden Nervosität bei der Wiener Polizei, die täglich über 1.000 Sicherheitskräfte auf den Straßen Wiens einsetzte. Einen Gesamteindruck der angespannten Lage, die täglich Hunderttausende Wiener zum »Anstellen« zwang, liefert PFOSEK:

»Die Sicherheitswache ist mit Streit und gegenseitigen Beschimpfungen konfrontiert. ›Exzessive Frauen‹ halten aufreizende Reden, beleidigen und bespucken die Wachorgane. Diese müssen sich Schmähungen [...] gefallen lassen und stillhalten, damit die Situation nicht eskaliert. Anordnungen wird nicht mehr Folge geleistet. [...] Im Oktober 1916 droht die Arbeiterschaft mehrerer großer Unternehmen mit Arbeitseinstellung, falls sie nicht mit Lebensmitteln versorgt werden. Geschäfte müssen vorsichtshalber geschlossen werden. Argwohn und Aggression gegen die Flüchtlinge steigen, sie werden als unlautere Konkurrenz erlebt. [...] In den nächtlichen Straßen Wiens tobt ein Kampf ums Überleben. Frauen drohen, ihre Kinder zu ertränken oder zu erhängen. [...] Hunderte verrichten ihre Notdurft in den Hauseingängen. Menschen fallen in der Menge in Ohnmacht. Hysterie und Panik kommen auf, tausend Gerüchte machen die Runde [...]. Die Menschen erzählen einander, dass nächstens die Lebensmittelversorgung überhaupt komplett versiegt und Wien verhungern muss.«¹⁹⁸

Wie aus den Stimmungsberichten der Wiener Polizeidirektion seit Mitte Oktober 1916 hervorgeht, musste die Wiener Bevölkerung in den Wochen vor Beginn des grausigen Hungerwinters 1916/17 bereits für nahezu jedes Lebensmittel anstehen.¹⁹⁹ Schon längst

198 EBD., S. 634. Siehe auch WBD, Stimmungsbericht vom 16. November 1916, S. 1.

199 Aus der Beilage zum Stimmungsbericht vom 19. Oktober 1916 geht hervor, für wie viele Waren sich inzwischen lange Warteschlangen bildeten: »Ansammlungen finden gegenwärtig bei folgenden Artikeln statt (nach der Größe der Ansammlungen geordnet): Mehl, Kartoffeln, Milch, Brot, Fett,

standen nicht mehr nur die Erwachsenen in den nicht enden wollenden Menschenlangen, die seit 1915 ein vertrautes Bild des Wiener Stadtlebens waren. Immer mehr Kinder fanden sich in den Reihen der Anstehenden wieder. »Children standing outside all night in lines«, betont HEALY, »became a symbol of the breakdown of social order in Vienna.«²⁰⁰

Wie in der deutschen Hauptstadt wuchsen die Frustration und der Vertrauensverlust hinsichtlich der ausbleibenden oder zögerlichen Maßnahmen der Regierung. In Österreich aber trat noch ein weiterer – wenn auch nicht maßgeblicher – Aspekt hinzu, der die Unzufriedenheit und den Pessimismus in der Bevölkerung zusätzlich nährte. So blickten die Menschen hier wiederholt »beschämt« auf die sehr viel positiver wahrgenommenen Versorgungsverhältnisse des Bündnispartners. Aus ihrer Sicht hinkten die österreichischen Approvisionierungsmaßnahmen denen der deutschen deutlich hinterher. »[Zwar] ist man [...] auch im Deutschen Reich der Lage nicht [ganz gewachsen]«, so der *Westungarische Grenzboten* im November 1916, »aber gegenüber unserer Hilflosigkeit [...] erscheint uns dort alles bewunderungswürdig.«²⁰¹ Doch spätestens im Winter 1916/17 sollte sich zeigen, dass sich die Verhältnisse – insbesondere in den beiden Hauptstädten – doch sehr viel ähnlicher waren als von den Österreichern angenommen wurde.

1.3.2 Berlin laviert und Wien stirbt: Die Kriegsernährungswirtschaft 1916–1918

Sowohl in Deutschland als auch in Österreich wurde es durch die Fülle der Verordnungen, die zugleich ständigen Änderungen unterzogen wurden, immer schwerer das Versorgungssystem zu überblicken.²⁰² Die Maßnahmen, die häufig nicht mehr als »Papierlösungen« waren, beschränkten sich zumeist nur darauf die akuten Nahrungsmittelmängel für den Moment ihres Auftretens zu beheben. Die städtischen Verwaltungen wurden damit weitgehend allein gelassen und waren derart überfordert, dass sie ihre Reichsregierungen frühzeitig, aber lange Zeit vergeblich zur Ergreifung vorbeugender Maßnahmen sowie langfristiger Planungen drängten. Sowohl die Berliner als auch die Wiener wünschten sich eine übergeordnete Instanz, eine, wie Belinda DAVIS schreibt, »total centralized control of food supplies that would guarantee the ›fair‹ and ›equitable‹ distribution of food«²⁰³.

Erst im Mai 1916 kam die deutsche Reichsleitung dieser Forderung endlich nach und gründete das Kriegsernährungsamt (KEA) als einheitliche Verwaltungsstelle zur Nahrungsmittelbeschaffung. Es sollte die ungeordneten Versorgungsverhältnisse in den Griff bekommen und die Funktion eines »Lebensmitteldiktators« übernehmen. Doch es zeigte sich schnell, dass das Amt, nach dem sich die Bevölkerung so lange Zeit

Butter, Zucker, Kaffee, Salz, Petroleum, Spiritus, Seife, Eier, serbisches Rindfleisch, Zwetschken, Tabak, Pferdefleisch, Knochen, Reis, Gries, Margarine, Innereien, Hülsenfrüchte, Cichorie, Fleisch, Marmelade, Zwieback, diätische Bäckerei.« WBD, Generalübersicht Kundenansammlungen beim Lebensmitteleinkauf vom 16. Oktober 1916, S. 1. Vgl. u.a. auch die Stimmungsberichte vom 19. Oktober und 2. November 1916.

200 HEALY, Vienna, S. 75.

201 *Westungarischer Grenzboten*, 21. November 1916, zitiert bei PFOSE, Chronologie, S. 629.

202 Vgl. ROERKOHL, Lebensmittelversorgung, S. 335. Sowie HEALY, Vienna, S. 63f.

203 DAVIS, Home Fires, S. 114.

gesehnt hatte, längst nicht die Befugnisse und Kompetenzen besaß, die es zur Lösung der Versorgungsprobleme benötigte. So verdeutlicht Ute DANIEL:

»Die bisherigen Bundesratsregelungen der Nahrungsmittelbewirtschaftung blieben in Kraft und dem Bundesrat unterstellt, nur die von ihm bislang nicht geregelten Materien unterstanden dem KEA. Das KEA erhielt keine Exekutivbefugnisse eigenen Rechts, sondern blieb auf die verschiedenen einzelstaatlichen Unterbehörden angewiesen; die Organisation der Heeresverpflegung wurde ihm nicht unterstellt, sondern weiterhin parallel und in Konkurrenz zur Versorgung der Zivilbevölkerung betrieben.«²⁰⁴

Mit der Errichtung des KEA war der Ausbau des Systems der zentralen Bewirtschaftung verbunden, das auf den Zentralstellen für die einzelnen Nahrungsmittel basierte. Den Reichsstellen für Getreide und Kartoffeln folgten weitere, sodass bis Dezember 1917 vierzig Reichsstellen und Kriegsgesellschaften nebeneinander existierten, die den Warenverkehr zentralisierten und den freien Gütertausch über den Handel unterbanden.²⁰⁵ Die Verschlechterung der Versorgungslage ließ sich aber trotz dieses Planwirtschafts-systems nicht aufhalten.²⁰⁶ Nach den Ermittlungen des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen verbrauchte der Großteil der deutschen Stadtbewohner im Sommer 1916 nur noch vierzig Prozent des Vorkriegsverbrauchs.²⁰⁷ Die Rationen für die Grundnahrungsmittel umfassten für die Berliner Bevölkerung täglich 200 Gramm Mehl und 500 Gramm Kartoffeln sowie wöchentlich im Durchschnitt 330 Gramm Fleisch pro Kopf. Bei diesen gewährten Mengen blieb es jedoch nicht. Bereits im August mussten die Berliner Kürzungen bei der Fleischezuteilung hinnehmen. Die Fleischverbrauchsregelung lag bisher in den Händen der Gemeinden, was zu starken regionalen Differenzierungen bei den abgegebenen Höchstmengen führte. Um eine einheitliche Verteilung im Reich auf den Weg zu bringen, führte die im März gegründete Reichsfleischstelle die Fleischkarte mit einer Ration von 250 Gramm pro Kopf und Woche ein. Während die bisher in der Fleischversorgung zu kurz gekommenen Regionen mit der Reichsfleischkarte auf eine – wenn auch minimale – Verbesserung ihrer Versorgungslage hoffen konnten, verschlechterte sich das Versorgungsniveau und damit auch die Stimmung unter den Berlinern.²⁰⁸

Seit dem Sommer 1916 erschien kaum ein Stimmungsbericht der Polizei noch ohne die Betonung der allgemein zunehmenden Unzufriedenheit in der Berliner Bevölkerung. Mit der Kartoffelernte im Herbst, die weit hinter den Erwartungen zurückblieb, zeichneten sich die nächsten Versorgungsschwierigkeiten ab. Wegen schlechter Witterungsverhältnisse und nicht ausreichender Feldarbeitskräfte lag der Ernteertrag mit

204 DANIEL, Arbeiterfrauen, S. 192.

205 Vgl. ROERKOHL, Lebensmittelversorgung, S. 336.

206 Vgl. EBD., S. 369.

207 Vgl. DAVIS, Home Fires, S. 117.

208 Vgl. ROERKOHL, Lebensmittelversorgung, S. 340. Für einige süddeutsche Staaten fiel die Rationsfestsetzung umfangreicher aus. Hier lagen die Wochenkopfmengen zum Teil noch bei 600 bis 700 Gramm. Demgegenüber hatten die norddeutschen, sächsischen und westdeutschen Regionen – sofern Fleisch vorhanden war – mit winzigen Mengen auszukommen. Vgl. EBD. Zur zunehmenden Verschlechterung der Stimmungslage in Berlin vgl. die Stimmungsberichte seit Juli 1916 in: Dokumente aus geheimen Archiven 4, S. 140ff.

rund 25 Millionen Tonnen fast fünfzig Prozent unter dem Durchschnitt.²⁰⁹ Der Präsident des Kriegsernährungsamtes Adolf von BATOCKI (1868–1944) verdeutlichte den Ernst der Lage:

»Wochenlang kein Fett, absolute Fleischlosigkeit, auch Mangel an Brot und Streckungsmitteln habe die Bevölkerung geduldig ertragen. Aber sobald die Kartoffelversorgung stockte, sei die Stimmung völlig umgeschlagen.«²¹⁰

Über den bestehenden Mangel hinaus verschärfte sich die Situation zusätzlich, denn infolge des Hindenburg-Programms kam es »überraschend« zu Transportproblemen im Eisenbahnverkehr, die den Winter über andauerten und die Versorgung der Bevölkerung mit lebenswichtigen Waren behinderten.²¹¹ Kartoffeln und Kohlen erreichten die Reichshauptstadt längst nicht in dem Umfang wie sie gebraucht wurden. Die Berliner erlebten einen strengen und langen Winter mit Tiefsttemperaturen bis zu minus dreißig Grad. Neben der Kälte breitete sich der Hunger aus. Theodor WOLFF, der Chefredakteur des liberalen *Berliner Tageblatts* schilderte die Lage Ende Februar 1917 in seinem Tagebuch:

»Mit den Nahrungsmitteln wird es immer übler. Die Brotration ist unzureichend, Kartoffeln fehlen ganz, man ißt, außer den Dingen, die man im blühenden ›Schleichhandel‹ erwirbt, fortwährend Kohlrüben[.]«²¹²

Die Kohlrübe war mittlerweile das Hauptnahrungsmittel. Es gab Kohlrüben-Marmelade zum Frühstück, Kohlrübensuppe oder Kohlrüben-Koteletts zum Mittag und abends diente die Wrucke als Brotaufstrich.²¹³ Auch das Brot, das noch stärker ausgemahlen wurde, bestand aus Kohlrüben. Fast alles konnte mit oder aus Kohlrüben hergestellt werden, wie Dieter BAUDIS bemerkt. Zudem konnten die niedrigen Rationen anderer wichtiger Lebensmittel »nicht in voller Höhe ausgeliefert werden, so daß der Hunger für die große Masse der Berliner Bevölkerung nicht mehr ein drohendes Gespenst, sondern tägliche Realität war«²¹⁴.

Wie in den Monaten zuvor schon in Wien zeigte sich spätestens in diesem Hungerwinter auch in Berlin, dass die ausgeteilten Rationskarten noch lange keine Lebensmittel garantierten. Für die Mehrzahl der Stadtbewohner waren die Lebensmittelscheine oftmals nicht mehr als ein »Schnipsel Papier«.²¹⁵ Eine Bedeutung erhielten sie für die Menschen erst, wenn sie sich das jeweilige Nahrungsmittel auch leisten konnten. »Poorer consumers complained in late 1916«, hebt DAVIS mit Blick auf die Verhältnisse in Berlin hervor, »that it was equally artificial and unnatural that the richest and best-connected Berliners had privileged access to food merely on account of money and social status.«²¹⁶

209 Vgl. HERWIG, *First World War*, S. 291.

210 BAUDIS, *Schweinemord*, S. 147.

211 Vgl. EBD.

212 Zitiert bei FLEMMING/ULRICH, *Heimatfront*, S. 163.

213 Vgl. BAUDIS, *Schweinemord*, S. 148. Ferner KELLERHOFF *Heimatfront*, S. 223f.

214 BAUDIS, *Schweinemord*, S. 148. Hierzu vgl. auch HERWIG, *First World War*, S. 289.

215 Vgl. DAVIS, *Home Fires*, S. 186. Ferner OFFER, *First World War*, S. 27.

216 DAVIS, *Home Fires*, S. 125. Anders als die inländischen Produkte waren die aus dem Ausland eingeführten Lebensmittel lange Zeit nicht von den Höchstpreisfestlegungen betroffen. Auch wenn sie nur eine kleine Minderheit darstellten, konnten die wohlhabenden Kreise bei Zahlung eines

Ähnliche Beschwerden gab es auch in Wien. »Die Leute, die Geld haben,« klagten die Wiener, »die kriegen alles, nur der arme Teufel, der muss leiden, der kri[e]gt nichts.«²¹⁷

Während die hungrige Bevölkerung unter dem Motto »Gleicher Hunger für alle« eine angemessene und gerechte Verteilung der Lebensmittel forderte, konnten sich die privilegierten Bevölkerungskreise auf dem Schwarzmarkt »mit nahezu allem versorgen, was sie zu einem ›normalen‹ Leben, jenseits von Hungerrationen und Ersatzstoffen brauchten«²¹⁸. Doch diese wahrgenommene Ungleichheit habe es nicht nur zwischen »oben« und »unten« gegeben, wie Christoph NÜBEL verdeutlicht, sondern auch innerhalb von Mittelstand und Arbeiterklasse, die sich u.a. aus der Sonderversorgung der Rüstungsarbeiterschaft ergab.²¹⁹ Die unterschiedlichen Rationen für Schwer(st)arbeiter, Kinder und Normalverbraucher führte schließlich dazu, dass viele Familien auch innerhalb der eigenen vier Wände um eine gerechte Verteilung der Lebensmittel kämpften.

Während bereits im Herbst 1916 deutlich wurde, dass das Kriegsernährungsamt keine Verbesserung der Versorgungslage in den deutschen Großstädten herbeiführen würde, begannen kurz vor Beginn des verheerenden Steckrübenwinters auch in Österreich alle Vorbereitungen zur Errichtung einer vergleichbaren Einrichtung. Im November 1916 erfolgte der Beschluss zur Gründung des österreichischen Amtes für Volksernährung, in dem alle Zuständigkeiten rund um die Lebensmittelversorgung gebündelt werden sollten.²²⁰ Es hatte die Nahrungsmittelvorräte zu erfassen, eine einheitliche Verteilung zu lenken und moderate Lebensmittelpreise zu gewährleisten. Die mit dem Amt verbundenen Hoffnungen auf eine Besserung der Lage gingen Hand in Hand mit den hohen Erwartungen an den jungen Kaiser KARL I. (1887–1922), der die Nachfolge des am 21. November verstorbenen Kaisers FRANZ JOSEPH I. antrat und sich ambitioniert dem Krisenmanagement hingab.²²¹ Doch weder der neue Monarch in der Hofburg noch das Amt für Volksernährung waren imstande ein Ende der Not

höheren Preises noch immer Waren kaufen, die »angeblich überhaupt nicht vorhanden waren«. Hierzu ausführlich BAUDIS, Schweinemord, S. 144. Ferner TEUTEBERG, Food Provisioning, S. 69f.

217 WBD, Stimmungsbericht vom 1. Februar 1917, S. 3. Vgl. Auch HEALY, Vienna, S. 61. HAUTMANN, Hunger, S. 679.

218 FLEMMING/ULRICH, Heimatfront, S. 179.

219 Vgl. NÜBEL, Die Mobilisierung, S. 154. Siehe auch SCHMIDT-KLINGENBERG, Michael: »Der Kampf in den Küchen. Wie die Mangelwirtschaft die Deutschen zur Revolution trieb«, in: BURGDORFF, Stephan (Hg.) und Klaus WIEGREFE, Der Erste Weltkrieg. Die Ur-Katastrophe des 20. Jahrhunderts, München 2004, S. 134–146, hier S. 136. Über das Zulagenwesen für die Rüstungsarbeiterschaft hinaus geht Ute DANIEL auch auf dessen unterschiedliche Handhabung und das damit verbundene Missfallen der Bevölkerung ein. Ebenso nimmt sie Bezug auf die Bevorzugung des Heeres bei der Nahrungsmittelversorgung, die in der Zivilbevölkerung immer mehr Unzufriedenheit hervorrief. Hierzu DIES., Arbeiterfrauen, S. 194ff. DANIELS Ausführungen treffen in gleicher Weise auf die Verhältnisse in der österreichischen Reichshälfte zu.

220 Die zuvor unternommenen Bemühungen des k.u.k. Kriegsministers Alexander von KROBATIN (1849–1933) zur Errichtung eines gemeinsamen österreich-ungarischen Ernährungsamtes scheiterten am Widerstand der Regierungen beider Reichshälften. Hierzu ausführlich RAUCHENSTEINER, Der Erste Weltkrieg, S. 683f.

221 Die Einrichtung des Amtes für Volksernährung wurde noch von Kaiser FRANZ JOSEPH I. in die Wege geleitet, der wenige Tage vor seinem Tod am 13. November 1916 die entsprechende Verordnung erließ. Hierzu vgl. ACKERL, Österreichs Ernährungslage, S. XV.

in der Bevölkerung herbeizuführen. Während der schlecht vorbereitete KARL I. seine Möglichkeiten als Herrscher vollkommen überschätzte, entpuppte sich das zentrale Ernährungsamt schnell »als komplizierter Behördenapparat, in dem sich Landes-, Bezirks- und Gemeindegewirtschaftsämter, Ernährungsinspektoren und Ernährungsrat nicht selten gegenseitig behinderten«²²². Nicht zuletzt erfolgte die Errichtung des Amtes für Volksernährung inmitten einer tiefgreifenden Versorgungsnot, der selbst mit »entschlossensten Maßnahmen« kaum noch Einhalt geboten werden konnte.²²³ Nach HAUTMANN konnte dem Amt für Volksernährung im Ergebnis nicht mehr gelingen als eine gleichmäßige Verteilung des Mangels auf die arbeitende Bevölkerung.²²⁴ Das grundsätzliche Problem der österreichischen Versorgungspolitik blieb die unzureichende Beschaffung der Lebensmittel. Ungarn sträubte sich noch immer gegen jegliche Bemühungen Österreichs um ein gemeinsames Vorgehen beider Reichshälften in Ernährungsfragen.²²⁵ Hinsichtlich dieses Widerstands brachte die Krönung des neuen Monarchen zum ungarischen König KARL IV. zumindest eine kleine, aber dennoch belanglose Wende. Nun willigte der ungarische Ministerpräsident István TISZA (1861–1918) in die Einrichtung eines »Gemeinsamen Ernährungsausschusses« ein, dem Vertreter des österreichischen und ungarischen Ernährungsamtes, des Armeekommandos und des Kriegsministeriums angehörten.²²⁶ Doch dieses im Februar 1917 konstituierte Organ war »von vorneherein jeder Exekutive entkleidet und lediglich eine beratende, vermittelnde und informative Stelle«²²⁷, die der ungarischen Selbstständigkeit nicht gefährlich werden konnte. Dieser »kleinste gemeinsame Nenner« war weit davon entfernt, eine geeinte Ernährungspolitik beider Reichshälften zu bewirken oder gar verbesserte Versorgungsverhältnisse in der Habsburgermetropole herbeizuführen.²²⁸

Abseits dieser administrativen Unternehmungen wuchs der Kreis der dauernd Hungerigen in der Millionenmetropole während des Winters 1916/17 weiter. Zum Hunger gesellte sich die Kälte, die bereits im Oktober über die Stadt hereinbrach:

222 BRENNER, Andrea: »Das Maisgespenst im Stacheldraht. Improvisation und Ersatz in der Wiener Lebensmittelversorgung des Ersten Weltkriegs«, in: PFOSE/WEIGL, Epizentrum, S. 140–149, hier S. 143. Darüber hinaus sei die Effizienz des Amtes und der Spielraum der Beamten stark eingeschränkt gewesen, da es dem Ministerpräsidenten unterstand und damit vom jeweiligen Amtsinhaber abhängig war. Ferner ACKERL, Österreichs Ernährungslage, S. XVf.

223 Vgl. AUGENEDER, Arbeiterinnen, S. 130.

224 Vgl. HAUTMANN, Hunger, S. 666. Vgl. auch AUGENEDER, Arbeiterinnen, S. 130.

225 Um ein noch schärferes Vorgehen der ungarischen Reichshälfte gegenüber Cisleithanien zu vermeiden, wurden die innerstaatlichen Streitigkeiten offiziell nicht thematisiert. Da der Presse untersagt war, über das Verhalten Ungarns zu berichten, glaubte die nur unzureichend informierte Wiener Bevölkerung, dass die Blockadepolitik der Feindstaaten die Hauptursache für die Versorgungsschwierigkeiten war. Hierzu vgl. BREITER, Hinter der Front, S. 239.

226 Vgl. RAUCHENSTEINER, Der Erste Weltkrieg, S. 691.

227 ACKERL, Österreichs Ernährungslage, S. XVI.

228 Der Ernährungsausschuss sollte RAUCHENSTEINER zufolge allein die nötigen Daten vorhandener Nahrungsmittelmengen erheben, miteinander vergleichen und »notfalls in Einklang« bringen. Hierzu vgl. DERS., Der Erste Weltkrieg, S. 691. Zur fortwährenden Uneinigkeit Österreichs und Ungarns vgl. die Schilderungen des damaligen Chefs des Ausschusses General Ottokar LANDWEHR VON PRAGENAU (1868–1944). DERS., Hunger, S. 103ff.

»Die Leute haben [...] unter der herrschenden Kälte viel zu leiden; in den äusseren Bezirken sieht man vor den Geschäften sowohl Erwachsenen [sic!] in zerlumpten Kleidern und defekten Schuhen, vielfach (besonders Kinder) auch Barfuss [sic!] halb erstarrt anstehen. Viele Frauen werden infolge des stundenlangen Wartens in der Kälte von Unwohlsein befallen. Die Ansammlungen vor den Lebensmittelgeschäften nehmen allem Anscheine nach weiter zu, da die Bevölkerung durch die Angst vor dem Winter getrieben wird, sich Vorräte anzusammeln und sich anstellt, solange dies die Witterungsverhältnisse überhaupt noch gestatten.«²²⁹

Im Winter setzten sich die Kundenansammlungen für beinahe jedes Lebensmittel fort. Zwar erreichten die Stadt hin und wieder bedarfsdeckende Zufuhren von Fett, Fleisch, Obst und Gemüse sowie Brot, doch an der allgemein tristen Versorgungslage, die sich durch den Mangel an Heizmaterialien weiter verschärfte, änderten sie nichts. Die wenigen Kartoffelzufuhren waren stets unzureichend und die Qualität des Brotes wurde immer schlechter. Die Kohlrübe bildete wie in Berlin vielfach den Hauptbestandteil der Speisen.²³⁰ Die Stimmung der Wiener wurde zunehmend verbitterter und rebellischer. Lebensmittelrevolten, Krawalle, Demonstrationsumzüge und Streikandrohungen gehörten seit den Unruhen im Mai 1916 zum Wiener Kriegsalltag.

Über die anhaltend schlechte Ernährungssituation hinaus schufen Schleichhandel und Preistreiberei eine »Atmosphäre des allgemeinen Misstrauens«²³¹. Aus einem Polizeibericht vom 10. Dezember 1916 geht hervor, dass nahezu jedes Lebensmittel vom Preiswucher betroffen war. Zugleich dokumentiert der Bericht, wie machtlos die Sicherheitskräfte den Wuchergeschäften gegenüberstanden:

»Trotz der intensiven Betätigung der Sicherheitswache zur Bekämpfung der Preistreibereien steigen die Preise für sämtliche Artikel des täglichen Bedarfs unaufhörlich weiter und haben im allgemeinen zum mindesten die dreifache Höhe der Sätze vor dem Kriege erlangt [...]. Seit August 1915 bis inkl. November 1916 wurden durch die Sicherheitswache wegen Uebertretungen auf dem Gebiete der Approvisionnement, namentlich wegen Preistreiberei, Nichtersichtlichmachung der Preise, Verkaufsverweigerung etc. im Sinne der kaiserlichen Verordnung vom 7./8. 1915 [...] und vom 21./8. 1916 [...] 16.565 Anzeigen erstattet.«²³²

Die Wiener Bevölkerung verlor zusehends den Glauben an eine gerechte Verteilung der Lebensmittel und ließ sich von der Regierung und den von ihr ergriffenen Maßnahmen nichts mehr vormachen wie zahlreiche Klagen aufgebracht und verzweifelter Wiener im Stimmungsbericht der Polizei vom 1. Februar 1917 belegen:

229 WBD, Stimmungsbericht vom 26. Oktober 1916, S. 3.

230 Hierzu vgl. BRENNER, Das Maisgespenst, S. 143.

231 REBHAN-GLÜCK, Ines: »Schleichhandel, Preistreiberei und Selbstversorgung«, in: Die Welt der Habsburger – Der Erste Weltkrieg. Im Internet unter: <https://www.habsburger.net/de/kapitel/schleichhandel-preistreiberei-und-selbstversorgung> (18.02.2018).

232 WBD, Stimmungsberichte Band 1916/2, Tätigkeitsbericht der k.k. Polizei-Direktion in Wien vom 10. Dezember 1916, S. 1f.

»Sie sollen aufhören vom Kriegführen, wenn's nichts mehr haben und uns nicht hungern lassen.« [...] »Man soll uns gleich erschiessen oder sonst umbringen, aber doch nicht so langsam dahin sterben [sic!] lassen.« [...] »Wir werden stehlen, was wir brauchen, wenn andere Millionen unterschlagen. Die Minister, Heereslieferanten und Wucherer soll man [...] aufhängen und solange hängen lassen, bis sie die Bevölkerung gesehen hat [...]«.²³³

Während des harten Winters 1916/17 verschwanden allmählich die Einigkeit und Solidarität in der Wiener und der Berliner Bevölkerung. Sowohl der Krieg als auch der Staat wurden von den Menschen an der Heimatfront immer mehr in Frage gestellt. Da die Behörden nicht fähig waren, die Versorgungsprobleme gerecht zu lösen und der »Hierarchie der Privilegien« freien Lauf ließen, fühlte sich die Bevölkerung im Stich gelassen.²³⁴ Mit Blick auf die Lage in Wien kommt Maureen HEALY zu dem Ergebnis:

»It was clear that local, regional and state authorities did not have control over the supply and distribution of food in the capital city. The government's failed food management, a self-described ›sack with a hundred holes‹, eroded civilians' commitment to, and practice of, the two key tenets of the home front: ›holding out‹ and the ›willingness to sacrifice‹.«²³⁵

Kaum anders entwickelten sich die Verhältnisse in der deutschen Reichshauptstadt. Der während des Krieges in Berlin arbeitende amerikanische Journalist Stephen Miles BOUTON (1876–1963) beschrieb die Verhältnisse im Winter 1916/17:

»Mit Ausnahme der sehr wohlhabenden Klassen war jeder Deutsche dauernd hungrig, er war hungrig nach dem Essen und ging hungrig ins Bett. Die Nahrung war nicht nur ungenügend an Quantität und von schlechter Qualität, sondern die tödliche Eintönigkeit der täglichen Mahlzeiten trug dazu bei, daß nicht nur die Stärke, sondern auch die Moral des Volkes schließlich zusammenbrach.«²³⁶

Nachdem in beiden Hauptstädten lange auf Arbeitskämpfe verzichtet wurde, führte die im Zuge der nicht enden wollenden Lebensmittelnot zunehmende Kriegsmüdigkeit im Frühjahr 1917 schließlich zu Protesten und Streiks. Die Missstimmung unter den Berliner Arbeitern mündete nach zahlreich angedrohten Arbeitsniederlegungen im April 1917 in einem Massenausstand, der jedoch wenig bewirkte. Die Versorgungsverhältnisse verschärften sich stattdessen weiter. Kaum war der »Kohlrübenwinter« überstanden, folgte im Sommer 1917 eine erneute Verschlechterung der Versorgungslage. Im Juli sei nach ROERKOHL in der Zuteilung der wichtigsten Nahrungsmittel das größte Defizit zu verzeichnen gewesen.²³⁷ Die Brotrationen wurden gekürzt und auch die Kartoffelzufuhren

233 WBD, Stimmungsbericht vom 1. Februar 1917, S. 3f.

234 Vgl. NÜBEL, Die Mobilisierung, S. 155. Vgl. auch HAUTMANN, Hunger, S. 679. Ferner UNFRIED, Arbeiterschaft, S. 133.

235 HEALY, Vienna, S. 72. Sowie DIES.: »Am Pranger. Auf der Suche nach dem Schuldigen«, in: PFOSER/WEIGL, Epizentrum, S. 190–197, hier S. 197. Vgl. auch UNFRIED, Arbeiterschaft, S. 138.

236 GLATZER/GLATZER, Berliner Leben, S. 293.

237 Vgl. ROERKOHL, Lebensmittelversorgung, S. 361. In einer Gegenüberstellung der wöchentlichen Rationen der Grundnahrungsmittel Brot, Kartoffeln, Fleisch, Fett und Zucker im Juli 1917 mit dem

kamen erneut zum Erliegen. Darüber hinaus stockte die Versorgung mit weiterem Gemüse und Obst. Die tiefe Erbitterung in der Bevölkerung und die zu befürchtenden Folgen dokumentierte der Berliner Polizeipräsident Heinrich von OPPEN (1869–1925) in einem seiner Stimmungsberichte:

»Mutlosigkeit und Angst vor der Zukunft machen sich namentlich unter den Frauen mehr und mehr bemerkbar. [...] Es grollt und wetterleuchtet, und wenn nicht bald eine Besserung in der Versorgungsregelung eintritt, so ist eine Entladung nicht außer dem Bereich der Möglichkeit. Schon jetzt sind Ansätze zu Tumulten auf den Lebensmittelmärkten Großberlins und Versuche zu Zusammenrottungen gemacht worden. Bis jetzt haben sie noch immer im Keime erstickt werden können. Aber wie lange noch wird der immer größer werdende Auflehnungsdrang zurückgedämmt werden können! Die Not und das Hungergefühl unterdrückt jede bessere Einsicht und macht unzugänglich gegen jede Vertröstung auf bald bessere Zeiten [...]«.«²³⁸

Kaum einen Monat nach dem Berliner Massenstreik schlug die rebellische Stimmung auch in der Habsburgermetropole in Streiks und Arbeiterunruhen um. Im Mai 1917 legten die Arbeiter verschiedener Wiener Kriegsindustriebetriebe nach und nach die Arbeit nieder. Dabei führte nicht nur die schlechte Lebensmittelversorgung zu den Arbeitsniederlegungen, sondern auch die unzureichenden Löhne vieler weiblicher Arbeitskräfte, die während der Ereignisse die führende Rolle einnahmen. Mit dem Ausstand von 42.000 Beschäftigten erreichte der Massenstreik am 24. Mai seinen Höhepunkt.²³⁹ Die Gewerkschaftsführung, die wie die Sozialdemokratische Partei trotz der schon lange schwelenden Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft von den Streikvorfällen unvorbereitet getroffen wurde, stellte sich Margarete GRANDNER zufolge »notgedrungen« an die Spitze des Massenausstands. Das Ergebnis sei mit beachtlichen Lohnabschlüssen und der Rückkehr zur Normalarbeitszeit der Vorkriegszeit (53½ Stunden pro Woche) außergewöhnlich gewesen.²⁴⁰ Wie in Berlin bewirkten die Vorgänge jedoch keine Verbesserung der Versorgungsbedingungen.

Im Oktober 1917 wurde in Wien schließlich auch die Kartoffelkarte eingeführt, die eine Wochenration von 1.500 Gramm gewährleisten sollte. Doch binnen neun Monaten

Vorkriegsverbrauch verdeutlicht die Autorin das Ausmaß der schwierigen Verhältnisse. Danach erhielten die Großstädter mit 1.530 Gramm Brot lediglich 50,1 Prozent des Vorkriegskonsums. Der Umfang der Kartoffelration lag bei durchschnittlich 550 Gramm (16,7 Prozent des Vorkriegsverbrauchs). Die Fleischration betrug rund 477 Gramm (45,7 Prozent) und die Speisefettration siebzig Gramm (30,2 Prozent). Zucker wurde für diesen Monat gar nicht aufgeführt. Siehe hierzu die Aufstellung nach EBD., S. 363.

238 »87. Stimmungsbericht vom 21. Juli 1917, 1. Fassung«, in: Dokumente aus geheimen Archiven 4, S. 214f. Die vorliegende Fassung des Berichts wurde in umfangreichem Maß gekürzt und in völlig überarbeiteter Form abgesandt. Die geäußerten Befürchtungen wurden in der zweiten und offiziellen Fassung dieses Berichts gestrichen. Auf die Lebensmittelkrawalle im Juli 1917 geht auch PROCTOR ein. Vgl. DIES., *Civilians*, S. 90.

239 Vgl. GRANDNER, Margarete: »Hungerstreiks, Rebellion, Revolutionsbereitschaft«, in: PFOSE/WEIGL, *Epizentrum*, S. 558–565, S. 562. HERWIG, *First World War*, S. 283.

240 Vgl. GRANDNER, *Hungerstreiks*, S. 563.

sanken die Kartoffelquoten auf ein halbes Kilogramm pro Woche. Darüber hinaus existierten seit dem Juli 1917 amtliche Einkaufsscheine für nicht-rationierte Lebensmittel wie Eier, Käse, Reis, Dörrgemüse und bis zur Einführung der Fleischkarte im September 1918 auch für Fleisch.²⁴¹ Damit die Naturalien zur Verteilung gelangen konnten, mussten diese aber erst einmal vorhanden sein. Da dies schon lange nicht mehr der Fall war, nahm die Wiener Versorgungslage allmählich katastrophale Ausmaße an. Der erste Massenstreik im Mai 1917 war somit nur der Auftakt für weitere Massenausstände, die Wien im Januar und Juni des folgenden Jahres zum Stillstand brachten.²⁴² Ausgelöst wurden beide Massenstreiks durch die Halbierung der Mehl- bzw. Brotrationen. Während des am 14. Januar 1918 ausgebrochenen *Jännerstreiks* gingen bis zu 113.000 Wiener Arbeiter in den Ausstand. Von den Arbeitsniederlegungen waren dieses Mal nicht nur die Großbetriebe der Kriegs- und Metallindustrie betroffen, sondern auch die Zeitungsredaktionen, Modebetriebe sowie staatliche Einrichtungen.²⁴³ Zwischen Mitte und Ende Juni streikten abermals mehr als 48.000 Beschäftigte in ganz Wien, doch »[a]nders als im Mai 1917 und auch im Jännerstreik kam es diesmal«, so GRANDNER, »von Anfang an zu beträchtlichen Ausschreitungen«²⁴⁴. Die Ergebnisse der beiden größten Massenausstände des Krieges, die in erster Linie von Friedensforderungen beherrscht wurden, blieben im Verhältnis zum Ausmaß der Ereignisse jedoch überschaubar. In beiden Fällen stellte sich die sozialdemokratische Parteiführung an die Spitze der Streikbewegungen und brachte diese unter Kontrolle, indem sie der Regierung Zugeständnisse für die Streikenden abrang, die schließlich zum Einlenken der nach russischem Vorbild neu entstandenen Arbeiterräte führten.

Unmittelbar nach dem Streikende in der Donaumonarchie legten infolge eines Streikaufrufs des Spartakusbundes²⁴⁵ und der Metallarbeiterschaft Ende Januar 1918 auch in Berlin über 400.000 Arbeiter die Arbeit nieder. Ausschlaggebend für den Massenstreik, dem sich die Arbeiterschaft der bedeutendsten Großbetriebe Berlins (darunter *AEG*, *Siemens & Halske*, *Borsig*) anschlossen, waren auch hier der Wunsch nach Frieden, die umwälzenden Entwicklungen in Russland infolge der Oktoberrevolution von 1917 und die nicht enden wollende Hungersnot. Wie in Wien konstituierte sich zu Beginn der Streikvorgänge am 28. Januar ein Groß-Berliner Arbeiterrat.²⁴⁶ Für die Leitung des Streiks bildete dieser einen Aktionsausschuss, dem mehrheitlich Betriebsvertreter sowie einzelne Vertreter der USPD und der den Streik ablehnenden

241 Vgl. HAUTMANN, Hunger, S. 667. Sowie PFOSER, Chronologie, S. 655.

242 Hierzu ausführlich bei UNFRIED, Arbeiterschaft, S. 142ff.

243 Vgl. GRANDNER, Hungerstreiks, S. 563.

244 EBD., S. 564.

245 Der Spartakusbund war eine Gruppe von Kriegsgegnern und marxistischen Sozialisten innerhalb der SPD. Die im Umfeld von Rosa LUXEMBURG (1871–1919) und Karl LIEBKNECHT (1871–1919) entstandene linkrevolutionäre Vereinigung formierte sich Anfang 1915 und schloss sich im Jahr 1917 der USPD an. Hierzu siehe auch oben Kapitel III, Anm. 16.

246 Vgl. u. a. BAUDIS, Auswirkungen, S. 18f. FLEMMING/ULRICH, Heimatfront, S. 197ff. Ausführlich zu den Vorgängen des Januarstreiks in Berlin siehe BOEBEL, Chaja und Lothar WENTZEL (Hg.): Streiken gegen den Krieg! Die Bedeutung des Massenstreiks in der Metallindustrie vom Januar 1918, Hamburg 2008.

Mehrheitssozialdemokratie (MSPD) angehörten. Doch ohne, dass eine der Streikforderungen erfüllt wurde, konnten die Militär- und Sicherheitskräfte die Demonstrationen und Kundgebungen des Massenausstands, der sich sehr schnell auf große Teile des Deutschen Reiches ausgedehnt hatte, unter Kontrolle bringen. Nachdem die Oberste Heeresleitung Anfang Februar ein Einlenken der Streikführung erwirkte, reagierte sie anschließend mit Massenverhaftungen und Einberufungen zum Kriegsdienst. Auf diese Weise fand zwar der Streik sein Ende, doch die Unzufriedenheit und Verbitterung der Menschen in der Hauptstadt nahmen weiter zu.

Der Hunger zwang nicht wenige Berliner, sich jenseits der Legalität Lebensmittel zu besorgen. »Hamsterfahrten« und direkte Einkäufe beim Erzeuger waren nicht unüblich. Die Behörden wussten sich nur durch Strafandrohungen und Kontrollen zu helfen, die in erster Linie die Einzelkonsumenten trafen. Demgegenüber standen die Schleichhändler, Schieber und Spekulanten, die im großen Stil persönlichen Nutzen aus dem Mangel an Nahrungsmitteln zogen. Die »Profiteure des Elends« waren durch die Behörden auch in Berlin nicht zu bremsen und erlebten bereits im Hungerwinter ihre Hochkonjunktur.²⁴⁷ Vor allem die Ersatzmittelproduktion verschaffte ihnen enorme Gewinne. Während des Krieges wurden im Deutschen Reich mehr als 8.000 Ersatzmittel zugelassen.²⁴⁸ In Österreich hatten im März 1918 etwa 300 Surrogate eine Zulassung, doch existierten noch unzählige weitere unzulässige Ersatzmittel, die in vielen Fällen wertlos, ungenießbar und mitunter gesundheitsschädigend waren.²⁴⁹ Das »Surrogatunwesen« florierte:

»So skeptisch die Hausfrauen früher [...] Neuerungen gegenüberstanden, so schwer sie sich entschließen konnten, ein neues Nahrungsmittel zu versuchen, so leicht gewöhnen sie sich jetzt daran, jedes Surrogat, welches man ihnen anbietet, in größeren Quantitäten zu kaufen [...]. Nur auf diese Weise ist es zu erklären, daß die teuersten und schlechtesten Lebensmittelsurrogate rasenden Absatz finden.«²⁵⁰

An der allgemeinen Notlage der Großstädter änderten die »Ersätze« jedoch nichts. In Wien verschärfte sich die Versorgungskrise immer weiter. Wie die Ersatzmittelproduktion entwickelte sich auch hier das »Hamstern« bis zur Mitte des Jahres 1918 zu einem Massenphänomen. Der Mangel an Gemüse, Obst, Fleisch und Kartoffeln, die unerhört hohen Schwarzmarktpreise und schließlich die Halbierung der Brotationen im Juni führten trotz ihres Verbots zu einem explosionsartigen Anstieg der Hamsterfahrten von

247 Vgl. BAUDIS, Schweinemord, S. 148. Siehe auch ULLRICH, Volker: »Kriegsalltag. Zur inneren Revolutionierung der Wilhelminischen Gesellschaft«, in: MICHALKA, Wolfgang (Hg.), Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse, München 1997, S. 603–621, hier S. 609.

248 Vgl. SPIEKERMANN, Uwe: Historischer Wandel der Ernährungsziele in Deutschland. Ein Überblick. Vortrag im Rahmen der 22. Wissenschaftlichen Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft Ernährungsverhalten e.V. (AGEV) vom 11.-13. Oktober 2000. Im Internet unter: www.ernaehrungsdn.kwerkstatt.de/fileadmin/user_upload/EDWText/TextElemente/Ernaehrungsgeschichte/Spiekermann_Ernaehrungspolitik_Zeitgeschichte__BONNAGEV_2000.pdf (28.02.2018), S. 7. Möglicherweise lag die Zahl noch höher. Thomas SCHINDLER spricht von etwa 10.500 Ersatzlebensmitteln. Hierzu DERS., Ernährung, S. 236.

249 Vgl. BRENNER, Das Maisgespenst, S. 148. Siehe hierzu auch BREITER, Hinter der Front, S. 245f.

250 *Das Blatt der Hausfrau*, 3. Dezember 1916, zitiert bei BRENNER, Das Maisgespenst, S. 145.

Wien aufs Land. In der festen Überzeugung, dass die ländlichen Erzeuger Nahrungsmittel zurückhielten, um von den dadurch herbeigeführten Preiserhöhungen zu profitieren, rückten tagtäglich Tausende kartoffelhungrige Frauen, Kinder und Militärangehörige in die umliegenden Dörfer und zuweilen bis nach Ungarn aus. Dabei begaben sie sich auf illegale Touren, ernteten in eigener Regie und zogen Kartoffeln aus der Erde, die noch nicht ausgereift waren.²⁵¹ In diesem sogenannten »Kartoffelkrieg«, der das Wiener Umland bis in den Juli hinein in Atem hielt, erreichte der Ärger der Wiener Bevölkerung über die ländliche Gewinnsucht ihrer »Unterdrücker« seinen Höhepunkt. Durch ihre Not wurden die Wiener, die sich innerlich vom Krieg längst verabschiedet hatten, dazu getrieben mit physischer Gewalt gegen ihre vermeintlichen »Peiniger« vorzugehen.²⁵² In seiner Chronologie des Zusammenbruchs Wiens hält PFOSER fest:

»Die prekäre Situation der Lebensmittelversorgung spitzt sich zu, die angespannte Versorgungslage nimmt eine neue Dimension an. Es wird in aller Härte und Brutalität ums Überleben gekämpft. Das merkt man auch daran, dass die Masse der Hungernden, allen voran Frauen und Kinder, mehr und mehr zu gewalttätigen Aktionen neigt, in denen gestohlen und geraubt wird, was sich an Lebensmitteln anbietet.«²⁵³

Die Landes- und Ortsbehörden sahen sich veranlasst, verschärft gegen den »Rucksackverkehr« vorzugehen. Demgegenüber verteidigten WEISKIRCHNER und die Wiener Stadtregierung die aus der Not geborenen Gefühlsausbrüche und befürworteten die Hamsterfahrten.²⁵⁴ Aus ihrer Sicht war das Hamstern für unzählige Wiener zu einer Überlebensnotwendigkeit geworden, weshalb sie gegenüber der niederösterreichischen Regierung auf die Zulassung des Rucksacktourismus drängten. Nach LANGTHALER versuchten sich die Funktionäre auf diese Weise als Vertreter der Interessen des »kleinen Mannes« gegenüber der gewinnsüchtigen Landbewohnerschaft und den rücksichtslosen Polizeikräften zu inszenieren, um damit ihre abnehmende Legitimität zu stabilisieren.²⁵⁵

Die Versorgungsnot trieben die Wiener jedoch nicht nur zu Hamsterfahrten aufs Land. Als eine weitere Überlebensstrategie holten sie sich das Land in die Stadt. Bereits seit dem Frühjahr 1915 entstanden zunehmend (städtische) Kriegsgemüse- und Schrebergärten, die vor allem in den Parks und auf freien Flächen der Wiener Außenbezirke entstanden. Etwa 34.000 Kleingärtner versorgten sich im Jahr 1917 selbst. Im letzten Kriegsjahr wuchs die Zahl der Wiener, die selbstständig Gemüse, Kartoffeln und Hül-

251 Vgl. PFOSER, Chronologie, S. 682. Ferner PROCTOR, *Civilians*, S. 95.

252 Vgl. HEALY, Maureen: »Vom Ende des Durchhaltens«, in: PFOSER/WEIGL, *Epizentrum*, S. 132–139, hier S. 138. Der Abschied vom Krieg kam auch im Desinteresse für die Heimkehrer zum Ausdruck. Für Willkommensgrüße, Dank und Anerkennung hatten die Wiener nichts mehr übrig. Hierzu vgl. PFOSER, Chronologie, S. 669.

253 EBD., S. 681. Ähnliche Vorfälle gab es auch in Berlin. Hierzu siehe SCRIBA, Arnulf: »Berlin in the 1914–1918 War«, in: *Cities at War, 1914–1918*, hg. Vom ARCHIVES DE LA VILLE DE BRUXELLES, Brüssel 2014, S. 173–188, hier S. 181.

254 Vgl. HEALY, Vom Ende, S. 138f. Sowie PFOSER, Chronologie, S. 683.

255 Vgl. LANGTHALER, Vom transnationalen, S. 316.

senfrüchte anbauen, auf 157.300 Klein- und Schrebergärtner.²⁵⁶ Im Jahr 1918 betrug die Erntemenge über 11.000 Waggonladungen Gemüse und Kartoffeln. »Ohne die Schrebergartenbewegung«, so HAUTMANN, »wäre es in den beiden letzten Kriegsjahren [in Wien] sicherlich zu einer noch tieferen Versorgungskrise gekommen.«²⁵⁷

Eine nähere Betrachtung der zur Verfügung stehenden Nahrungsmittelmengen für Wiener Normalverbraucher verdeutlicht wie stark der Kaloriengehalt der täglichen Mahlzeiten zwischen 1914 und 1918 in der Donaumetropole gesunken war. Standen einem großen Teil der Wiener Bevölkerung vor dem Krieg durchschnittlich noch rund 2.845 Kalorien zur Verfügung, sank die tägliche Kalorienmenge zum Zeitpunkt der Einführung der Lebensmittelkarten auf etwa 1.300 (Tab. 7).²⁵⁸

Tabelle 7: Zusammensetzung und Kaloriengehalt der täglichen Mahlzeiten eines Wiener Nicht-selbstversorgers

	Zeitpunkt der Karteneinführung	Mengen zu Beginn der Karteneinführung		Mengen gegen Kriegsende	
		Tagesmenge in Gramm	Kalorien	Tagesmenge in Gramm	Kalorien
Mehl	April 1915	100,0	300,0	35,7	107,1
Brot	April 1915	140,0	350,0	180,0	450,0
Zucker	März 1916	41,6	166,4	25,0	100,0
Milch	Mai 1916	1/8 l	82,5	gab es nicht mehr	
Kaffee	Juni 1916	8,9	--	8,9	--
Fett	September 1916	17,1	153,9	5,7	51,3
Kartoffeln	Oktober 1917	214,0	171,2	71,4	57,1
Marmelade	Herbst 1917	23,8	47,6	23,8	47,6
Fleisch	September 1918	28,5	28,5	17,8	17,8
Kaloriensumme			1.300,1		830,9

Quellen: BREITER, Hinter der Front, S. 247. HAUTMANN, Hunger, S. 666ff.

256 Vgl. EBD. Sowie PFOSE, Chronologie, S. 607f. Hierzu siehe ausführlich auch MATTL, Siegfried: »Lob des Gärtners. Der Krieg und die Krise der Urbanität«, in: PFOSE/WEIGL, Epizentrum, S. 470–475. Auch in Berlin erlangte die Kleingartenbewegung während des Ersten Weltkrieges für viele Familien eine existenzsichernde Bedeutung. Vgl. KELLERHOFF, Heimatfront, S. 224f. Ob das Wachstum der Berliner Gemüseparzellen im Krieg ein ähnliches Ausmaß wie in Wien erreichte, lässt sich an dieser Stelle nicht beantworten. Hinsichtlich des Vergleichs der Wiener und Berliner Lebensmittelversorgung erscheint eine weitergehende Erforschung der Kriegsgemüsegartenbewegung lohnenswert. Zur Selbstversorgung in deutschen Städten vgl. TEUTEBERG, Food Provisioning, S. 67f.

257 HAUTMANN, Hunger, S. 670.

258 Vgl. auch LANGTHALER, Vom transnationalen, S. 314. Ferner BREITER, Hinter der Front, S. 247. Sowie HAUTMANN, Hunger, S. 666f.

Zu Kriegsende umfasste die Tagesmenge nur noch 831 Kalorien. Mit Ausnahme der gewährten Tagesbrotmengen sanken im Verlauf des Krieges die Mengen aller anderen Nahrungsmittel.²⁵⁹ Am stärksten sanken die Mehl-, Kartoffel- und Fettrationen, deren Umfang gegen Kriegsende nur noch etwa ein Drittel der zu Beginn der Karteneinführung gewährten Mengen umfasste. Es muss in Hinblick auf die Versorgungsengpässe jedoch bezweifelt werden, dass der Wiener Bevölkerung diese Mengen tatsächlich zur Verfügung standen. Waren die Lebensmittelwaren verfügbar, dann konnte sie sich die Mehrheit der Wiener wegen der horrenden Lebensmittelpreise nicht mehr leisten. Wie drastisch die Preise zwischen 1914 und 1918 zunahmen, verdeutlicht ein Blick auf die Entwicklung ausgewählter Nahrungsmittelpreise (Tab. 8). Während die Wiener 1914 für ein Kilogramm Fleisch vier Kronen zahlten, lag der Höchstpreis Ende 1918 bei achtzehn Kronen. Tatsächlich aber lag der (Schleichhandels-)Preis für Fleisch zum gleichen Zeitpunkt bei 24 Kronen. Das war eine Preissteigerung von 500 Prozent. Noch stärker stiegen die Preise für Eier (1914: acht Heller/Stück) und Butter (1914: vier Kronen/Kilogramm). Zu Kriegsende lagen die Preise im Schleichhandel bei 1,20 Kronen für ein Ei und siebzig bis 140 Kronen für ein Kilogramm Butter, d.h. die Preise stiegen um 1.400 Prozent bzw. 1.650 bis 3.400 Prozent. »Die Nahrungsmittelausgaben einer durchschnittlichen Wiener Arbeiterfamilie, die vor dem Krieg [...] 56 Prozent des Gesamtaufwands ausmachten, stiegen bis Jahresbeginn 1918 auf mehr als das Achtfache des Wertes von Anfang 1914«²⁶⁰, so Ernst LANGTHALER. Auch die Wiener Mittelstandsfamilien, die am Vorabend des Krieges etwa vierzig Prozent ihrer Konsumausgaben für Nahrungsmittel aufwenden mussten, gerieten durch den Anstieg der Nahrungsmittelausgaben in Bedrängnis. Infolge der rasanten Preissteigerungen bis Oktober 1918 stiegen die Nahrungsmittelkosten noch einmal um 1.200 bis 2.000 Prozent.²⁶¹

259 Demnach umfasste die tägliche Brotmenge im April 1915 140 Gramm und Ende 1918 etwa 180 Gramm. Unter Berücksichtigung der Halbierung der zugeteilten Brotmengen im Juni 1918 umfasste die zugeteilte Menge zwischenzeitlich nur 630 Gramm wöchentlich bzw. neunzig Gramm pro Tag. Bis zum Sommer 1918 waren die wöchentlichen Rationen für Kartoffeln auf 500 Gramm, Fleisch auf 200 Gramm bzw. 160 Gramm ohne Zuwaage, Fett auf vierzig Gramm und Zucker auf etwa 185 Gramm gesunken. Im direkten Vergleich mit den Berliner Rationsmengen während des Versorgungstiefpunktes im Juli 1917 (oben Kapitel III, Anm. 237) waren die Rationsmengen in Wien geradezu unterirdisch. Zu den Zahlen vgl. u.a. BREITER, *Hinter der Front*, S. 247. MERTENS, Christian: »Die Auswirkungen des Ersten Weltkriegs auf die Ernährung Wiens«, in: PFOSE/WEIGL, *Epizentrum*, S. 162–171, hier S. 163f.

260 LANGTHALER, *Vom transnationalen*, S. 314. Hierzu ausführlicher HAUTMANN, *Hunger*, S. 674.

261 Vgl. EBD., S. 674.

Tabelle 8: Preissteigerung ausgewählter Lebensmittel in Wien und Berlin (1914–1918)

		1914	Schleichhandelspreis ^{a)}	Preissteigerung in Prozent
Butter (kg) ^{b)}				
Wien	<i>in Kronen</i>	4,00	70,00-140,00	1.650-3.400
Berlin	<i>in Mark</i>	2,80	48,00	1.614
Ei (Stück)				
Wien	<i>in Kronen</i>	0,08	1,20	1.400
Berlin	<i>in Mark</i>	0,07	1,50	2.043
Fleisch (kg) ^{b)}				
Wien	<i>in Kronen</i>	4,00	24,00	500
Berlin	<i>in Mark</i>	1,80	15,00-28,00	733–1.456

a) Preise zum Zeitpunkt Ende Oktober 1918 mit Ausnahme des Fleischpreises für Berlin (hier gilt der Preis vom September 1918).

b) Im Fall von Wien konnten der Literatur keine konkreten Angaben zur Einheit der jeweiligen Lebensmittel entnommen werden. Es ist jedoch davon auszugehen, dass es sich bei den Fleisch- und Butterpreisen um Kilogrammangaben handelt.

Quellen: Zusammengestellt nach DEMPS/MATERNA, Geschichte Berlins, S. 540. BREITER, Hinter der Front, S. 243. LISZT, Der Einfluss, S. 21. Abweichend auch HAUTMANN, Hunger, S. 672.

Während in Wien das katastrophale Ausmaß der Ernährungsversorgung bis zum Ende des Krieges kontinuierlich zunahm, hatte Berlin im Sommer 1917 den Höhepunkt der Versorgungsschwierigkeiten erreicht. Doch auch danach wandelten sich die Versorgungsprobleme nur geringfügig. Eine Aufstellung von Jürgen KOCKA veranschaulicht die Veränderungen der Rationsverhältnisse im letzten Kriegsjahr gegenüber dem Wirtschaftsjahr 1916/17 gemessen am Vorkriegskonsum (Tab. 9). Danach verbesserte sich zwar die Kartoffelversorgung, aber der Fleisch- und Fettverbrauch ging zurück. Der durchschnittliche Gehalt der täglichen Mahlzeiten sank zwischen 1914 und 1918 von 3.400 auf 1.000 Kalorien.²⁶² Ob diese offiziellen geringen Lebensmittelrationen dem tatsächlichen Verbrauch der Bevölkerung, vor allem dem der Minderbemittelten entsprach, muss in Anbetracht der hohen Nahrungsmittelpreise in Frage gestellt werden. Auch hier lohnt ein Blick auf die Steigerung ausgewählter Lebensmittelpreise zwischen 1914 und Ende 1918 (Tab. 8).²⁶³ Danach stiegen die Fleischpreise in Berlin dreimal so stark wie in Wien von 1,80 Mark/Kilogramm auf bis zu 28 Mark/Kilogramm auf dem Schwarzmarkt (Preisanstieg bis zu 1.456 Prozent). Wie in der Donaumetropole zogen die Preise für Eier und Butter noch stärker an. Für ein Ei zahlten die Berliner vor dem Krieg noch sieben Pfennig. Zum Ende des Krieges kostete das Stück im Schleichhandel 1,50 Mark (Preisanstieg um bis 2.043 Prozent). Die Butterpreise erhöhten sich von 2,80

262 Diese Angaben beziehen sich auf die durchschnittliche Entwicklung im Deutschen Reich. Vgl. HERWIG, First World War, S. 295. Ferner SCRIBA, Berlin, S. 180.

263 Vgl. auch DEMPS/MATERNA, Geschichte Berlins, S. 540.

Mark/Kilogramm auf 48 Mark/Kilogramm (Preisanstieg von 1.614 Prozent). Insgesamt betrachtet verlief die Preisentwicklung in beiden Hauptstädten sehr ähnlich. Die Kosten der Lebensmittel und Waren des täglichen Bedarfs stiegen so stark, dass sich das Gros der Stadtbewohner die Produkte nicht mehr leisten konnte.

Tabelle 9: Das Gewicht der offiziellen Lebensmittelrationen in Prozent des Gewichts des Friedensverbrauchs nach Kocka (1916/17-1917/18)

Lebensmittel	1916/17	1917/18	01.07. bis 28.12.1918
Fleisch	31,2	19,8	11,8
Eier	18,3	12,5	13,3
Schmalz	13,9	10,5	6,7
Butter	22	21,3	28,1
Zucker	48,5	55,7-66,7	82,2
Kartoffeln	70,8	94,2	94,3
Pflanzliche Fette	39	40,5	16,6

Quelle: KOCKA, Klassengesellschaft, S. 20.

Der monate- und teilweise jahrelang anhaltende Lebensmittelmangel kennzeichnete den Grad der städtischen Unterversorgung. Sowohl in der Donaumetropole als auch in der deutschen Reichshauptstadt nahmen die gesundheitlichen Schäden infolge der Mangelernährung in der Bevölkerung zu. Seit dem Sommer 1916 breitete sich die Unterernährung aus.²⁶⁴ Enormen Gewichtsverlusten folgten erhebliche Leistungseinschränkungen und die Abnahme der Konzentrationsfähigkeit.²⁶⁵ Im Frühjahr 1917 traten sowohl in Berlin als auch in Wien die ersten Fälle der Ödemkrankheit auf, die sich durch das Anschwellen der Arme und Beine bemerkbar machte. Seit 1915 griff die Tuberkulose in Berlin um sich. In Wien war die Lungenkrankheit bereits vor dem Krieg allgegenwärtig. Im Verlauf des Krieges schnellte die Tuberkulosesterberate dann in die Höhe.²⁶⁶ Im

-
- 264 Eine ausführliche Darstellung der gesundheitlichen Auswirkungen der Mangelernährung in Deutschland findet sich bei ROERKOHL, Hungerblockade und Heimatfront, S. 297–315, hier S. 297. Für die Entwicklungen in Österreich vgl. AUGENEDER, Arbeiterinnen, S. 149ff. Ferner liefert Jay WINTER eine Berlin, London und Paris vergleichende Analyse zu den Auswirkungen des Krieges auf die Demographie der drei europäischen Hauptstädte. DERS., »Surviving the war: life expectation, illness, and mortality rates in Paris, London, and Berlin, 1914–1919«, in: DERS./ROBERT, Capital Cities, 1997, S. 487–523. Ausführlicher zu Wien vgl. WEICL, Andreas: »Eine Stadt stirbt nicht so schnell. Demographische Fieberkurven am Rande des Abgrunds«, in: PFOSE/ DERS., Epizentrum, S. 62–71.
- 265 Nach BAUDIS stand diese Entwicklung den gleichzeitig erhöhten Leistungsanforderungen insbesondere der Werktätigen in den Rüstungsbetrieben gegenüber. So verschlechterte sich nicht nur die wirtschaftliche Lage der Menschen. Auch ihre Rechte waren zunehmenden Beschränkungen unterworfen. Hierzu vgl. BAUDIS, Schweinemord, S. 151.
- 266 Hierzu siehe HAUTMANN, Hunger, S. 675. Ferner PFOSE/WEICL, Die Pflicht, S. 18.

Jahr 1917 starben über 27.000 Menschen an der »Wiener Krankheit«. Daneben breiteten sich in beiden Hauptstädten die Infektionskrankheiten Cholera, Ruhr, Typhus und Fleckfieber aus. Darüber hinaus fielen in den letzten Kriegsmonaten Tausende Wiener und Berliner der Spanischen Grippe zum Opfer.²⁶⁷

Alles in allem forderte der Erste Weltkrieg im Hinterland Österreich-Ungarns etwa 400.000 Todesopfer. An der deutschen Heimatfront ließen zwischen 700.000 und 800.000 Menschen ihr Leben. Die große Mehrheit der Zivilisten starb an Unterernährung. In der Habsburgermetropole stieg die Zivilsterblichkeit von 1913 bis 1918 um etwa 57 Prozent. Demgegenüber lag die Zahl der Sterbefälle in der deutschen Hauptstadt bereits 1915 um 45 Prozent höher als 1913.²⁶⁸ In Anbetracht der Entwicklungen während des Hungerwinters 1916/17 und der Grippeepidemie 1918 ist anzunehmen, dass die Berliner Mortalitätsrate bis zum Ende des Krieges ein mit Wien vergleichbares Ausmaß annahm. Dass die Bilanz der zivilen Verluste sowohl in Wien als auch in Berlin nicht noch katastrophaler ausfiel, lässt sich u.a. durch die Existenz öffentlicher Massenverpflegungseinrichtungen erklären. Das im Verlauf des Krieges an Bedeutung gewinnende Kriegsküchenwesen leistete einen entscheidenden Beitrag zur Regeneration Berlins und zum Überleben Wiens während der zweiten Kriegshälfte und in der frühen Nachkriegszeit.

2| Die Berliner Kriegsnot- und Volksspeisung

2.1 Ein Mittagessen für die Notleidenden: Die Berliner Notstandsspeisung 1914–1916

Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs wurde in der Reichshauptstadt rasch deutlich, dass vor allem die Fürsorgeempfänger sowie viele weitere in Not geratene Berliner über eine finanzielle Unterstützung hinaus weiterer Hilfsangebote bedurften. Seit den ersten Kriegswochen wurde die Großstadt, die ihre Bewohner zu freiwilligen Gaben aufrief, von der freien Wohlfahrtspflege unterstützt.²⁶⁹ Zahlreiche kirchliche und private Wohltätigkeitsvereine nahmen Sammeltätigkeiten auf und leiteten verschiedenste Hilfsaktionen für Bedürftige in die Wege. »Seinem Ruf, eine der wohlthätigsten Städte

267 Vgl. DEMPS/MATERNA, *Geschichte Berlins*, S. 533. Sowie WEIGL, *Eine Stadt*, S. 65ff. Allein in Europa starben 2,3 Millionen Menschen an der Spanischen Influenza. Weltweit fielen den höchsten Schätzungen zufolge zwanzig bis dreißig Millionen Menschen der Jahrhundertpandemie zum Opfer. Hierzu vgl. u.a. CABANES, Bruno: »Jahrhundertpandemie Spanische Grippe«, in: DERS. Und Anne DUMÉNIL (Hg.), *Der Erste Weltkrieg. Eine europäische Katastrophe*, Stuttgart 2013, S. 357–362. Nach WEIGL starben vom dritten Quartal 1918 bis zum dritten Quartal 1919 offiziell rund 4.500 Wiener an der Spanischen Grippe. Mit den zeitgleich zunehmenden Lungenentzündungskrankungen könne davon ausgegangen werden, dass die Sterberate sogar doppelt so hoch ausfiel. Hierzu vgl. DERS., *Eine Stadt*, S. 65. Vergleichbare Zahlen für Berlin waren nicht zu ermitteln.

268 Vgl. MERTENS, *Die Auswirkungen*, S. 164. Sowie DEMPS/MATERNA, *Geschichte Berlins*, S. 533f.

269 Vgl. »Amtlicher stenographischer Bericht über die außerordentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 6. August 1914«, Nr. 22, in: *Stenographische Berichte über die öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung der Haupt- und Residenzstadt Berlin*, Ausgabe 41 (1914), hg. Vom MAGISTRAT ZU BERLIN, Berlin 1915, S. 259–260, hier S. 260. Sowie »Hilfe in der Not«, in: *Vorwärts*, 16. August 1914.